

Magazin der Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

September 2021

19. Jahrgang - Ausgabe 106

Einzelpreis: 4,50€

ISSN 1612-7366



MACH WAS MIT EIS UND WAFFEN

Schwerpunkt:

Nasse Nordflanke

Strategischer Raum Meer
Arktis: Warmes Klima, Kalter Krieg
GIUK-Lücke: Wiederaufrüstung im Atlantik
Von Minen und Walen
Bundeswehr der Zukunft
China und der Westen – wer bedroht wen?



Informationsstelle
Militarisierung e.V.

Inhalt

Schwerpunkt

- Editorial - **Andreas Seifert** - 3
- Strategischer Raum Meer - **Andreas Seifert** - 4
- Volle Kraft voraus auf fremde Küsten: Marinerüstung in Deutschland - **Lühr Henken** - 8
- Warmes Klima, Kalter Krieg: Entwicklungen in der Arktis - **Ben Müller** - 13
- GIUK-Lücke: Wiederaufrüstung im Atlantik - **Christina Boger** - 18
- Kalte Krieger am Ärmelkanal - **Merle Weber** - 23
- „Verteidiger des Baltikums“: NATO-Szenarien für einen Krieg in der Ostsee - **Horst Leps** - 26
- Der Blick geht Richtung Osten: Ein deutsches NATO-Kommando für die Ostsee - **Martin Kirsch** - 30
- Von Minen und Walen - **Emma Fahr** - 31

Magazin

Deutschland und die Bundeswehr

- Bundeswehr der Zukunft: Eckpunkte für den Kalten Krieg 2.0 - **Martin Kirsch** - 33
- Digitalisierung und KI bei der Bundeswehr - **Christoph Marischka** - 39

Rüstung & Rüstungsprofiteure

- Geldregen für die Bundeswehr: Hoch gepokert und Milliarden gewonnen - **Jürgen Wagner** - 42
- Eurodrohne und zukünftiges Kampfflugzeug im FCAS- **Marius Pletsch** - 44
- Ungarische Aufrüstungspolitik: Deutschland als zentraler Partner - **Martin Kirsch** - 47
- Die Profiteure der Hochrüstung der Grenzen - **Christoph Marischka** - 51
- Südafrika und Griechenland: EU-Rüstungskonzerne kaufen Politiker - **Pablo Flock** - 52

Neuer Kalter Krieg

- NATO-Agenda 2030: Gipfel der Systemkonkurrenz - **Jürgen Wagner** - 55
- Flagge zeigen! Aufmarsch im Indopazifik - **Özlem Alev Demirel und Jürgen Wagner** - 59
- China und der Westen – wer bedroht wen? - **Gespräch mit Jörg Lang und Andreas Seifert** - 64

Afghanistan und Mali

- Afghanistan: Zur dramatischen Lage und Deutschlands Verantwortung - **Tobias Pflüger** - 70
- Inszenierung militärischer Evakuierung - **Christoph Marischka** - 71
- Externer Staatsaufbau: In Afghanistan gescheitert, in Mali auch nicht vielversprechend - **Christoph Marischka** - 72

Editorial

von Andreas Seifert

Der notwendige Blick in die Ferne nach Afghanistan, in den „Indo-Pazifik“, in den globalen Süden etc. zu Schauplätzen militärischer und wirtschaftlicher Aggression und Kriegsführung soll in dieser Ausgabe um einen Schwerpunkt im „Nahbereich“ erweitert werden. Das Meer und explizit das nördliche Meer und die Ostsee in den Fokus dieser Ausgabe zu stellen, hat viel damit zu tun, dass die „nasse Nordflanke“, wie man das im NATO-Jargon bezeichnet, an Gewicht gewinnt. Jährliche Großübungen wie Defender, Baltops oder auch Trident Juncture 2018 waren und sind Anzeichen dafür, dass auch im unmittelbaren Umfeld Deutschlands für den Krieg gerüstet und geübt wird. Es gilt auch darauf aufmerksam zu machen und aufzuzeigen, wohin dies führt und mit welchen Motiven hier gearbeitet wird.

Neben grundsätzlichen Überlegungen zum Verhältnis deutscher Militär- und Wirtschaftseliten zur See, wird es konkret um die Marinerüstung in Deutschland gehen, die abseits des Postkartenimages schmucker Fregatten und Paradeuniformen eine Vermehrung der „schwimmenden Einheiten“ vorsieht und sich auf immer konkretere Einsatzszenarien einstellt. Die Zeiten, in denen mehr Schiffe aus der Bundesmarine ausschieden, als neu hinzukamen, sollen nun vorbei sein. Mit Beiträgen zum Nordmeer, der Arktis, dem Ärmelkanal und der GIUK-Lücke (einer gedachten Linie zwischen Grönland, Island und den britischen Inseln) wird aufgezeigt werden, dass es bei einer Rüstung zur See nicht allein um militärische Spiele geht, sondern diese auch mit wirtschaftlichen und langfristig geostrategischen Zielen verknüpft ist.

Insbesondere die Arktis wird mehr und mehr als Transitraum begriffen und als Ort reichhaltiger Bodenschätze, die man nun angesichts der globalen Erwärmung leichter abbauen kann. In der Arktis verknüpft sich sichtbar der Klimawandel mit einer zunehmenden Militarisierung. Ein anderer Schwerpunkt ist die Ostsee mit ihren Anrainern. Jenseits der Badestrände,

so zeigt sich hier, blühen militärische Fantasien von Dominanz, Beherrschung und Kriegshandlungen – gefährliche Gedanken in einer prekären Situation. Dass man dabei gleich die Natur mitvernichtet, verdeutlicht unser Beitrag zur „Entsorgung“ von alten Minen, bei der auch gleich eine vom Aussterben bedrohte Tierart mit dezimiert wird.

Unser Schwerpunkt findet aber nicht vor leerer Kulisse statt. Die aktuelle Diskussion zum NATO-Afghanistan-Einsatz ist zum Redaktionsschluss noch in vollem Gange, sodass wir sie in dieser Ausgabe nur ganz am Rande aufgreifen können – wir werden sie jedoch sowohl auf der Homepage als auch mit einem Afghanistan-Schwerpunkt in der nächsten Ausgabe ausführlich unter die Lupe nehmen. Und auch die Rüstung abseits der erwähnten Schiffe spielt eine wesentliche Rolle, zeigt sie doch, wie sich NATO und Bundeswehr in immer größeren Schritten auf Krieg und Eskalation vorbereiten. Unter dem Stichwort „neuer Kalter Krieg“ wollen wir einiger der Facetten hierzu beleuchten.



Quelle: Flickr/Greg Bishop.

Strategischer Raum Meer

Der Blick von Politik und Militär aufs Wasser

von Andreas Seifert

„Die Zeiten, wo der Deutsche dem einen seiner Nachbarn die Erde überließ, dem anderen das Meer und sich selbst den Himmel reservierte, wo die reine Doktrin thront – diese Zeiten sind vorüber. [...] Mit einem Worte: wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.“

- Rede von Reichskanzler von Bülow im Reichstag, 6.12.1897

„Dass Deutschland mehr Verantwortung übernehmen soll, droht zur Phrase zu gerinnen, wenn wir nicht auch militärisch mehr Beiträge leisten.

Wir müssen vom „Mehr-Wollen“ zum „Mehr-Tun“ gelangen. [...] Deswegen bleibt es auch dabei: Im Schnitt bekommt die Bundeswehr jede Woche einen neuen Panzer, jeden Monat ein neues Flugzeug und jedes Jahr ein neues Schiff.“

- Rede von Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer an der Deutschen Maritimen Akademie, 12.3.2020

Die Tradition

Kaiser Wilhelm II. steht für einen der größten Aufrüstungsschübe der deutschen Marine. Unter seiner Herrschaft von 1888 bis 1918 füllten sich die deutschen Häfen mit Kriegsschiffen. Eine boomende Wirtschaft und schier endlose Kapazitäten in der Stahlproduktion ermöglichten den Bau der zweitgrößten Flotte der Welt. Das Deutsche Reich sah sich im Wettbewerb um koloniale Liegenschaften im Hintertreffen und schwenkte mit einem aufgeblasenen Flottenprogramm auf die Militarisierung seiner Außenpolitik ein. Die grausame Geschichte des deutschen Kolonialismus wurde um ein weiteres Kapitel bereichert und leitet über zum Beginn des Ersten Weltkriegs. Die Idee im Konzert der großen Seefahrernationen mitspielen zu wollen und globale, imperiale Machtprojektion leisten zu können, erwies

sich als militärischer Fehlschluss. Im Ersten Weltkrieg spielte die Flotte eine nachgeordnete Rolle und auch der uneingeschränkte Einsatz der „U-Boot-Waffe“, die in einer gedachten Hierarchie der Marineschiffe hintanstand, vermochte nicht die erhoffte Wendung zu bringen. Der Wille der Marineführung, „heldenhaft“ in die finale Schlacht zu ziehen, war es, was den Widerstand der Matrosen herausforderte und zur Novemberrevolution von 1918 führte.

Die Vision einer deutschen, weltweit einsetzbaren Seemacht wurde nach 1949 scheinbar begraben – eng eingebunden in die NATO-Armee kam der Bundesmarine in Nord- und Ostsee die Funktion zu, die Seestreitkräfte der Sowjetunion zu binden und auch die Volksmarine der DDR war in diesem Patt gefangen. Interessanterweise sind es die in U-Boot-Kriegen und -Produktion erworbenen Kenntnisse, die Deutschland zu einem der Hauptproduzenten konventioneller U-Boote haben werden lassen. Der Exportmeister Deutschland war bis in die 2010er-Jahre Weltmarktführer in dieser Klasse von Kriegsschiffen.

Wandel durch Handel

... ist die Umschreibung eines Konzepts, das unterstellt, Demokratisierung sei ein Nebeneffekt von wirtschaftlicher Kooperation – gedacht in einem Gegensatz zu Sanktionen und politischer Isolation. Es ist ein paternalistisches Konzept, das immer dann Konjunktur hatte, wenn es mit der moralischen und sonstigen Stabilität des Handelspartners nicht weit her war. Es zeugt einerseits von der Überheblichkeit, sich im Besitz der einzig richtigen Einstellung und des richtigen Wertesystems zu fühlen, andererseits von dem Mangel an Kapazitäten (oder auch Willen), dieses tatsächlich weltweit (militärisch) durchzusetzen. Vor allem ist es eine gefällige Ausrede, die es Regierungen im kapitalistischen System ermöglicht, doppelte Standards zu pflegen und diese produktiv in die eigene Legitimation einzubauen.

Containerschiffkapazitäten 2021 Top 10 Eignerstaaten



Handelsflotte der Welt Eignerstaaten

	DWT	Zahl	Flagge %*
1 Griechenland	394593	4926	81,4
2 VR China	296353	6688	67,8
3 Japan	249710	4184	85,1
4 Deutschland	89098	2626	90,8
5 Süd-Korea	85354	1630	83,8
6 Norwegen	76042	1712	76,9
7 Singapur	65204	1567	55,2
8 USA	59323	1177	90,2
9 Taiwan	51322	945	87,2
10 Italien	50159	1103	79,3
11 Dänemark	45176	882	54,8
12 Hongkong	39784	977	42,6
13 Großbritannien	37995	789	83,9
14 Kanada	31593	518	94,7
15 Türkei	29352	1484	78,3
16 Belgien	28455	249	64,7
17 Indien	26735	796	41,8
18 Russland	23171	1484	66,6
19 Indonesien	21633	2030	7,3
20 Iran	18185	212	0,1

* Anteil der Schiffe, die nicht unter der Flagge des Eignerstaates fahren, sondern in einem offenen Register geistert sind.

© IMI 2021

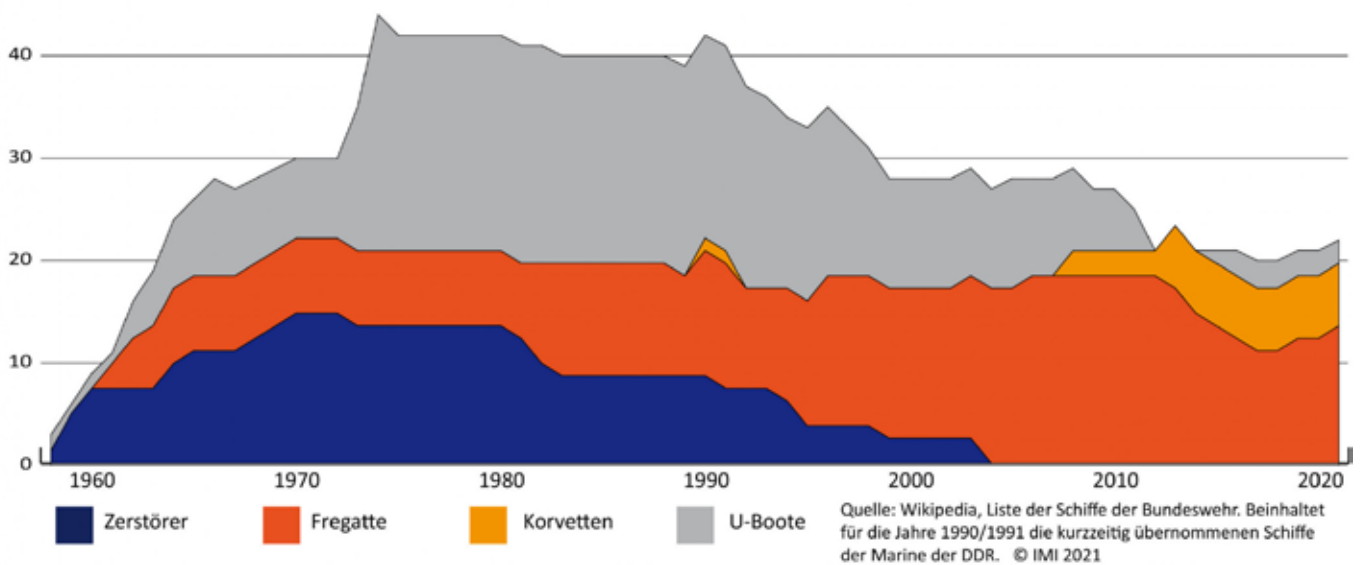
Das Konzept bildete lange Jahre die Grundlage der deutschen Außen-, Handels- und Industriepolitik und bestimmte auch die Priorisierung des Ausbaus einer Handelsflotte gegenüber dem einer großen Marine. Die Seeschifffahrt als Basis der Globalisierung ermöglichte weltumspannende Lieferketten und die Verlagerung von Produktionsstandorten an den jeweils günstigsten Ort. Der Ausbau der deutschen Handelsflotte hat insbesondere im Segment der Containerschiffe ab den 1980er Jahren einen Auftrieb erlebt und brachte Deutschland in die Spitzengruppe der Schiffseigner.¹ In seinem Jahresbericht von 2019, den das Marinekommando der Bundeswehr mit „Fakten und Zahlen zur maritimen Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland“² überschreibt, rangiert die deutsche Handelsflotte auf Platz 4 mit Abstand hinter Griechenland, der VR China und Japan – bei den Containerschiffen führt Deutschland die Liste an, vor der VR China, Dänemark, Griechenland und Japan.

Dass nun, im Jahre 2021, es ausgerechnet die EU-Kommission ist, die mit Bezug zur VR China den „Wandel durch Handel“ als im Kern gescheitert beschreibt, ist wiederum mehr als die Anerkennung eines gescheiterten Versuches, ein anderes Land auf die Linie des kapitalistischen Westens zu bringen – es ist die offensive Frontbildung gegenüber der VR China. Der man übrigens bei der Gelegenheit gleich unterstellt, sie betreibe ihrerseits einen „Wandel durch Handel“, wobei sie ihre „autokratischen Methoden“ z.B. entlang der neuen Seidenstraße oder in Afrika verbreitet. Für die deutsche Marine bringt dies 2021 ihr Inspekteur Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach auf den Punkt: „Unser altes deutsches sicherheitspolitisches Mantra ‚Wandel durch Handel‘ reicht in meinen

Augen künftig nicht mehr aus. Es ist blauäugig zu glauben, dass allein vertiefte Handelsbeziehungen unsere strategischen Wettbewerber von der Attraktivität unseres Wertesystems überzeugen. Wir müssen auch aktiv gestalten können und wollen.“³

Aber der deutsche Blick auf das Meer hatte sich schon Jahre vor der Amtseinführung von Xi Jinping 2012 gewandelt. Ausschlaggebend sind die Zunahme von weltweiten Konflikten und die unter anderem von den USA geforderte Umverteilung militärischer Verantwortung innerhalb der NATO – festgelegt unter anderem in der Alliance Maritime Strategy der NATO vom 18.3.2011.⁴ Die militärisch gedachte „Neue Verantwortung“⁵ 2013 war die konsequente Aufgabe der sich aus der Beendigung des Ost-West-Konflikts ergebenden Friedensdividende. 2013 markiert auch das Ende der Zurückhaltung, was die Rüstung insgesamt betrifft, aber auch, was die Rüstung mit Bezug zur Marine im Besonderen anbelangt. Der weiteren Reduktion der Flotte, die vor allem durch das langsame Auslaufen der Betriebsdauer der Kampfschiffe vonstattenging, wurde nicht nur „planerisch“ entgegengewirkt. In die neuen Planungen sind allerdings auch neue Konzepte und Sichtweisen mit eingeflossen, die von der bis dahin auf den Raum des Nordatlantiks, Nordsee und die Ostsee beschränkten Flotte nicht zu erwarten waren. Längere Einsatzdauern, modulare Konzepte und eine insgesamt höhere Flexibilität im Einsatzspektrum sind als neue Vorgaben hinzugetreten und wurden auch in der Auslegung der Schiffe berücksichtigt.⁶ Umgekehrt wurden die küstennah zur Landesverteidigung einzusetzenden Boote – wie beispielsweise die Flugkörperschnellboote der Gepard-Klasse – systematisch abgebaut. Entgegen dem Narrativ, die deutsche Marine sei seit Ende der

Entwicklung der Bundesmarine (1959-2021)



Ost-West-Konfrontation und insbesondere nach 1999 massiv geschrumpft, ist entgegenzuhalten, dass es nur bestimmte Schiffsklassen sind, die ausgefallen sind und umgekehrt sogar ein Zuwachs an Einsatzfähigkeiten entstanden ist.⁷ Die See als Transitraum für Waren wurde einer Versicherheitlichung unterzogen und Phänomene wie Piraterie und Terrorismus als mit militärischen Mitteln eindämmbar dargestellt. Dabei ist das militärische Instrumentarium kaum geeignet, z.B. Piraterie zu bekämpfen. Die neuen Einheiten – Fregattenklasse 125, U-Boote 212, Einsatzgruppenversorger – waren und sind dazu ausgelegt, dauerhaft und fernab der heimatischen Gewässer in Einsätzen vor fremden Küsten zu stehen und dort an integrierten Missionen teilzunehmen.

„Verantwortung“

Die politisch gewollte Verschiebung des Einsatzraums dient nur vordergründig der Sicherung der Weltmeere und der Handelsrouten – vielmehr zeigt sich darin ein Konzept, weltweit für „deutsche Interessen“ einzustehen und „Flagge zu zeigen“. Unter dem Aspekt einer Naval Diplomacy⁸ betrachtet, einer Diplomatie mithilfe der Marine, baute die Bundeswehr ab 2013 systematisch ein Instrumentarium zur Projektion militärischer Macht und politischer Ansprüche auf. Marineschiffe vor die Küste irgendeines anderen Staates zu schicken, kann dabei eine Vielzahl von Funktionen erfüllen. Bei einer vielleicht sogar positiv zu bewertenden und deeskalierend wirkenden gemeinsamen Übung (z.B. Seenotrettung) oder bei einem Hafenbesuch geht es in erster Linie darum, dass sich Soldaten begegnen und Spannungen abgebaut werden. Von hier aus ausgehend ist aber schnell das Potential einer Drohung erreicht – wenn beispielsweise solche Übungen

vor den Küsten eines ausgeschlossenen Landes stattfinden oder es im Rahmen des Besuchs doch vor allem darum geht, das eigene Kriegsgerät zu präsentieren und zu verkaufen. Die Marine kann aber auch im Rahmen allgemeiner Übungen oder in mandatierten „Überwachungsmissionen“ regionale militärische Gleichgewichte verändern und mit ihrer Präsenz vor anderen Küsten „politische Willensbekundung“ betreiben. Die – und das ist entscheidend – unterhalb von realer militärischer Eskalation stattfindet. Und selbstverständlich kann die Marine auch in klassische Kanonenbootdiplomatie verfallen, d.h. mit begrenztem militärischem Einsatz eine politische Lösung erzwingen. Die Marine scheint dabei für solche Freundschafts- bzw. Droh- und Kampfkulissen auch aus Kostengründen besser geeignet, als jede andere Waffengattung. Das beste Beispiel hierfür kommt mit der Entsendung der Fregatte Bayern in den „Indo-Pazifik“ aus der jüngsten Zeit – sie soll zeigen, dass Deutschland (und die EU?) bereit sind, mehr Verantwortung für die Freiheit der Seewege und die „Einhaltung des Völkerrechts“ zu übernehmen, letztlich demonstriert sie aber in erster Linie den Schulterschluss mit den Positionen der USA in der Frontbildung gegenüber der Volksrepublik China und sucht den Kontakt zu den „Wertepartnern“. Konkret: Die Reise dient dazu, das Misstrauen gegenüber China und die Verbundenheit zu den USA deutlich zu artikulieren. Oder, um noch einmal Vizeadmiral Schönbach zu zitieren: „Das Deployment der Fregatte Bayern in diesem Jahr in den Indopazifik ist ein erster Schritt dazu [aktiv zu gestalten] und weit mehr als nur ein Symbol. Wir werden bei unseren Wertepartnern, zum Beispiel Australien, Singapur und Japan mit offenen Armen empfangen. Meine Absicht ist es, dieses wichtige Engagement in der Zukunft zu verstetigen.“⁹

AKK: „Mehr Tun“ – Regional

Die Dualität weltweiter Einsatzfähigkeit und regionaler, auf den Ostsee-Raum bezogener Marinehoheit spiegelt sich nun klarer als jemals zuvor auch in der Zweiteilung der deutschen Marine wider. Entspricht die Einsatzflottille 2 in Wilhelmshaven mit ihren Fregatten und dem Trossgeschwader genau dem Bild einer blue-water-navy, die jenseits der eigenen Küste zum Einsatz kommt, so belegt die Einsatzflottille 1 in Warnemünde, Kiel und Eckernförde mit ihren Korvetten und Flottendienstbooten den regionalen Anspruch, in der Ostsee als die dominante Kraft wahrgenommen zu werden.¹⁰ Das 2009 offiziell als NATO Centre of Excellence for Operations in Confined and Shallow Waters (für Operationen in begrenzten und seichten Gewässern) akkreditierte Bundeswehr-Forschungsinstitut in Kiel war ein wesentlicher Schritt, Deutschland als führende Macht im Ostseeraum mit Expertise ins Spiel zu bringen.¹¹ Schon bei der AKK-Vorgängerin von der Leyen war von dem Anspruch die Rede, nicht nur als Rahmennation, sondern auch als Parent-Navy zu wirken – quasi wie ein großer Bruder die kleinen anzuleiten. Neben der ausgebauten Korvetten-Flottille und den zu erneuernden Flottendienstbooten wird auch gezielt für diese Aufgaben in der Ostsee gerüstet. Die Aufstellung des DEU MARFOR (German Maritime Forces Staff) im Januar 2019 in Rostock war ein weiterer Schritt. Der Kommandostab, der neben deutschen Offizieren auch solche anderer NATO-Staaten beinhaltet, gilt als Nukleus eines noch einzurichtenden Baltic Maritime Component Command (BMCC), das noch weiter in die Ostsee reicht und damit noch mehr maritime Feuerkraft zu steuern vermag.¹² In der Ostsee ist damit eine neue Runde der Rüstung und militärischen Planung und Gegenplanung eingeleitet, die wenig Kooperatives enthält.

Fazit

Letztlich hat hier also seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation ein Umdenken im Bezug zur Marine stattgefunden, das von der Neuerfindung der NATO als global tätiges Sicherheitsbündnis ganz wesentlich geprägt ist. Nicht die Landesverteidigung im Kontext einer Blockkonfrontation, die darauf abzielt, sowjetische maritime Kräfte in der Ostsee zu binden und in der Nordsee die Nachschubwege über den Nordatlantik zu sichern, stand nun längere Zeit im Vordergrund, sondern der Wunsch, als weltweit operierendes militärisches Instrumentarium einer offensiven Außenpolitik zu wirken. Ende der 2010er-Jahre änderte sich diese Perspektive nun ein weiteres Mal und nahm erneut den Ostseeraum in den Blick. Diesmal aber nicht allein

unter dem Gesichtspunkt einer Eindämmung russischer Militärmacht, sondern darüberhinausgehend auch unter dem Aspekt eines offensiven „Schutzes“ der 2004 neu hinzugetretenen NATO-Länder im Baltikum (Estland/Lettland/Litauen).

Anmerkungen

- 1 Getragen und finanziert wurde dieser Ausbau durch großzügige Steuerersparnis für die Investoren. Aktuell schrumpft die deutsche Handelsflotte, wenn auch nicht mehr so stark wie nach 2000.
- 2 Der jährliche Bericht wird herausgegeben vom Marinekommando und ist über die Webseite der Bundeswehr abrufbar – der Bericht 2020 wurde nach der Veröffentlichung zurückgezogen, da er offensichtlich ohne ausreichende Verweise von anderen Quellen abgeschrieben hat (BILD-Zeitung, 20.11.2020). Die Fassung von 2020 ist noch einsehbar über das Bundeswehrjournal.
- 3 Inspekteur der Marine Kay-Achim Schönbach, „100 Tage im Amt – Worauf es mir ankommt“, Rede an der Marineunteroffizierschule Plön, 25.6.2021 (über www.bundeswehr.de).
- 4 NATO – Official text: Alliance Maritime Strategy, nato.int, 18.3.2011
- 5 SWP/German Marshall-Fund: Neue Macht – Neue Verantwortung, Berlin 2013; siehe genauer: Jürgen Wagner: Verantwortung zum Krieg: Schwarz-Rote Weltmachtambitionen, IMI-Standpunkt 65/2013, imi-online.de, 7.11.2013
- 6 Siehe auch Andreas Seifert: „Meer. Für Dich“ als vorsätzliche Volksverdummung, in: Ausdruck 4/2013, S.24-26.
- 7 Schnellboote waren eine der häufigsten Schiffsklassen der Bundesmarine – knapp 100 Schiffe sind ihr zuzurechnen. Die andere Schiffsklasse, die wesentlich reduziert wurde, sind konventionelle U-Boote – auch sie waren für küstennahe bzw. für Einsätze in der Nordsee ausgelegt. Viele Grafiken illustrieren ein Schrumpfen der Marine als Ganzes mit der Reduktion der Zahl dieser Bootsklassen, bei genauerem Hinsehen illustriert dies jedoch nur die Amputation des Gedankens der Landesverteidigung gegenüber der Priorisierung weltweiter Einsatzfähigkeit.
- 8 Kevin Rowlands: Naval Diplomacy in the 21st Century, London 2019.
- 9 Kay-Achim Schönbach: „100 Tage im Amt – Worauf es mir ankommt“, 25.6.2021
- 10 Siehe zur Ausrüstung und Zweiteilung auch den Beitrag von Lühr Henken in diesem Heft.
- 11 Zu den NATO-COE und insbesondere auch zum Institut in Kiel siehe Christopher Schwitanski: NATO-Exzellenzzentren, Planen für den nächsten Krieg, IMI-Studie 6/2016, imi-online.de, 30.5.2016.
- 12 Göran Swistek: Abschreckung und Verteidigung im Ostseeraum, SWP-Aktuell 2020/A100, swp-berlin.org, 15.12.2020. Sowie: Bundeswehr: Marine-Einsatzstab: DEU MARFOR in Dienst gestellt, bundeswehr.de, 24.1.2019.

Volle Kraft voraus auf fremde Küsten

Marinerüstung in Deutschland

von Lühr Henken

Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer charakterisierte vor Marineoffizieren im März 2020¹ die „strategische Lage“ indem sie Russland unterstellte, es gefährde die strategische Stabilität Europas und China befeure durch zunehmenden Dominanzanspruch die „systemische Konkurrenz“ großer Mächte. Deshalb müsse die Bundeswehr, die Marine eingeschlossen, die „Landes- und Bündnisverteidigung“ zur „höchsten Priorität“ – vor dem „internationalen Krisenmanagement“ – erheben. Fakten, die ihre Behauptungen belegen könnten, nannte AKK nicht. Aber geographische Regionen verstärkten deutschen maritimen Einsatzes konnte sie benennen: Die Ostsee (als „wichtige Nachschubroute ins Baltikum“) und im Nordatlantik die GIUK-Lücke, „die gedachte Linie zwischen Grönland, Island und Großbritannien.“ Hier gehe es um zweierlei, die „Verbindung zwischen Nordamerika und Europa zum einen als Versorgungslinie und zum anderen wegen des Schutzes des Tiefseekabels.“ Hier werde „mehr Präsenz und Wirkmöglichkeit“ gebraucht. Im Schwarzen Meer, „wo Russland Druck ausübt“, müssten die NATO- und EU-Partner gestärkt werden. Darüber hinaus seien die „Freiheit der Seewege für Deutschland und unseren Wohlstand von großer strategischer Bedeutung.“ Erhebliche Aufgaben des „internationalen Krisenmanagements“ sieht AKK in zwei Bereichen: bei „vielgenutzten Engpässen, wie die Straßen von Hormus und Malakka“, die von Regionalkonflikten bedroht seien, und dem Anstieg des Meeresspiegels, der zu Migrationsbewegungen und Folgekonflikten führe.

Wir erkennen hier die klare Konzentration auf einen militärischen Großkonflikt mit Russland, aber auch den weltweiten Wirkhorizont für die kleinste der Teilstreitkräfte, die allerdings von 2014 an um 2.500 auf 15.000 Soldat*innen angewachsen ist.

Der neue Marineinspekteur Schönbach hebt konkret China, das „stetig“ aufrüstete, hervor, das angeblich ein weltweites Netzwerk von Militärstützpunkten aufbaue

und damit „Machtprojektion“ betreibe, ohne dass er dafür auch nur einen Beleg anführt. Er formuliert aus diesen Schwerpunktsetzungen heraus konkrete Handlungsanweisungen.² Es gehe für die deutsche Marine um die „Refokussierung zum Kampf“, dieser Fähigkeit müsse sich alles andere unterordnen. Die Marine müsse das „hochintensive Gefecht beherrschen“. Deshalb müssten die deutschen Kampfschiffe aus den NATO-Verbänden der Seeraumüberwachung herausgenommen werden und die Integration dieser Kampfschiffe in Flugzeugträgerkampfgruppen müsse künftig Priorität haben. „Wir brauchen in Zukunft auch herausfordernde Aufträge mit hohem Operationstempo, in denen die Fähigkeit zur multidimensionalen Seekriegsführung wieder in den Vordergrund gerückt wird,“ sagte er. Geht es noch martialischer?

Die deutsche Marineflotte

Die Flotte der deutschen Marine ist organisatorisch zweigeteilt: Vom Marinekommando in Rostock aus werden die Einsatzflottille 1 in Kiel, und die Einsatzflottille 2 in Wilhelmshaven geführt. Die Einsatzflottille 1 gilt als „Ostseeflottille“ und hat für ihre Verbände und Einheiten drei Häfen: in Warnemünde das 1. Korvettengeschwader, in Eckernförde das 1. U-Bootgeschwader, das Seebataillon und das Kommando Spezialkräfte der Marine (KSM) sowie die Flottendienstboote und in Kiel das 3. Minensuchgeschwader und das Unterstützungsgeschwader. Zur Einsatzflottille 2 in Wilhelmshaven gehören die großen Überwasserkampfschiffe des 2. und 4. Fregattengeschwaders sowie das Trossgeschwader.

Die Kriegsschiffe der Einsatzflottille 1 und ihre Spezifika

Das Korvettengeschwader wird von fünf baugleichen hochseegängigen Korvetten gebildet, die von 2008 bis 2013 ihren Dienst aufgenommen haben. Ihre

Tarnkappenbauweise soll leichtes Erkennen mittels Radar in der hochmilitarisierten Ostsee verhindern. Die nach dem Typschiff benannte Braunschweig-Klasse (K 130) ist knapp 90 Meter lang, verdrängt nur 1.800 t Wasser, benötigt voll beladen nur einen Tiefgang von 3,40 m und ist damit speziell für flache Küstengewässer wie die Ostsee gebaut worden. Ihre Hauptwaffen sind vier nahezu störungssichere Marschflugkörper RBS 15 Mk3, mit denen Schiffe, aber auch Landziele, auch im Salvenschuss, auf eine Entfernung von 250 km Entfernung im Tiefflug auf ein bis zwei Meter genau getroffen werden können. Die Gefechtsladung beträgt 200 kg.

Die sechs U-Boote des Typs 212 sind die kampfstärksten konventionell angetriebenen U-Boote der Welt, die zwischen 2005 und 2016 den Dienst aufgenommen haben. Von Außenluft unabhängige Brennstoffzellen sorgen für den Antrieb, wodurch mindestens zwei Wochen lange, ununterbrochene Tauchfahrten möglich sind. Die U-Boote sind leiser als US-amerikanische Atom-U-Boote und von Marinen außerhalb der NATO bisher nicht zu orten. Mit ihren 50 bis 140 km weit reichenden Schwergewichtstorpedos „Seehecht“ sind sie ein hoch wirksames Waffensystem. Das U-Boot ist auch im Flachwasser manövrierfähig und kann einen Küstenstreifen von 800 km Länge kontrollieren. Es kann nicht nur Überwasserschiffe versenken, sondern auch U-Boote.

Die drei Flottendienstboote der Klasse 423 sind unbewaffnete Spionageschiffe, die dem Kommando Strategische Aufklärung in Gelsdorf bei Bonn ihre gewonnenen Daten übermitteln. Das Kommando arbeitet mit dem Bundesnachrichtendienst zusammen. Die Boote betreiben optische, akustische, Radar- und visuelle Aufklärung, um Informationen von über und unter Wasser und aus dem erweiterten Küstenstreifen zu gewinnen. Das Abfangen und Orten elektronischer Kommunikation sind die Hauptaufgaben der Flottendienstboote. Die für diese Fachaufgaben zuständigen Soldaten gehören dem Bataillon Elektronische Kampfführung 912 in Nienburg/Weser an.

Die Kriegsschiffe der Einsatzflottille 2 und ihre Spezifika

Die größten Kriegsschiffe der deutschen Marine sind zurzeit 10 Fregatten. Das sind eine Fregatte der Bremen-Klasse (F122), die seit 1990 in Dienst ist und 2022 ausgemustert werden soll, vier Fregatten der Brandenburg-Klasse (F 123), drei Fregatten der Sachsen-Klasse (F124), in Dienst gestellt von 2003 bis 2006, sowie 4 Fregatten der Baden-Württemberg-Klasse (F125), wovon seit 2019 jedes Jahr eine den Dienst aufgenommen hat und sich das vierte Schiff in der Erprobung befindet.

Die „Lübeck“, das letzte Schiff der Klasse F122, wurde als Multifunktionsfregatte im Kalten Krieg als Begleitschiff für Transporte über den Atlantik konzipiert, und kann andere Schiffe und U-Boote, Flugzeuge und Flugkörper bekämpfen. Das Schiff verdrängt 3.680 t bei einer Länge von 130,5 m und ist 30 kn schnell. Die vier 29 kn schnellen F123-Fregatten verdrängen 4.900 t, sind 139 m lang und dienen der U-Boot-Jagd und der Bekämpfung von Schiffen, später wurden auch Boden-Luft-Raketen mit Reichweiten von über 50 km installiert. Sie sollen bis 2030 in Dienst bleiben.

Die F123-Fregatte Bayern brach am 2. August ins Südchinesische Meer und in die Straße von Malakka auf, um militärische Macht gegen China zu demonstrieren. Die drei F124-Fregatten sind Mehrzweckfregatten mit dem Schwerpunkt Flugabwehr. Sie sind dafür konzipiert, einen Einsatzverband zu führen, Geleitschutz zu geben und ein Seegebiet zu sichern. Sie verfügen über Flugabwehrraketen mit Reichweiten von 50 bis 167 km, über Antischiffsraketen (Reichweite 220 km) und Torpedos. Demnächst soll ein Hoch-Energie-Laser-Demonstrator zu Erprobungszwecken montiert werden. Die Kosten für eine F124 beliefen sich auf 733 Mio. Euro. Die 143 m langen und 5.800 t verdrängenden Fregatten sind als Begleitschiff einer US-Flugzeugträgerkampfgruppe für die Luftabwehr eingesetzt worden.

Die Schiffsklasse F125 ist mit 7.200 t die vorerst größte Fregatten-Klasse seit Bestehen der Bundeswehr und benötigt dank Mehrbesatzungskonzepts nur halb so viele Soldat*innen an Bord wie ihre Vorgängermodelle. Die F125 können zwei Jahre ununterbrochen auf See bleiben und sind für Seeraumüberwachung und Piratenjagd ausgelegt und können Marineinfanteristen des Seebataillons und des KSM aufnehmen. Im Unterschied zu den anderen Fregatten-Klassen sind die F125 nicht für intensive Gefechte ausgelegt, sondern für Stabilisierungseinsätze. Allerdings können sie mit einer weitreichenden Bordkanone (Vulcano-Munition) ausgerüstet werden. Die Einsatzprüfung ist in Vorbereitung und würde Reichweiten von 80 km Schussentfernung für feste und bewegliche Ziele an Land ermöglichen. Eine weitere Besonderheit dieser Baden-Württemberg-Klasse ist ihr Preis. Mit 930 Mio. Euro pro Stück bricht er (bisher) jeden Rekord.

Als komplett neuen Schiffstyp nach dem Kalten Krieg verfügt die deutsche Marine über drei Einsatzgruppenversorger (EGV) im Trossgeschwader der Einsatzflottille 2, die zwischen 2001 und 2013 in Dienst gestellt wurden. Sie sind mit mehr als 20.200 t die größten deutschen Marineschiffe und transportieren Proviant, Munition, Kraftstoff sowie Frischwasser und haben ein Lazarett in der Größe eines Kreiskrankenhauses an Bord. Der Einsatzverband kann mittels EGV

Standorte von Marine und Rüstungsindustrie in Norddeutschland



statt nur 3 Wochen nun bis zu 45 Tage ununterbrochen ohne Landunterstützung weltweit herumkreuzen.

Das Marinefliegergeschwader in Nordholz/Niedersachsen nutzt 8 Seefernaufklärungsflugzeuge zur U-Boot-Bekämpfung, die dafür jeweils 8 Torpedos mitführen. Diese PC-3 Orion sind 750 km/h schnelle Propellermaschinen und haben eine Einsatzreichweite von 2.500 km. Ihr Einsatzende ist für 2025 geplant. Als Bordhubschrauber für alle Fregatten der Klassen F122 bis F124 werden 22 SeaLynx Mk 88A bis 2025 für die U-Boot-Jagd und den Überwasserseekrieg im Einsatz bleiben. Bis 2023 werden 21 SeaKing Mk 41 vor allem für Rettungsaktionen und den Transport von Menschen und Material im Einsatz sein.

Kampfzone Ostsee

Im Unterschied zum Kalten Krieg hat sich das Ende der Küstenlinie der NATO bis auf etwa 200 km heran an St. Petersburg vorgeschoben und ist damit nur 170 km entfernt vom Stützpunkt der Baltischen Flotte Russlands in Kronstadt. Der zweite Stützpunkt der Baltischen Flotte liegt in Baltijsk in der Exklave Kaliningrad, die von NATO-Gebiet umgeben ist. Finnland und Schweden haben sich in den letzten Jahren den NATO-Strukturen so weit angenähert, dass sie im Kriegsfall auf Seiten der NATO eingreifen würden. Die Marinen auf Seiten der NATO in der Ostsee wären für den Fall stärker als die Russlands. 20 U-Boote, 26 Zerstörer, Fregatten und Korvetten sowie 63 Patrouillenboote (zusammen 109) des Westens stünden dort einem U-Boot, 16 Fregatten und Korvetten sowie 21 Patrouillenbooten (zusammen 39) Russlands gegenüber.

In Rostock wurde 2019 ein neuer deutscher Marine-Führungsstab mit internationalem Anteil gebildet, der Marineoperationen in der Ostsee und entlang der Nordflanke der NATO planen und führen kann. Er bildet den Kern eines ab 2025 einsatzfähigen Führungsstabs der NATO für diese Region – unter deutscher Führung.

Aufrüstung der deutschen Marine

So wie die Bundeswehr insgesamt wird seit 2014 auch die Marine massiv aufgerüstet. Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer verkündete 2019 öffentlich ihren Willen, bis 2031 das NATO-Ziel zu erreichen, zwei Prozent der Wirtschaftsleistung in die Bundeswehr zu stecken, was dann über 90 Milliarden Euro pro Jahr bedeuten würde – eine Verdopplung der Ausgaben binnen dieser 12 Jahre. Der Marine würde dabei im Durchschnitt pro Jahr ein neues Schiff zulaufen, sagte sie. 2018 gab das Verteidigungsministerium bekannt, dass die Flotte 2032 auf 25 Kampfschiffe und 8 U-Boote aufwachsen solle. Damals verfügte sie über 14 Kampfschiffe (9 Fregatten und 5 Korvetten) und 6 U-Boote. Für weitere fünf Korvetten K130 wurde der Bau für 2,35 Mrd. Euro bereits beauftragt. Sie sollen in der Zeit von 2023 bis 2025 in Dienst gestellt werden. Im Zeitraum 2022 bis 2026 sollen 160 Marschflugkörper RBS 15 Mk3 für 291 Mio. Euro beschafft werden. Angedacht ist, ab 2025 weitere fünf K130 in Auftrag zu geben, um die ersten fünf Korvetten zu ersetzen, damit dauerhaft zehn baugleiche K130 der neuesten Ausführung zur Verfügung stehen.

Das über Jahre als größtmäßig zwischen Korvette und Fregatte angesiedelte Mehrzweckkampfschiff

MKS 180 soll nun doch bis zu 10.000 t Wasser verdrängen können und somit zum größten Fregattentyp der Marine werden. Deshalb firmieren die MKS 180 nun als F126. Vier von ihnen sollen von 2028 bis 2032 gebaut werden – Preisschild 6 Milliarden Euro. Es ist das kostspieligste Marineprojekt seit Ende des 2. Weltkriegs. Sie sollen zum dreidimensionalen weltweiten Seekrieg ausgerüstet werden, wobei sie vor allem zum großräumigen Schutz von Verbänden und Gebieten mit dem Schwerpunkt U-Boot-Jagd verwendet werden sollen. Sie erhalten dafür zwei Bordhubschrauber, aber auch für den Landbeschuss ein Geschütz mit Vulcano-Granaten. Bis zu 2 Jahre sollen sie ununterbrochen auf See sein können. Zudem besteht die Option auf den Bau von zwei weiteren F126.

Erste Überlegungen für eine ab 2032 einzuführende neue Fregatten-Klasse F127 gehen dahin, die drei F124 zu ersetzen und zusätzlich drei weitere F127 in Dienst zu stellen, die modular für den auch autonomen Unter- und Überwasserseekrieg, mit dem Schwerpunkt auf Luftverteidigung gegen ballistische Raketen und Hyperschallraketen ausgerichtet sind und auch Laserwaffen erhalten sollen. In einem Zeithorizont bis 2075 wird hier gedacht, so dass die F127 für weltweite Einsätze zur Mitte des Jahrhunderts das Rückgrat der deutschen Marine bilden sollen.

Die deutsche Marine erhält von sechs U-Booten des Typs 212 CD, die zusammen mit Norwegen gebaut werden, zwei, die der deutschen Marine zwischen 2031 bis 2034 zulaufen sollen. Sie sollen eine größere Reichweite, Geschwindigkeit und verlängerte Seeausdauer erhalten und in die Lage versetzt werden, anfliegende Gegner mit einem Flugkörper anzugreifen. Aus dem Bundeshaushalt wurden dafür 2,79 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt – Stückpreis 930 Mio. Euro. Die beiden Vorgänger waren 2015 noch für 500 Mio. Euro pro Stück zu haben. Das von der Regierung ausgegebene Ziel, bis 2032 25 Kampfschiffe und 8 U-Boote zur Verfügung zu haben, kann, wenn der Kurs nicht gestoppt wird, beinahe erreicht werden. Der Bundestag hat im Juni den Bau von drei Flottendienstbooten der Klasse 424 beschlossen, die mit 130 m Länge ca. 50 m länger sind als ihre Vorgänger. Sie kosten knapp 2,1 Mrd. Euro und sollen ab 2027 die alten Boote nach und nach ersetzen.

In derselben Sitzungswoche stellte der Bundestag 1,43 Mrd. Euro für fünf P-8A Poseidon Seefernaufklärer und U-Boot-Jäger als Ersatz für die P-3 Orion beschlossen zur Verfügung. Die P-8A basieren auf Boeing 737-800-Düsenflugzeugen, deren Reichweite laut Boeing 7.400 km und deren Flugdauer 10 Stunden beträgt. Die 5 Poseidon sind somit bedeutend leistungsfähiger als ihre acht Vorgänger. Als „Ersatz“ für die 22 SeaLynx gab der Bundestag im November 2020 grünes

Licht für 31 Bordhubschrauber NH 90 SeaTiger, die von insgesamt geplanten 15 Fregatten aus je zu zweit vor allem Aufklärungsaufgaben verrichten und auf U-Boot-Jagd gehen sollen. Mit Bewaffnung werden sie 3,1 Mrd. Euro in der Anschaffung kosten und weil sie in fast allen Parametern die SeaLynx übertreffen, diese Marinefähigkeiten mehr als versiebenfachen. Bis Ende 2022 sollen 18 Bordhubschrauber des Typs NH 90 Sea Lion die 21 SeaKing Mk 41 ersetzen.

Ebenfalls Ende Juni beschloss der Bundestag, die zwei Betriebsstofftanker ab 2024 durch ca. 40 % größere Schiffe zu ersetzen, die nicht mehr nur Schiffsdiesel, sondern auch Flugkraftstoffe bis zu 15.000 km weit transportieren können. Kosten: 914,3 Mio. Euro.

Deutsche Werften

Zutreffend bemerkt der Maritime Koordinator der Bundesregierung, Norbert Brackmann: „Deutschlands Marineschiffbau besitzt eine weltweit führende Position auf dem Gebiet der Hochtechnologie bei Überwasserschiffen und bei U-Booten.“³ Zurzeit ist er konzentriert in fünf Werftengruppen oder Einzelwerften, denen ca. 400 Betriebe zuliefern.

ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) ist als Teil des ThyssenKrupp-Konzerns die größte deutsche Marinewerftengruppe. 6.466 Belegschaftsmitglieder zählte TKMS am 31. März 2021. Sie haben nach Werksangaben für einen Umsatz von 1,8 Mrd. Euro (2018/2019) gesorgt. SIPRI platziert TKMS auf Platz 54 weltweit, auf Platz 15 in Europa (ohne Russland) und auf Platz 2 in Deutschland. TKMS setzt sich zusammen aus den ehemaligen Howaldtswerken Deutsche Werft (HDW) in Kiel (über 3.000 Beschäftigte), ATLAS Elektronik (Sitz in Bremen, ca. 2.000 Beschäftigte in 12 Ländern), den Nordseewerken in Emden (193 Beschäftigte) und Blohm + Voss Shipyards in Hamburg (510 Beschäftigte). TKMS ist Weltmarktführer bei der Entwicklung und Produktion von nicht-nuklear angetriebenen U-Booten und hat „seit 1960 mit 20 Staaten Verträge für 167 U-Boote geschlossen“⁴ und ist somit U-Boot-Exportweltmeister. Nach Werksangaben stammen 70 % der nicht-nuklearen U-Boote der NATO-Flotten von TKMS. Dazu zählen auch die aktuellen U-Boote der deutschen Marine und die 6 U-Boote, die für Norwegen und Deutschland vereinbart sind. Lizenzbauverträge für 2 U-Boote für Italien sind vereinbart. TKMS entwickelt und stellt auch Überwasserkriegsschiffe her: „Seit 1982 82 Korvetten und Fregatten an Marinen aus 15 verschiedenen Ländern.“⁵ TKMS ist federführend bei der Herstellung der Fregatte F 125 (Wertanteil 80 %). Bei Blohm + Voss werden Vorder- und Heckteile der K 130, die auf vier verschiedenen Werften der ARGE 130 hergestellt wurden, zusammengesetzt. TKMS baut

federführend vier Fregatten in Brasilien, die von 2025 bis 2029 ausgeliefert werden sollen. Dafür hat TKMS dort eine Werft gekauft. Atlas Elektronik gehört seit 2017 vollständig zu TKMS.

Atlas Elektronik (AE) ist weltweit führender Elektronik-Ausstatter für nicht-nukleargetriebene U-Boote. Es stellt dafür Führungs- und Waffeneinsatzsysteme sowie Sonare her und ist Weltmarktführer bei Minenjagdssystemen durch eine ganze „Familie“ von Unterwasserdrohnen. AE liefert ein Integriertes Einsatzführungs-, Einsatzunterstützungs- und Einsatzkontrollsystem, so auch für die F 125. AE zählt 38 Marinen zu seinen Kunden. Im Werksteil Wedel/Holstein (198 Beschäftigte) produziert AE Torpedos aller Art – auch die Schwergewichttorpedos „Seehecht“. Der erste Antitorpedo-Torpedo (SeaSpider) wurde hier entwickelt. AE ist weltweit führend in der Torpedoproduktion. „Über 150 U-Boote in 20 Marinen [] sind mit mehr als 1.700 Torpedos dieses Unternehmens ausgerüstet.“⁶ Das AE-Tochterunternehmen Hagenuk in Flintbek bei Kiel (151 Beschäftigte) „ist in Europa der Marktführer für integrierte U-Boot-Kommunikationssysteme und weltweit einer der führenden Hersteller von integrierten Funkmeldeanlagen und HF-Funkgeräten.“⁷

Die im Privatbesitz befindliche Fr. Lürssen Werft (FLW) in Bremen umfasst Werften an sechs Standorten: die Bremer Werft hat drei Betriebsstellen in Aumund, Berne und Lemwerder, die Lürssen-Kröger-Werft in Schacht-Audorf (ca. 400 Beschäftigte), die Neue Jade Werft in Wilhelmshaven, die Norderwerft in Hamburg, die Wolgaster Peenewerft (300 Beschäftigte) sowie Blohm + Voss in Hamburg. Blohm + Voss in Hamburg wurde 2016/2017 zu großen Teilen in die Lürssen Gruppe integriert – bestimmte Unternehmensteile sind bei TKMS verblieben. Beide Unternehmen treten in Bietergemeinschaften gemeinsam auf. Nach Werksangaben beschäftigt die FLW-Gruppe 2.800 Mitarbeiter*innen⁸ und machte 2019 einen Umsatz von 1,088 Mrd. Euro. Ein Großteil des Umsatzes macht FLW mit der Herstellung von Megajachten für die Milliardäre der Welt. Man geht davon aus, dass dieser zivile Bereich etwa die Hälfte der Werften auslastet. Lürssen setzt andererseits die Tradition des Kriegsschiffbaus aus Kaiserzeit und Hitlerfaschismus fort. FLW ist federführend beim Bau der Korvetten K 130: Bei Blohm + Voss werden die Schiffshälften zusammengefügt, zwei Vorschiffe stammen von FLW aus Bremen, fünf Heckteile werden auf der Peenewerft gebaut. Der Wertanteil am Bau der Fregatten F 125 beträgt 20 Prozent. Die F 126, die unter der Federführung der niederländischen Werftengruppe Damen entsteht, sollen künftig bei Blohm + Voss gebaut werden. FLW hat im Juni 2021 als Generalunternehmer den Auftrag für die Herstellung der Flottendienstboote für

die deutsche Marine erhalten und hat zusammen mit der Meyer-Werft in Papenburg auch den Auftrag für den Bau von zwei Betriebsstofftankern erhalten.

Die Kieler Werft German Naval Yard (GNYK) ist 2015 aus dem Zusammenschluss des Überwasserkriegsschiffbaus von HDW, der Nobiskrugwerft in Rendsburg (300 Beschäftigte) und der Lindenuwerft in Kiel entstanden. GNYK hat in Kiel ca. 400 Beschäftigte. Besitzer ist die international tätige Werften-Holding PRIVINVEST. GNYK stellt 3 Vorschiffe der Korvetten K 130 her. Derzeit entstehen unter Führung von TKMS bei GNYK vier Korvetten für Israel, die 2021 noch abgeliefert werden sollen.

Die Schiffswerft Abeking & Rasmussen in Lemwerder (Niedersachsen) mit 440 Beschäftigten ist Weltmarktführer im Bereich der Herstellung von Minensuchbooten.

Die Fr. Fassmer GmbH in Berne (Niedersachsen) stellt u.a. Patrouillenboote bis zur Korvettengröße für den Export her und beschäftigt weltweit 1.500 Mitarbeiter*innen.

Der Trend ist klar: Die Zahl der Kriegsschiffe steigt. Sie werden jeweils größer als ihre Vorgänger, ihre Schlagkraft wird gesteigert – und sie werden immer teurer. Die Ziele sind ebenso klar: durchsetzungsfähiger weltweiter Einsatz im mehrdimensionalen Seekrieg – gegen Russland und China. Unklar ist: Wer stoppt diesen verhängnisvollen Trend?

Anmerkungen

- 1 Rede der Bundesministerin der Verteidigung Annegret Kramp-Karrenbauer anlässlich des Parlamentarischen Frühstücks der Deutschen Maritimen Akademie am 12. März 2020.
- 2 Inspekteur der Marine Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach „100 Tage im Amt – Worauf es mir ankommt“, 25. Juni 2021.
- 3 Europäische Sicherheit & Technik, 10/2019.
- 4 Europäische Sicherheit & Technik, 10/2020.
- 5 Europäische Sicherheit & Technik, 4/2020.
- 6 Arbeitskreis Wehrtechnik Schleswig-Holstein, Bericht des Arbeitskreises 2018, S. 8.
- 7 A.a.O. S.4.
- 8 „Hintergrund: Die großen Werften in Norddeutschland“, Hamburger Abendblatt, 12.3.2021.

Warmes Klima, Kalter Krieg

Militärische und nicht-militärische Entwicklungen in der Arktis

von Ben Müller

Als Arktis werden häufig alle Gebiete nördlich des Polarkreises (66,57° nördlicher Breite) bezeichnet. Es gibt aber auch Definitionen, die außerdem den Süden Grönlands, die kanadische Hudson Bay, das Beringmeer oder andere angrenzende Gebiete dazuzählen. Seit Millionen von Jahren ist die Arktis durch Eis und Kälte geprägt. In der langen Polarnacht bilden sich Temperaturen bis -50°C, die Böden und Gewässer tief gefrieren lassen, so dass sie auch im Sommer nur oberflächlich auftauen.¹

Aber der Klimawandel macht sich in der Arktis stärker bemerkbar als anderswo. Schon jetzt sind die Durchschnittstemperaturen dort um mehr als 2°C gestiegen. Das Meereis geht in seiner Ausdehnung und Dicke im Sommer immer weiter zurück. Hinzu kommen Wald- und Tundrabrände sowie die Erosion von Böden und Küsten als Folge von auftauendem Permafrost mit teils verheerenden Auswirkungen für Bauten und Infrastruktur wie Straßen, Brücken oder Pipelines.

Die Aussicht auf eine weitgehend eisfreie Arktis eröffnet aber auch Möglichkeiten für kürzere Verbindungen zwischen dem Atlantik und dem Pazifik für Schifffahrtsrouten oder Unterseekabel. Und sie weckt Begehrlichkeiten nach Bodenschätzen, dem Fang von Fischen und anderen Meereslebewesen sowie der Ausweitung des Tourismus.

Streitpunkte in der Arktis

Im Gegensatz zur Antarktis ist die Arktis kein eigener Kontinent, sondern ein Ozean, der von Europa, Asien und Nordamerika umgeben ist. Die fünf Anrainerstaaten Kanada, Dänemark als Vertreter für Grönland, Norwegen, Russland und die USA haben sich deswegen 2008 darauf verständigt, das UN-Seerechtsübereinkommen (SRÜ) in der Arktis anzuwenden.²

Das SRÜ definiert internationales Recht zur Nutzung der Meere unter anderem für Schifffahrt, Fischerei und Rohstoffausbeutung. Ein Küstenstaat darf seine

Souveränität im „Küstenmeer“, einer Zone bis zu zwölf Seemeilen vor seiner Küste, ausüben. Daran anschließen kann sich eine „Ausschließliche Wirtschaftszone“ (AWZ) bis maximal 200 Seemeilen vor der Küste, wo der Küstenstaat das alleinige Recht zur Ausbeutung des Meeres einschließlich des Meeresuntergrunds hat. Wenn der Meeresboden eine natürliche Fortsetzung des Festlands darstellt, kann der Küstenstaat auch über die 200-Meilen-Zone hinaus einen „Festlandsockel“ beanspruchen, der ihm das Recht zur Ausbeutung des Meeresbodens und Meeresuntergrunds gibt. Das Meeresgebiet jenseits davon gilt als „Hohe See“ und steht allen Staaten gleichermaßen offen.

Der größte Teil des Arktischen Ozeans gehört zu den AWZ der Anrainerstaaten oder wird von einem dieser Staaten als Festlandsockel beansprucht. Für die Hohe See im Arktischen Ozean gilt seit Juni 2021 außerdem ein internationales Moratorium, das kommerziellen Fischfang für die nächsten 16 Jahre untersagt, um die Bestände besser zu erforschen. Diesem Abkommen haben sich neben den fünf Anrainerstaaten auch Island, China, Japan, Südkorea und die Europäische Union verpflichtet.³ Von einem unkontrollierten Wettlauf um die arktischen Ressourcen, wie es in manchen Medien dargestellt wird, kann daher eigentlich keine Rede sein. Dennoch gibt es ein paar Punkte, die für Streit sorgen können.

1. Die nördlichen Seegrenzen Kanadas sind teilweise ungeklärt. Im Nordosten befindet sich auf der Grenzlinie zwischen der Ellesmere-Insel und Grönland eine kleine vegetationslose Insel, die sowohl von Kanada als auch von Dänemark beansprucht wird.⁴ Und im Nordwesten ist der Verlauf der Seegrenze in der Beaufortsee umstritten. Während Kanada die Auffassung vertritt, die Seegrenze sei die Verlängerung der Landgrenze am 141. Längengrad, bestehen die USA darauf, die Seegrenze verlaufe senkrecht zur Küstenlinie. Auch wenn in dem umstrittenen Gebiet reiche Öl- und Gasvorkommen vermutet werden, ist nicht davon auszugehen, dass

es deswegen zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden NATO-Staaten kommen könnte.⁵

2. Die Ansprüche auf Festlandsockel, die Russland, Kanada und Dänemark bei der Kommission zur Begrenzung des Festlandsockels eingereicht haben, überschneiden sich teils erheblich. Insbesondere beanspruchen alle drei Staaten ein über 100.000 Quadratseemeilen großes Gebiet um den Nordpol. Die Argumentation stützt sich jeweils darauf, dass der am Meeresgrund verlaufende Lomonossow-Rücken eine natürliche Fortsetzung der Landmasse Russlands, Kanadas bzw. Grönlands sei.⁶ Bisher halten sich die Staaten an die Vorgehensweise gemäß SRÜ zur friedlichen Einigung über die Festlandsockelgrenzen. Allerdings hatte Russland bereits 2007 in einer spektakulären Aktion eine russische Fahne aus rostfreiem Titan am Nordpol in 4261 Meter Tiefe aufgestellt,⁷ was gelegentlich als Hinweis auf eine einseitige Inbesitznahme interpretiert wird.⁸

3. Das größte Konfliktpotential steckt aber zurzeit in unterschiedlichen Ansichten über den Status der arktischen Seewege. Da das Meereis von Jahr zu Jahr schneller zurückgeht, sind die Schifffahrtsrouten im Sommer länger befahrbar, sowohl die Nordostpassage an der Nordküste Russlands als auch die Nordwestpassage an den Küsten Kanadas und Alaskas. Kanada betrachtet allerdings das Meer zwischen seinen Inseln als „innere Gewässer“, die nicht ohne Zustimmung befahren werden dürfen. Und auch Russland hat die Befahrung der „Nördlichen Seeroute“ (NSR) zwischen der Karasee und der Beringstraße durch zahlreiche Auflagen für ausländische Schiffe stark eingeschränkt.⁹ Aus Sicht der USA und anderer Staaten sind die arktischen Passagen dagegen internationale Schifffahrtswege, deren Nutzung allen Staaten offensteht.



Die rechtliche Einordnung ist schwierig, da das SRÜ in Artikel 234 auch Einschränkungen der Schifffahrt in eisbedeckten Meeren ermöglicht.

4. Desweiteren gibt es Meinungsverschiedenheiten über die 200-Meilen-Zone um die norwegische Inselgruppe Svalbard. Svalbard genießt durch den Spitzbergenvertrag von 1920 eine Sonderstellung. Während Norwegen dort die Souveränität ausübt, ist die Inselgruppe selber eine demilitarisierte Zone, in der sich Bürger aus allen Staaten, die dem Vertrag beigetreten sind, niederlassen und wirtschaftlich betätigen dürfen. Norwegen darf seine eigenen Staatsbürger nicht bevorzugen und muss Steuereinnahmen aus Svalbard wieder in Svalbard investieren. 1977 hat Norwegen die 200-Meilen-Zone um Svalbard zu einem Fischereischutzgebiet erklärt, was andere Staaten, die dort Fische oder Schneekrabben fangen wollen, als Verstoß gegen den Spitzbergenvertrag betrachten. In den letzten Jahren kam es deswegen zu Spannungen mit der Europäischen Union und mit Russland.¹⁰

Abseits dieser Streitpunkte gibt es aber auch viel Kooperation in der Arktis. Die acht arktischen Staaten Russland, USA, Kanada, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland und Island arbeiten mit sechs Vertretungen von indigenen Gruppen und zahlreichen staatlichen oder nicht-staatlichen Beobachtern konstruktiv im Arktischen Rat zusammen. In diesem Forum sind verbindliche Vereinbarungen entstanden zur Zusammenarbeit bei Such- und Rettungseinsätzen, bei der Vermeidung und Beseitigung von Öl-Verschmutzungen sowie bei der wissenschaftlichen Forschung.¹¹ Ein anderes Beispiel ist die Zusammenarbeit der acht Staaten mit ihren Küstenwachen im „Arctic Coast Guard Forum“; Russland und Norwegen führen sogar regelmäßig gemeinsame Übungen durch.¹² Außerdem haben diese beiden Staaten 2010 ihre Grenzstreitigkeiten in der Barentssee erfolgreich beigelegt.¹³

Die russische Arktis-Strategie

Die russische Nordküste erstreckt sich über eine Länge von 24.140 Kilometern und umfasst damit 53% der Küste des Arktischen Ozeans und 64% der gesamten russischen Küste.¹⁴ Außerdem liegt ein Großteil der russischen Gasvorkommens sowie ein Teil anderer Bodenschätze nördlich des Polarkreises. Dementsprechend hat die Arktis für Russland eine große Bedeutung. Gleichzeitig hat Russland im Norden mit sanierungsbedürftiger Infrastruktur und sinkenden Bevölkerungszahlen zu kämpfen, und seit 2014 behindern internationale Sanktionen die Erschließung von Offshore-Rohstoffen.

Russland setzt stark auf die Entwicklung der NSR, wobei Infrastrukturprojekte zu großen Teilen privat

finanziert werden sollen. Ein Beispiel ist die Erdgasverflüssigung auf der Jamal-Halbinsel. Die Firma Nowatek betreibt seit Dezember 2017 in Sabetta ein LNG-Terminal, in dem spezielle eisgängige LNG-Tanker beladen werden, die ohne unterstützende Eisbrecher nach Asien oder Europa fahren können.¹⁵ Weitere LNG-Terminals sind in Bau, ebenso wie Umladestationen bei Murmansk und Kamtschatka, um das verflüssigte Erdgas mit herkömmlichen LNG-Tankern weiterzutransportieren.¹⁶ Die Firma Rosneft baut ein Öl-Terminal auf der Taimyr-Halbinsel bei Dikson und setzt zum Transport auf eisverstärkte Öl-Tanker.¹⁷ Und bis 2025 möchte Rusatom Cargo eisgängige Containerschiffe und Umladeterminale für den internationalen Warentransport bereitstellen.¹⁸

Ab 2014 hat Russland angefangen, zum Bastion-Konzept aus Sowjetzeiten zurückzukehren und an strategischen Punkten entlang der NSR zahlreiche ehemalige Militärbasen wieder zu besetzen oder neue zu errichten. Dazu zählen Basen auf Franz-Josef-Land, Nowaja Semlja, der neusibirischen Insel Kotelnj, der Wrangel-Insel und beim Küstenort Tiksi an der Laptewsee. Sie sind meistens mit Flugplatz, Radarstation, Luftverteidigung und Kommunikationsanlagen ausgestattet und dienen neben ihrer militärischen Funktion auch für zivile Such- und Rettungsmissionen.¹⁹

Eine Aufgabe der arktischen Bastion ist der Schutz der russischen Nordflotte, die auf der Halbinsel Kola stationiert ist. Während die meisten Überwasserschiffe der Nordflotte für den Atlantik ausgelegt sind und die arktischen Gewässer nur mit Eisbrechern befahren können, sind dort auch nuklear angetriebene U-Boote stationiert, die meterdickes Eis durchbrechen und Atomraketen abfeuern können. Dieser Teil des atomaren Abschreckungspotentials Russlands wird derzeit durch neue „Borei-A“ U-Boote ersetzt.²⁰ Auch die zivile Eisbrecherflotte wird nach und nach erneuert. Neben fünf nuklear betriebenen Eisbrechern mit 60MW Antrieb,²¹ von denen der erste („Arktika“) seit 2020 in Betrieb ist, hat jetzt auch der Bau von drei noch größeren Eisbrechern mit 120MW Antrieb begonnen.²²

Seit 2007 unternimmt Russland Patrouillenflüge mit Bombern über der Arktis. Auch wenn diese Flüge in vergleichsweise geringer Zahl stattfinden, reichen sie bis an den Luftraum von Kanada, Alaska oder Norwegen und sorgen dort für Schlagzeilen.²³ Ebenso werden die Übungen der russischen Nordflotte von den NATO-Staaten misstrauisch beobachtet. Die Arktis dient Russland auch als Testgelände für Hyperschall-Marschflugkörper.²⁴ Und während des NATO-Manövers Trident Juncture 2018 wurde Russland beschuldigt, als Reaktion das GPS-Signal mit Störsendern unterdrückt zu haben.²⁵

Die USA entdecken die Arktis

Nachdem die USA nach dem Ende des Kalten Kriegs der Arktis kaum Beachtung geschenkt haben, ist das Interesse mit dem zunehmend gespannten Verhältnis zu Russland zurückgekehrt. Neben dem plumpen Versuch von Donald Trump, Grönland zu kaufen, gilt vor allem eine Rede seines Außenministers Mike Pompeo im Mai 2019 am Rande des Arktischen Rats als Startsignal für das neue amerikanische Engagement in der Arktis. Ohne den Begriff „Klimawandel“ zu erwähnen, hat Pompeo darin die Arktis zum strategisch umkämpften Gebiet erklärt und China und Russland vorgeworfen, sich nicht an die Regeln eines freien und fairen Wettbewerbs zu halten, und die Arktis zu militarisieren.²⁶

In der Folge haben das Pentagon und das Ministerium für Innere Sicherheit sowie die einzelnen Truppenteile ihre jeweiligen Arktis-Strategien überarbeitet. Auch die Navy, die erst im Januar 2019 der Arktis „geringes Konfliktrisiko“²⁷ bescheinigt hatte, erklärt in einem neuen Papier, dass sie den russischen und chinesischen Herausforderungen in der Arktis mit Präsenz und Stärke begegnen will.²⁸ Das Pentagon formuliert für die Arktis neben der Landesverteidigung zwei strategische Ziele: günstige regionale Machtgleichgewichte aufrechterhalten²⁹ und den freien Zugang zu gemeinsamen Bereichen sicherstellen.³⁰ Einen Hinweis darauf, was unter „günstige regionale Machtgleichgewichte“ zu verstehen ist, gibt der Titel der Army-Strategie, die „Dominanz“ in der Arktis anstrebt.³¹

Das Ziel „freier Zugang zu gemeinsamen Bereichen“ bezieht sich vor allem auf den Status der NSR. Die USA betrachten die Einschränkungen der Schifffahrt als illegal und möchten Russland mit einer „freedom of navigation operation“ herausfordern und ihr „Recht“ auf freie Durchfahrt und Überflug durchsetzen. Dazu kam es bisher nicht, da die Fahrt für Kriegsschiffe ohne Eisbrecherunterstützung auch im Sommer riskant ist³² und die beiden einsatzfähigen amerikanischen Eisbrecher für andere Aufgaben benötigt werden. Der einzige schwere Eisbrecher „Polar Star“ steht mit 45 Betriebsjahren auch kurz vor der Ausmusterung. Die US-Küstenwache hat deswegen Bedarf an mindestens sechs neuen Eisbrechern angemeldet. Für zwei ist die Finanzierung bereits gesichert, der Bau soll im Juli 2021 beginnen.³³

Die Barentssee, die weitgehend eisfrei ist, wurde dagegen 2020 dreimal von US-Zerstörern befahren. Die erste Fahrt im Mai, an der auch eine britische Fregatte beteiligt war, diente vor allem dazu, Flagge zu zeigen. Im September führten dann Schiffe und Flugzeuge aus Großbritannien, USA, Norwegen und Dänemark in der Barentssee Militärübungen durch. Und die Fahrt der „Ross“ einen Monat später sollte anschei-

nend russische Übungen stören.³⁴ Auch amerikanische Bomber sind immer wieder in der europäischen Arktis unterwegs und nutzen dafür norwegische Militärflughäfen.³⁵

Die USA pflegen eine enge militärische Zusammenarbeit mit Norwegen, das als NATO-Mitglied an der russischen Grenze eine wichtige strategische Position einnimmt. Noch während des Kalten Kriegs wurden in den Bergen bei Trondheim Höhlen angelegt, die einem Atomschlag standhalten können. Dort lagern bis heute gepanzerte Fahrzeuge, Waffen, Proviant und Munition der US-Marines, um einen russischen Einmarsch aufzuhalten.³⁶ Ab 2017 waren bis zu 700 Marines dauerhaft in Norwegen stationiert, von denen die meisten aber wieder abgezogen werden.³⁷ Außerdem betreiben die USA eine Radarstation auf der nord-östlich gelegenen Insel Vardø unweit der russischen Grenze.³⁸

Auch in Grönland haben die USA mit der Thule Air Base einen Militärposten und seit 2016 wird die Basis Keflavík auf Island wieder für U-Boot-Jagdflugzeuge genutzt.³⁹

Arktis-ferne Akteure

Wenn es um Geopolitik und Großmächte in der Arktis geht, dann wird meistens auch China genannt.⁴⁰ China bezeichnet sich in seiner 2018 veröffentlichten Arktis-Strategie als „arktisch-naher Staat“⁴¹ und zeigt Ambitionen, die Arktis wissenschaftlich, wirtschaftlich und politisch mitzugestalten. Insbesondere sollen die arktischen Seewege in die „Neue Seidenstraße“ integriert werden, wofür China in Infrastruktur investiert, vor allem in Russland. Am Projekt Jamal-LNG von Nowatek ist zum Beispiel die China National Petroleum Corporation mit 20% und der chinesische Seidenstraßen-Fonds mit 9,9% beteiligt.⁴² Oft werden die Bestrebungen Chinas aber auch aus geopolitischen Gründen abgeblockt. So hat Dänemark in Grönland den Kauf einer aufgegebenen Marinebasis und die Erneuerung von drei Flughäfen durch China verhindert.⁴³

China betreibt Forschungsstationen auf Svalbard und Island und verfügt über zwei arktistaugliche Eisbrecher. Zusätzlich ist ein nuklear betriebener Eisbrecher in der Größe der russischen Schiffe geplant.⁴⁴ Militärisch ist China in der Arktis bisher nicht in Erscheinung getreten.⁴⁵ Die neuseeländische Wissenschaftlerin Anne-Marie Brady weist aber darauf hin, dass in chinesischsprachigen Veröffentlichungen in Bezug auf die Arktis verstärkt von Sicherheit, Rohstoffen und strategischer Technologie die Rede sei, wobei es unter anderem um atomare Abschreckung und den Ausbau des chinesischen Navigationssatellitensystems Beidou gehe.⁴⁶ Ähnlich wie China begründet auch Deutschland sein Engagement in der Arktis mit langjährig

geleisteter Forschungsarbeit. Die 2019 veröffentlichten „Leitlinien deutscher Arktispolitik“ sprechen viel von Umweltschutz, Nachhaltigkeit und internationaler Zusammenarbeit, sie erwähnen aber auch die fossilen Rohstoffe und Schifffahrtswege in der Arktis sowie sicherheitspolitische Erwägungen: „Die Entwicklungen in der Arktis betreffen somit die im Weißbuch 2016 der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr dargelegten sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands.“⁴⁷

Die Bundeswehr ist regelmäßig an Militärübungen nördlich des Polarkreises beteiligt, wobei die Aktivitäten seit 2012 zunehmen.⁴⁸ Von den Spezialkräften wird Kampfbereitschaft in allen Klimazonen erwartet. Für die Gebirgsjäger findet zum Beispiel die Übung EISKRISTALL als Kaltwettertraining im Norden Norwegens statt.⁴⁹ 2021 war die Bundeswehr bereits im Mai mit der Fregatte „Hamburg“ für Raketentests im Hohen Norden,⁵⁰ im Juni folgte die Luftwaffe mit Flugübungen über Skandinavien⁵¹ und die Marine mit Übungen zur U-Boot-Jagd im Rahmen des NATO-Manövers Dynamic Mongoose.⁵²

Aussichten

Auch wenn das Meereis zurückgeht, wird der Transitverkehr durch die Arktis nicht unbedingt zunehmen. Dafür gibt es immer noch zu viele Hindernisse und Unwägbarkeiten, raue Wetterbedingungen, Bürokratieaufwand, Wartezeiten an Umladeterminals, Gebühren, spärliche Infrastruktur und lückenhafte Kartografie.⁵³ Der Schiffsverkehr innerhalb der Arktis sowie der Transport von Rohstoffen aus der Arktis und von Baumaterial und Versorgungsgütern in die Arktis wird aber wahrscheinlich weiter zunehmen. Da die arktischen Staaten unverändert auf die Förderung von fossilen Brennstoffen setzen, werden wohl auch CO₂-Ausstoß und Klimaerwärmung weiter zunehmen und im Gegenzug die Population von Eisbären und Walrössern zurückgehen. Auch mit einer Steigerung des Tourismus in der Arktis ist zu rechnen. Und wenn man sich die Auseinandersetzungen der Großmächte im Indo-Pazifik oder im Schwarzen Meer anschaut, dann ist zu befürchten, dass auch die Militäraktivitäten in der Arktis, für die es inzwischen sogar eine eigene Tracking-Webseite⁵⁴ gibt, weiter zunehmen werden.

Anmerkungen

1 Klima der Arktis, 1.2.2016 umweltbundesamt.de

2 Erklärung von Ilulissat, 28.3.2008 arcticportal.org

3 Hilde-Gunn Bye: Agreement is to Prevent Unregulated Fisheries in the Central Arctic Ocean, 23.6.2021 highnorthnews.com

4 Hans Island – Property of Canada or Denmark? worldatlas.com

las.com

- 5 Newport Arctic Scholars Initiative: Conflict Prevention and Security Cooperation in the Arctic Region, 2020 usnwc.edu
- 6 IBRU: Center for Borders Research: Arctic Map Briefing Notes, April 2021 durham.ac.uk
- 7 Dominique Kopp: Kalter Krieg unter dem Packeis, 14.9.2007 monde-diplomatique.de
- 8 z.B. Michael Paul: Der Kampf um den Nordpol, Juni 2021 swp-berlin.org
- 9 Atle Staalesen: Russia sets out stringent new rules for foreign ships on the Northern Sea Route, 8.3.2019 arctictoday.com
- 10 Andreas Østhagen: Fish, Not Oil, at the Heart of (Future) Arctic Resource Conflicts, 2020 arcticyearbook.com
- 11 International Cooperation in the Arctic arctic-council.org
- 12 Thomas Nilsen: Emergency cooperation gets priority amid military buildup and covid crisis, 2.6.2021 thebarentsobserver.com
- 13 Delimitation agreement: A new era in the Barents Sea and the Arctic? eu-arctic-forum.org
- 14 Russia, 19.6.2020 thearcticinstitute.org
- 15 Yamal LNG infrastructure novatek.ru
- 16 Russian Murmansk and Kamchatka LNG trans-shipment bases have financing for huge floating storage units, 23.9.2020 lngjournal.com
- 17 Atle Staalesen: Here comes Russia's biggest Arctic oil terminal, 26.5.2021 thebarentsobserver.com
- 18 Rusatom Cargo to build two container hubs and ice-class container carriers by 2025, 15.7.2020 portnews.ru
- 19 Mathieu Boulègue: Russia's Military Posture in the Arctic, 28.6.2019 chathamhouse.org
- 20 Thomas Nilsen: Northern Fleet gets priority in receiving new ballistic missile subs, 15.3.2021 thebarentsobserver.com
- 21 Xavier Vavasseur: Russia's Atomflot orders 4th & 5th Project 22220 nuclear-powered icebreakers, 11.8.2019 navalnews.com
- 22 Martin Manaranche: Russian Shipyard lays down Leader nuclear-powered icebreaker, 6.7.2021 navalnews.com
- 23 Frédéric Lasserre, Pierre-Louis Têtu: Russian Air Patrols in the Arctic, 2016 arcticyearbook.com
- 24 Thomas Nilsen: Northern Fleet frigate test fires Tsirkon hypersonic missile, 19.7.2021 thebarentsobserver.com
- 25 Ryan Browne: Russia jammed GPS during major NATO military exercise with US troops, 14.11.2018 edition.cnn.com
- 26 Michael Klare: The Pompeo Doctrine, 12.9.2019 tomdispatch.com
- 27 U.S. Navy: Strategic Outlook for the Arctic, Januar 2019 media.defense.gov
- 28 Department of the Navy: A Strategic Blueprint for the Arctic, 5.1.2021 media.defense.gov
- 29 „Compete when necessary to maintain favorable regional balances of power“, Department of Defence Arctic Strategy, Juni 2019 media.defense.gov
- 30 „Ensure common domains remain free and open“, ebd.
- 31 U.S. Army: Regaining Arctic Dominance, 19.1.2021 api.army.mil
- 32 Rebecca Pincus: Rushing Navy Ships into the Arctic for a FONOP is Dangerous, Januar 2019 usni.org
- 33 Coast Guard Polar Security Cutter Program, 1.7.2021 crs-reports.congress.gov
- 34 Diana Stancy Correll: Destroyer Ross treks into the Barents Sea's Arctic waters – again, 21.10.2020 navytimes.com
- 35 Thomas Nilsen: Norway in joint training with B-52 up north, 20.5.2021 thebarentsobserver.com
- 36 Martin Egnash: A cave in cold Hell has everything a Marine brigade needs to fight, 6.2.2018 stripes.com
- 37 Atle Staalesen: Washington pulls 700 US Marines out of Norway, 6.8.2020 thebarentsobserver.com
- 38 Tor Ingar Oesterud: United States to build a new radar in Vardø, 30.3.2016 norwaytoday.info
- 39 Trude Pettersen: U.S. military returns to Iceland, 10.2.2016 thebarentsobserver.com
- 40 z.B. Ian Anthony, Ekaterina Klimenko, Fei Su: A Strategic Triangle in the Arctic?, März 2021 sipri.org
- 41 „Near-Arctic State“, China's Arctic Policy, Januar 2018 eng.yidaiyilu.gov.cn
- 42 About the project yamallng.ru
- 43 Christine Bang-Andersen: How to keep China out of Greenland?, 14.2.2019 georgetownsecuritystudiesreview.org
- 44 Liu Zhen: Could China's 'experimental' ship be the world's biggest nuclear-powered icebreaker?, 20.3.2019 scmp.com
- 45 Hilde-Gunn Bye: Chinese Activity Increases in the High North, 28.5.2020 highnorthnews.com
- 46 Anne-Marie Brady: Facing Up to China's Military Interests in the Arctic, 10.12.2019 jamestown.org
- 47 Leitlinien deutscher Arktispolitik, August 2019 auswaertiges-amt.de
- 48 BT-Drucksache 19/15326 dserver.bundestag.de
- 49 BT-Drucksache 19/19973 dserver.bundestag.de
- 50 Thomas Nilsen: German warship tests missiles outside northern Norway, 7.5.2021 thebarentsobserver.com
- 51 Volker K. Thomalla: Arctic Challenge 2021: Luftwaffe trainiert im Hohen Norden, 17.6.2021 aerobuzz.de
- 52 Edward Lundquist: NATO Trains Crews in Anti-Submarine Warfare off Norway, 28.6.2021 seapowermagazine.org
- 53 Michael Paul: Arktische Seewege, Juli 2020 swp-berlin.org
- 54 arcticmilitarytracker.csis.org

GIUK-Lücke

Wiederaufrüstung im Atlantik

von Christina Boger

„Die Geschichte wiederholt sich nicht,
aber sie reimt sich oft.“

- Mark Twain

Während des Kalten Krieges lag das westliche Augenmerk – zumindest offiziell – auf der Verteidigung und Stärkung der nationalen Grenzen. Nachdem die Sowjetunion in sich zerfiel, konzentrierten sich die USA und Europa zunächst auf die Osterweiterung von NATO und EU – um sicherzustellen, dass es die Sowjetunion so nie wieder geben würde – und widmeten sich dann Auslandseinsätzen unter den Schlagworten „Peacekeeping“ und „Demokratisierung“. Seit einigen Jahren blickt der nordatlantische Raum nun wieder vermehrt nach Osten und erklärt Russland erneut zum Gegner. Somit erscheinen auch die im Kalten Krieg als strategisch wichtig gekennzeichneten Regionen wieder auf dem Radar und werden Hauptschauplatz der Wiederaufrüstung. In diesem Artikel liegt der Fokus auf der GIUK-Lücke, einer gedachten Linie im Nordatlantik von Grönland über Island nach Großbritannien, die angesichts zunehmender Konflikte mit Russland erneut an Bedeutung gewinnt.

GIUK-Lücke 1.0: Kalter Krieg

Während des Kalten Krieges wurden zwei Gründe für die Überwachung jener Meerespassage genannt. Zunächst einmal hatte man Angst, die Sowjetunion könnte auf diesem Wege mit ihrer Nordflotte in den Atlantik gelangen und die ballistischen nuklearen Raketen auf das US-amerikanische Festland abfeuern. Daher wurde ein umfangreiches Abhör- und Überwachungssystem aufgebaut, mit Unterwassersensoren und Stützpunkten entlang der GIUK-Lücke. Als die UdSSR dann in den 70er-Jahren in der Lage war, Langstreckenraketen, ausgestattet mit nuklearen Sprengköpfen, zu bauen, erübrigte sich dieser Grund. Die UdSSR musste die GIUK-Lücke für einen derartigen Angriff nicht

weiter überqueren. Dennoch wurde die GIUK-Lücke wegen des zweiten Grundes weiter bewacht: die NATO-Strategie (flexible response) baute auf eine starke transatlantische Unterstützung. Mit einem Durchstoßen der GIUK-Lücke hätte die UdSSR den ständigen Verkehr zwischen den USA und Europa unterbinden können. Diese Taktik wurde nach einer Weile mit einer offensiven Taktik ergänzt, wobei US-amerikanische Übungen die GIUK-Lücke ihrerseits nach Norden durchstießen, um die sich im Aufbau befindende Bastions-Strategie der Sowjetunion zu stören (s.u.).¹ Wie bereits erwähnt, wurde die GIUK-Lücke nach dem Zerfall der UdSSR uninteressant und die Stützpunkte wurden nach und nach abgebaut: 2003 unterließen die Niederlande ihre Patrouillenflüge, Großbritannien folgte ihrem Beispiel 2010. Die USA verließen ihren Luftstützpunkt in Keflavik, Island, 2006. Des Weiteren verkleinerten die europäischen Staaten, meist aufgrund finanzieller Schwierigkeiten, ihre Marinen und funktionierten sie für Auslandseinsätze um. Das Jahr 2014 war aus westlicher Perspektive von russischen Aggressionen geprägt. Im Zuge dessen wurde nicht nur die luft- und landgestützte Präsenz entlang der zentraleuropäischen Grenze zu Russland und in den baltischen Staaten verstärkt, sondern auch die GIUK-Lücke erfreute sich in den kommenden Jahren wieder vermehrter Aufmerksamkeit. Folglich wurde fortan auch wieder kräftig in die Marine investiert.

GIUK-Lücke 2.0: Eine Frage der Defensive oder der Offensive?

In den vielzähligen aufrüstungsfreudigen Texten der letzten Jahre kommen die Autoren stets zu dem Schluss, dass die russische Unterseeflotte (besonders die U-Boote der Nordflotte, stationiert auf der Kola-Halbinsel nahe Murmansk) der westlichen weit überlegen sei und es wird mit Nachdruck gefordert, dass es eine erneute Aufrüstung der europäischen (und US-amerikanischen) Marine benötige, um den Feind

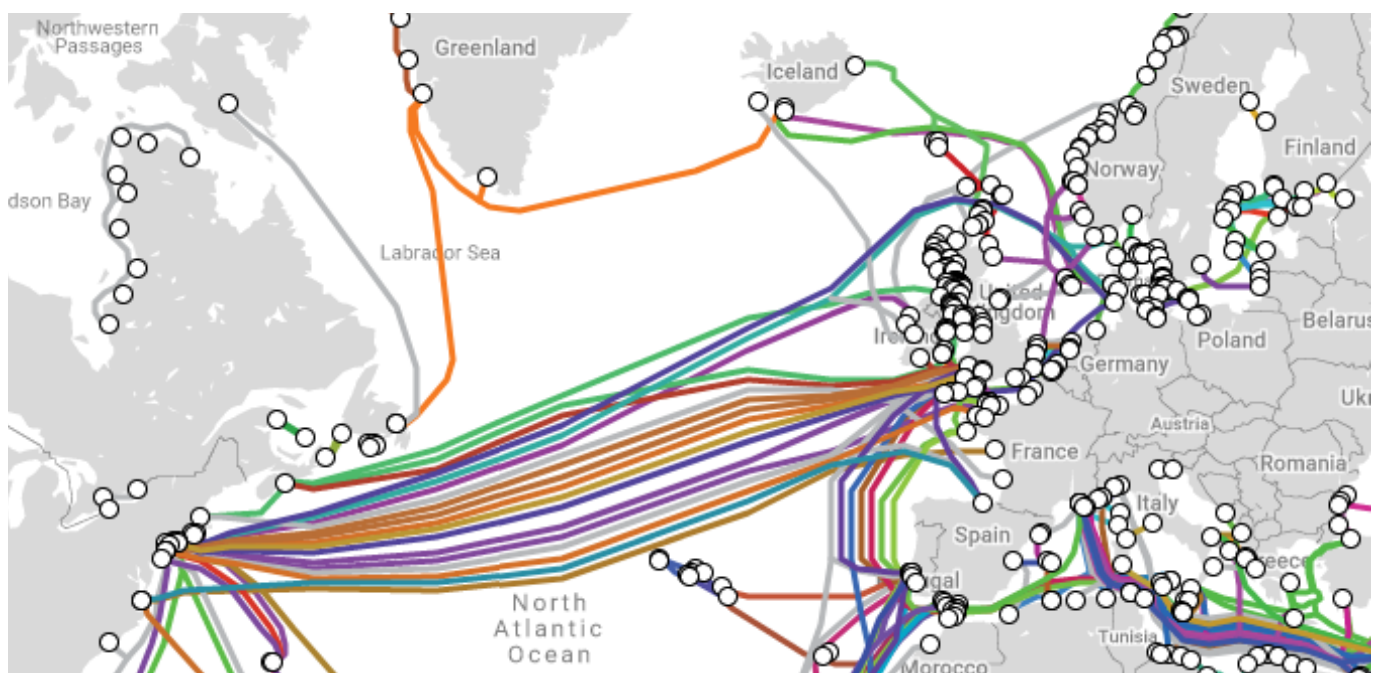
im Osten zu halten.² Obwohl bereits 1970 festgestellt wurde, dass die Sowjetunion nicht bis in den Atlantik vordringen muss, um nukleare Raketen abzufeuern, wird dennoch in einigen aktuellen Texten suggeriert, dass dies ein wichtiger Grund sei, Russland nicht die GIUK-Lücke passieren zu lassen.³ Auch die Unterbrechung der Transportwege zwischen den USA und Europa wird des Öfteren genannt. Doch zu den im Kalten Krieg vorgebrachten Gründen gesellen sich auch zwei neue Argumente für eine Wiederaufrüstung.⁴ Zum einen fürchten die ‚Sicherheits- und Militärexperten‘, dass Russland die unzähligen Unterseekabel im Atlantik abhören oder (im Kriegsfall) kappen könnte. Laut einem Bericht des Center for a New American Century von 2017 sind die Unterseekabel, welche 99 Prozent des transozeanischen Datenverkehrs übermitteln, äußerst sensibel.⁵ Einen Beweis dafür lieferte Dänemark im Frühjahr 2021, als das skandinavische Land dem US-amerikanischen Geheimdienst (NSA) half, die Kabel anzupapfen, um seine Nachbarländer auszuspionieren.⁶ Über das Abhören der Unterseekabel könnte Russland einfach an wichtige Informationen gelangen, eigene Propaganda einspeisen und die Politik der westlichen Länder in die gewünschte Richtung leiten, so die Argumentation.⁷ Der Vorteil dieser Methode sei, dass sie es ermögliche, „alles zu kopieren, was über diese Kabel läuft“. ⁸ Das letzte (und vermeintlich stärkste) Argument gilt weitreichenden ökonomischen Interessen, die mit dem Schmelzen der Arktis zusammenhängen. Mit dem permanenten Verlust des Eises tun sich neue Handelswege (die Nordroute) für China und Russland auf. Eine Überwachung der GIUK-Lücke bedeutet dementsprechend eine partielle Kontrolle dieses Transportweges. Des Weiteren werden unter dem Eis einige

ökonomische Schätze vermutet, deren Zugang, Bergung und Abtransport durch die GIUK-Lücke erfolgen kann.

Panikmache: Russland der Aggressor

Es soll nicht bestritten werden, dass auch Russland intensiv daran arbeitet sein Militär stetig auszubauen und zu modernisieren. In Russland wurde die sogenannte Bastions-Strategie des sowjetischen Marine-Admirals Gorshkov wieder aufgenommen, schreibt Rolf Tamnes, ein norwegischer Historiker und Professor am Institut für Verteidigungsstudien (IFS).⁹ Diese Art der Verteidigung bestehe aus drei Ebenen: die Kontrolle der Gewässer durch Sensoren, Angriffs- und Mehrzweck-U-Boote, die Kontrolle der Lufträume, kombiniert mit dem Einsatz von Landstreitkräften, landbasierten Waffensystemen und einer großen Bandbreite an Waffen. Die Strategie benutze Russland nun für eine umfassende Kontrolle der nördlichen Meere und eine Überquerung der GIUK-Linie, sowie auch für die militärische Ausweitung auf den Nordatlantik, um Handelswege und militärische Bewegungsfreiheit in jenen Gebieten einzuschränken. Bei letzterem beschränke sich Russland nicht nur auf den Nordatlantik, sondern spanne mittlerweile einen „eisernen Bogen“ entlang der Küsten West- und Nordeuropas.¹⁰

Dennoch sollte eine Analyse Russlands nicht ohne Kontext passieren: Ein Rückblick auf die Phasen nach Beendigung des Kalten Krieges sollte nicht, wie in den aktuellen Papieren, die sich für einen Ausbau der Präsenz entlang der GIUK-Lücke aussprechen, mit dem Jahr 2014 beginnen. Zum Beispiel heißt es einem solchen Papier von Stöhs und Pawlak: „Spätestens seit 2014 ist deutlich, dass Russland die strategische



Unterseekabel Karte: Ausschnitt vom Nordatlantik. Quelle: TeleGeography.

Konfrontation mit dem Westen (NATO, EU) sucht und dabei primär auf militärische Instrumente und Versuche der gesellschaftlichen und politischen Destabilisierung setzt.“¹¹ Dies ist ein beliebter Einstieg in die Thematik: man müsse Russland die Stirn bieten, unter dem Motto ‚Vorsicht ist besser als Nachsicht‘. Bedauerlicherweise beschränkt sich die Aufrüstung und militärische Kontrolle der GIUK-Lücke nicht auf die theoretische Ebene: seit einigen Jahren scheint es nun bereits ein leises Wiederaufleben der alten Militärstützpunkte zu geben. Die Wiederaufrüstung lässt sich anhand einiger Akteure entlang der GIUK-Lücke aufzeigen.

Historischer Verlauf und aktuelle Lage

Grönland: Für Grönlands Verteidigung ist nach wie vor Dänemark zuständig. Dennoch gibt es dort mit der Thule Air Base (Pituffik) seit 1951 auch einen Militärflugplatz der USA, der damals ohne Kenntnis Dänemarks aufgebaut wurde. Von hier aus starteten diverse Operationen, die für die US-amerikanische Überwachung von Luft- und Weltraum von entscheidender Bedeutung waren. Während des Kalten Krieges wurde die Militärbasis zudem in das Frühwarnsystem für ballistische Raketen (BMEWS) der USA eingespannt und diente zusätzlich als Ausgangspunkt für das Strategische Luftkommando.¹² Diese Anlage war in Bezug auf die GIUK-Lücke besonders wichtig für die USA, „[d]enn erst von der Thule Air Base in Nordwestgrönland [hatten] sie den Blick auf potenzielle Objekte, die aus Russland kommen.“¹³ Augenscheinlich bleibt Thule auch lange nach dem Kalten Krieg ein wichtiger Stützpunkt der US-Amerikaner. Im Jahr 2020 wurden vier Dokumente unterzeichnet, welche unter anderem einen Plan zum weiteren Betrieb der Thule Basis sowie zur weiteren bilateralen Zusammenarbeit der USA und Grönlands umfassen.¹⁴ In dem Vertrag zur verbesserten bilateralen Zusammenarbeit verpflichten sich die Parteien: „Wir bemühen uns unsere Zusammenarbeit auf allen Ebenen, inklusive der politischen und ökonomischen [Ebene], und für Frieden und Sicherheit, zu stärken und zu vertiefen. Daher erkennen wir die Relevanz einer vollwertigen strategischen Partnerschaft an.“¹⁵

Doch die USA sind nicht die einzigen, die großzügig in die militärische Infrastruktur Grönlands investieren. Zusätzlich zu dem jährlichen Haushaltsgeld von umgerechnet etwa 500 Millionen Euro Unterstützung investierte Dänemark 2021 ca. 200 Millionen Euro in „Überwachungsdrohnen, Radare, Satellitenüberwachung und Analyse.“¹⁶ Zudem können sich die Grönländer durch Dänemark nun auch militärisch ausbilden lassen.¹⁷

Island: Island hat nach wie vor kein eigenes Militär, gab mit dem Beitritt zur NATO 1949 als Mitgründer-

staat jedoch seine Politik der permanenten Neutralität auf.¹⁸ Aufgrund Islands strategisch wichtiger Lage wurde das Land als „unsinkbarer Flugzeugträger“ seither tatkräftig in seiner Verteidigung unterstützt.¹⁹ Offiziell unterschrieb das Land erst 1951 ein Verteidigungsübereinkommen mit den USA, welches es den Amerikanern ermöglichte, permanent Militärpersonal und -einrichtungen auf dem Inselstaat zu stationieren.²⁰ Mit dem Aufbau eines Stützpunktes nahe Keflavík begannen die USA bereits 1942 und im März 1943 nahmen sie ihn in Betrieb.²¹ Als sich die NATO Interventionen außerhalb des Bündnisgebietes zuwandte, wurde dieser Militärstützpunkt unbedeutend und somit seinem Schicksal überlassen und 2006 stillgelegt. Doch mit der erneuten Sorge um die GIUK-Lücke herrscht auf dem Stützpunkt Keflavík seit einigen Jahren wieder reger Betrieb. 2016 sagten die USA dem Inselstaat großzügige finanzielle Unterstützung zu: „Das Versprechen der USA, die Modernisierung des isländischen militärischen Luftstützpunktes zu bezahlen, ist kein diplomatischer Knochen, der einem kleinen Alliierten zugeworfen wird.“, schreibt Nordenmann, Direktor der Transatlantischen Sicherheitsinitiative des Atlantic Councils in Washington, D.C.²² Die Aufbesserungen sollten es dem US-amerikanischen Seefernaufklärer P-8 Poseidon ermöglichen, die Region im Blick zu behalten, die unter den Spannungen zunehmend an Bedeutung gewinne. Dabei geht es erneut im Speziellen um die russische U-Bootflotte, die ebenfalls die Bedeutung der Region erkannt zu haben scheine.²³

Großbritannien: Während des Kalten Krieges hatten die USA Zugang zu insgesamt 9 Militärstützpunkten der RAF (Royal Air Force) in England. Doch nach dessen Ende gab nicht nur die USA, sondern auch die RAF selbst die meisten Stützpunkte zur Überwachung der GIUK-Lücke auf bzw. verminderte Personal und Budget. 2010 gab Großbritannien seine Nimrod-Flugzeugflotte auf, konnte aber 2012 über das Programm *Seedcorn* die Ausrüstung von Alliierten nutzen, um sich weiter in der Anti-U-Boot-Kriegsführung zu üben.²⁴ 2016 bestellte die RAF vier neue Flugzeuge. Die Zusammenarbeit mit dem US-amerikanischen Militär blieb im nordatlantischen Raum eng. In einem Ausblick auf den neuen Verteidigungsplan von 2021 heißt es, die Marine des Vereinigten Königreichs müsse gehörig aufrüsten, um sich gegen China und Russland durchsetzen und seine Interessen weltweit (z.B. im Golf, Mittelmeer und Südostasien) beschützen zu können. Damit liegt das Augenmerk auf globaler Reichweite und Vorherrschaft.²⁵

Norwegen: Bereits seit 1981 nutzten die USA klimatisierte Höhlen in Norwegen als Lagerstellen für ihr militärisches Equipment. Als die USA mit Beendigung des Kalten Krieges keinen Nutzen mehr darin sahen,



Quelle: Forsvaret.dk, Übersetzung der Autorin.

die Höhlen aufrecht zu erhalten, kam Norwegen selbst dieser Aufgabe nach, sodass die Höhlensysteme noch heute als moderne und robuste Einrichtung in Betrieb sind. 2016 beherbergten sie 100 Angestellte (Norweger und US-Amerikaner) und Equipment mit dem 15 000 Marinesoldaten ausgestattet werden könnten.²⁶ Norwegen konzentriert sich bei seiner Verteidigung seit 2014 auf die Arktis, bewacht dabei aber auch „jene Passage zwischen der Arktis und dem Nordatlantik, wo sich die transatlantischen Tiefsee-Datenkabel befinden“ – alias die GIUK-Lücke.²⁷

Dänemark: Dänemark setzte bei maritimer Verteidigung auf seine stärkeren Nachbarstaaten, da es die eigene, auf Küstenverteidigung spezialisierte U-Boot-Flotte in den 1990ern komplett stilllegte und sich fortan der Hochsee widmete. Allerdings folgten sämtliche Nachbarstaaten dem allgemeinen Trend der Verkleinerung, sodass diese Rechnung nicht aufging. Mit der steigenden Bedeutung der arktischen Gewässer hat sich das Königreich allerdings, wie unschwer auf der untenstehenden Karte erkennbar, mit den anderen Ländern der GIUK-Linie vernetzt und ein beachtliches Überwachungssystem aufgebaut, welches auf landgestützten Radaren sowie Drohnen und Satellitenüberwachung basiert. Auch das bereits angesprochene Angebot, Grönländer an der Waffe auszubilden, gehört in das dänische Verteidigungsschema.

Die Niederlande: Die Niederlande waren während des Kalten Krieges ebenfalls an der Überwachung und Sicherung der GIUK-Lücke beteiligt, hauptsächlich durch Patrouillen aus der Luft. Während Großbritannien noch bis 2010 regelmäßige Patrouillenflüge unternahm, gaben die Niederlande die Überwachung der GIUK-Lücke schon 2003 auf, nachdem der finan-

zielle und personelle Umfang der Marine bereits in den 1990ern verkleinert worden war.²⁸ Auch die Niederlande konzentrierten sich fortan auf Einsätze in anderen Gebieten. 2021 handelt es sich bei den Marine-Einsätzen noch immer hauptsächlich um Missionen in der Karibik, wo noch immer einige Länder zu dem niederländischen Königreich gezählt werden (Aruba, Curaçao und Sint Maarten).²⁹ Allerdings lässt sich feststellen, dass auch dieses Land dem gegenwärtigen Trend der maritimen Aufrüstung folgt. In dem Weißpapier zur Verteidigung wurden 2018 6.374 Millionen Euro allein für die Marine vorgesehen.³⁰

Deutschland: Obwohl Deutschland weniger ökonomische Schwierigkeiten hatte als seine Nachbarn, wurde auch die Bundeswehr erheblich verkleinert, was dazu führte, dass die Marine an Bedeutung verlor und es 2019 lediglich über Kapazitäten verfügte, drei U-Boote gleichzeitig in einen potenziellen Einsatz zu schicken.³¹ Allerdings ist auch in Deutschland die Aufrüstung auf dem Vormarsch: „[I]n den letzten Jahren hat sich die Bedrohungslage geändert, auch in Europa. Das Ergebnis: Die Landes- und Bündnisverteidigung bekommt ihren ursprünglichen Stellenwert zurück. Sie wird von der Nebenaufgabe wieder zu einem Kernauftrag.“³² Dementsprechend wurden im Juni 2021 8 neue Seefernaufklärer vom Typ P6-Poseidon in Auftrag gegeben.³³ Aktuell ist die Marine an zwei NATO-Einsätzen im Nordatlantik beteiligt. Bei der *Standing NATO Maritime Group 1* handelt es sich um eine Einheit bestehend aus mehreren Zerstörern, mehreren Fregatten und „einem Versorgungsschiff der Flotten nahezu aller NATO-Mitgliedsstaaten“, welche die Seewege im Nordatlantik, in der Nordsee und der Ostsee patrouillieren.³⁴

Die *Standing NATO Mine Countermeasures Group 1* ist deutlich kleiner, im gleichen Raum aktiv und hat die Hauptaufgabe, Seeminen zu suchen und zu bekämpfen.³⁵

Fazit

Die GIUK-Lücke scheint zum wiederholten Mal zu einem Übungsplatz für neue Technologien zu werden.³⁶ Weiter wird deutlich, dass es bei der Sicherung der GIUK-Lücke viel mehr um die Kontrolle neuer Handelswege und Rohstoffe in der Arktis sowie um die Eindämmung russischer Handlungsspielräume geht als um eine akute Sicherheitslücke. Denn obwohl ein Schutz der Unterseekabel seine Berechtigung finden kann, muss im Hinterkopf behalten werden, dass Aufrüstung keineswegs mit Sicherheit gleichgesetzt werden darf – obwohl dies im Militärjargon häufig passiert. Boulègue und Depledge gehen davon aus, dass die Aufrüstung der NATO entlang der GIUK-Linie dazu führen könnte, dass Russland sich bedroht fühlt: Eine Konsequenz [der verstärkten militärischen Präsenz der NATO entlang der GIUK-Linie] ist das wiederaufkommende arktische Sicherheitsdilemma [...]. Die militärische Aktivität der USA und ihrer Verbündeten nährt Russlands Gefühl der Umzingelung und ‚rechtfertigt‘ damit die Ausweitung der eigenen Militarisierung des Kremls, welche wiederum die westlichen außenpolitischen Entscheidungen prägt: härtere Fronten, wachsende Militärs, Ausweitung der militärischen Präsenz.³⁷

Statt aufzurüsten, sollte der Dialog gesucht werden hin zu einer besseren Beziehung zwischen West und Ost, denn eine Eskalation hat meistens mindestens zwei Beteiligte. Dass die Lehre des Kalten Krieges – es kann kein einseitiges Aufrüsten geben – noch immer nicht gezogen wurde und es scheinbar keinen Ausweg aus dem realpolitischen Denken zu geben scheint, ist möglicherweise das beunruhigendste an der gesamten Situation.

Anmerkungen

- 1 Benjamin Rhode (2019). The GIUK Gap's strategic significance. The International Institute for Strategic Studies, 25/19
- 2 Julianne Smith und Jerry Hendrix (2017). Forgotten Waters – Minding the GIUK Gap: A Tabletop Exercise. CNAS.
- 3 Die GIUK-Lücke, Strategische Bedeutung damals und heute, *ÖMZ*, 7/2020
- 4 Carlo Masala (2020). Maritimes Strategisches Denken: Das Beispiel GIUK. Metis Studie Nr.17
- 5 David R. Alexander, *Defensenews.com*, 12.6.2020
- 6 Dänemark half US-Geheimdienst bei Bespitzelung, *dw.com*, 30.5.2021

- 7 Magnus Nordenmann, Russian Subs Are Reheating a Cold War Chokepoint, *Defense One*, 4.4.2016
- 8 Olga Khayan, The Creepy, Long-Standing Practice of Undersea Cable Tapping, *The Atlantic*, 16.7.2013.
- 9 Rolf Tamnes (2019). The High North: A Call For a Competitive Strategy, in: John Andreas Olsen (Hg.), Security in Northern Europe: Deterrence, Defence and Dialogue, Routledge
- 10 Rolf Tamnes (2019). The High North: A Call For a Competitive Strategy, in: John Andreas Olsen (Hg.), Security in Northern Europe: Deterrence, Defence and Dialogue, Routledge
- 11 Jeremy Stöhs und Julian Pawlak (2019). Strategische Herausforderungen und Handlungsoptionen westlicher Politik im nördlichen Atlantik. *De Gruyter*
- 12 Harry R. Fletcher (1993). Airforce Bases, Volume II. *United States Air Force Historical Research Center*.
- 13 Andrea Seliger, Grönland und die Interessen der Anderen, *Telepolis*, 5.4.2021
- 14 *Naalakkersuisut*, 28.10.2020
- 15 *Bilag 3*: Erklæring. Udmeldingom forbedret samarbejde i Grønland.
- 16 Seliger, 2021
- 17 Seliger, 2021. Es gilt aber weiterhin keine Wehrpflicht auf Grönland.
- 18 Gunnar Gunnarsson (1982). Icelandic Security Policy: Context and Trends. Icelandic Commission on Security and International Affairs. S.257-272.
- 19 Seliger, 2021
- 20 Gunnarsson, 1982
- 21 Fletcher, 1993
- 22 Nordenmann, 2016
- 23 Seliger, 2021
- 24 *UK Armed Forces Commentary*, 20.1.2013
- 25 Guest contributor, *ukdefencejournal.org.uk*, 31.8.2020
- 26 Ryan Browne, U.S. stationing tanks and artillery in classified Norwegian caves, *cnn.com*, 19.2.2016
- 27 *ÖMZ*, 2020
- 28 Masala, 2020
- 29 *Defensie.nl*
- 30 Niederländisches Verteidigungsministerium, *Defence White Paper 2018*.
- 31 Stöhs, Pawlak, 2019
- 32 Landes- und Bündnisverteidigung: Kernauftrag der Bundeswehr, *bundeswehr.de*, 2021
- 33 Thorsten Bobzin, Seefernaufklärer: Plädoyer fürs Maritime Patrol Aircraft, *bundeswehr.de*, 7.6.2020
- 34 Standing NATO Maritime Group 1, *Bundeswehr.de*
- 35 Standing NATO Mine Countermeasures Group 1, *Bundeswehr.de*
- 36 Rhode, 2019
- 37 Mathieu Boulègue und Duncan Depledge, New military security architecture needed in the Arctic, *Chatham House*, 4.5.2021. Übersetzung der Autorin.

Kalte Krieger am Ärmelkanal

NATO reaktiviert Militärstruktur der Blockkonfrontation

von Merle Weber

Die „veränderte strategische Situation in Europa“ erfordere eine „stärkere maritime Zusammenarbeit“ zwischen den deutschen, niederländischen, belgischen, britischen und französischen Seestreitkräften. Ziel sei es, die „Beziehungen auf allen Ebenen zu intensivieren“ und „Anstrengungen zu synchronisieren“.¹ Das war das Ergebnis eines weichenstellenden Treffens des sogenannten Channel Committee (CHANCOM) vor zwei Jahren. Im Rahmen dieses Komitees waren die Admiräle der fünf südlichen Nordsee-Staaten am 7. November 2019 in Hamburg zusammengekommen, um sich in einer gemeinsamen öffentlichen Erklärung einem weiteren Zusammenführen ihrer Seestreitkräfte zu verschreiben. Dazu brauche es einen „bessere[n] harmonisierte[n] Fähigkeitsaufbau“ bis hin zu „gemeinsamer Beschaffung und Konfiguration von militärischer Ausstattung“,² so die Einschätzung der Admiräle. Damit wollen die CHANCOM-Staaten nicht zuletzt ungewollte Doppelungen und Ineffizienz beim Hochrüsten im Rahmen der beiden Militärbündnisse NATO und EU vermeiden. Nach Angaben der Bundeswehr war auch die Aufwertung des Komitees zu einer regionalen Kommandostruktur der NATO im Gespräch.³ Die deutsche Marine zieht Parallelen zur „Ostseeinitiative“: ein kontinuierlicher und andauernder Militarisierungsprozess der Ostseeregion durch die NATO, an dem die Bundesrepublik maßgeblich beteiligt ist.⁴ (Mehr zur Ostsee im Text von Horst Leps) Zwischen ihren Marinekräften streben die CHANCOM-Admiräle umfassendere Austausch-, Ausbildungs-, Trainingsprogramme und gemeinsame Manöver an. Dabei können sie auf bestehenden Programmen aufbauen.⁵ Generell wollen die fünf Seestreitkräfte ihre Informationen und ihr Wissen zusammenführen. Gemeinsam werden die fünf CHANCOM-Marinen nicht nur die ihnen von der NATO zugewiesene Region um den Ärmelkanal und die südliche Nordsee „sichern“, heißt es in der Erklärung weiter, sondern auch „Macht über die Region hinaus projizieren“ – alles, um die „Völker in Europa

zu beschützen“. Um dieser geteilten Schutzverantwortung gerecht zu werden, stehen die Admiräle „Schulter an Schulter“, denn „zusammen sind [sie] stärker“.⁶ Dabei zählen die Admiräle das russische Volk nicht zu den europäischen Völkern – zumindest nicht zu den schützenswerten.

Geografie und machtpolitische Bedeutung

Das „Channel“ aus Channel Committee (Kanal Komitee) meint den Ärmelkanal; ein Meeresarm, der den Nordatlantik mit der südlichen Nordsee verbindet. Setzt ein Schiff von der US-amerikanischen Ostküste Kurs auf Zentral- oder Osteuropa, muss es zunächst mehrere tausend Kilometer hohe See durchqueren: den Nordatlantik. Will das Schiff nach dem Atlantik seine Reise fortsetzen – zum Beispiel durch die Nordsee nach Bremerhaven oder über die Ostsee nach Polen – muss es in jedem Fall zunächst die sogenannte GIUK-Lücke oder den Ärmelkanal durchqueren. Mit GIUK-Lücke bezeichnen Militärs und Geostrategen eine gedachte Linie, die sich von Grönland (G) über Island (I) bis nach Schottland im Norden Großbritanniens (UK) erstreckt. (Mehr zur GIUK-Lücke im Text von Christina Bogner) Verlängert man diese Linie durch England über den Ärmelkanal nach Frankreich und damit bis zum europäischen Festland, befinden sich auf dieser Linie die drei Tore vom Nordatlantik nach Nord-West-Europa: das erste zwischen Grönland und Island, das zweite zwischen Island und Großbritannien und das letzte, der Ärmelkanal, zwischen Frankreich und England. Um Nord- oder Ostsee und damit wesentliche Routen nach Nord-West- und Osteuropa zu erreichen, muss das amerikanische Schiff also entweder die GIUK-Lücke oder den Ärmelkanal durchfahren. Während die beiden Passagen zwischen Grönland, Island und Großbritannien jeweils mehrere hundert Kilometer breit sind, misst der Ärmelkanal an seiner engsten Stelle gerade um die 30 Kilometer. Die

Kreidefelsen der südenglischen Stadt Dover lassen sich über den Meeresarm hinweg von der französischen Küste mit bloßem Auge erkennen. Durchquert das US-amerikanische Schiff die GIUK-Lücke, befindet es sich am Rande des Einflussgebiets des Militärbündnisses und ist für hunderte Kilometer umgeben von Wasser. Verlässt es den Nordatlantik über den Ärmelkanal, befindet es sich im Kerngebiet der NATO. Aufgrund seiner Lage im Herzen des NATO-Gebiets und seiner geringen geografischen Ausdehnung ist der Ärmelkanal für das Militärbündnis leichter und umfassender zu kontrollieren als die GIUK-Lücke.

Mit ihrer Expansionspolitik haben EU und NATO dieser geografischen Beschaffenheit der Region eine machtpolitische Bedeutung gegeben. Die fünf CHANCOM-Admiräle halten sich in ihrer Erklärung sehr bedeckt, was genau die „veränderte sicherheitspolitische Lage in Europa“ ist, mit der sie ihren militärischen Schulterschluss begründen. Sie beschwören eine abstrakte Bedrohungslage herauf, ohne aber konkrete Gefahrenquellen oder feindliche Kräfte zu benennen. Schaut man ein bisschen genauer auf die grundlegenden sicherheitspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre in Europa, ist die Sache trotzdem klar. Mit dem nicht näher benannten „staatlichen Akteur“, den die Admiräle als eine Bedrohung für die transatlantisch dominierte Weltordnung zeichnen, kann nur Russland gemeint sein. Der Verweis auf die „veränderte sicherheitspolitische Lage“ in Europa ist ein Wink mit dem Zaunpfahl. Dahinter steckt die in NATO-Kreisen viel beschworene Rückbesinnung auf die sogenannte „Landes- und Bündnisverteidigung“.⁷ Nach dem Ende des Ersten Kalten Krieges hatte das Militärbündnis einen grundlegenden strategischen Kurswechsel vollzogen und sich von der Fokussierung auf Block- und damit Großmachtkonfrontation abgewendet. Aufstandsbekämpfung und die Absicherung des Zugangs westlicher Unternehmen zu Arbeitskraft, Märkten und Rohstoffen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas waren neuer Schwerpunkt der Organisation. Die NATO führte zunehmend Krieg gegen nicht-staatliche Akteure „out-of-area“, also außerhalb des offiziellen Bündnisgebiets. Mit der Phrase der Rückbesinnung auf Landes- und Bündnisverteidigung verschleiert die NATO ihre Rückbesinnung auf Großmachtkonfrontation, die sie seit 2014 offen vollzieht. Die NATO hatte die durch ihre Unterstützung des Putsches in der Ukraine ausgelöste Krim-Krise 2014 zum Anlass genommen, eine sich schon länger anbahnende neue Phase der transatlantischen Ostexpansion einzuleiten: Ihre Gebietserweiterungen über politische Verträge und Wirtschaftsabkommen ergänzt und festigt sie zunehmend durch militärische Präsenz in der Region. Die militärischen Spannungen zwischen der NATO

und Russland sind dabei logische Konsequenz und damit absehbare Folge von drei Jahrzehnten der Ausdehnung von EU und NATO in ehemaliges Sowjetgebiet. Der NATO-Machtblock hat unter der Führung der USA den Konflikt mit Russland um die Kontrolle über Osteuropa zu einem Zweiten Kalten Krieg eskaliert. Vor diesem Hintergrund kommt den eben beschriebenen Seewegen von den USA Richtung Russland, die nebenbei bemerkt auch von zentraler Bedeutung für die europäische Wirtschaft sind, eine militärstrategische Bedeutung zu.

Strategische Seewege

Die russische Nordflotte, angesiedelt im Oblast Murmansk, könnten NATO-Schiffe beim Passieren der GIUK-Lücke stören oder sie vielleicht sogar daran hindern, so zumindest die Sorge in NATO-Kreisen.⁸ Vor allem russische U-Boote und Seeminen könnten die NATO-Flotte vor Herausforderungen stellen. Wären diese Passagen tatsächlich dicht, oder eine Durchfahrt mit einem hohen Risiko behaftet, dann wäre der Ärmelkanal das letzte Tor für die NATO aus dem Nordatlantik Richtung Osten. Aufgabe des Channel Committee ist es, diesen „kritischen Engpass“ auf der transatlantischen Brücke⁹ unter Kontrolle, und damit die Verbindung zwischen den USA, Großbritannien und dem europäischen Festland, aufrecht zu erhalten. Dabei geht es einerseits um die wirtschaftliche Verbindung. Entlang der Ärmelkanal-Route liegen die größten europäischen Häfen: Rotterdam in den Niederlanden, Antwerpen in Belgien und Hamburg und Bremerhaven in der Bundesrepublik. Andererseits sieht sich das Channel Committee dafür verantwortlich, die militärische Verbindung zu gewährleisten, indem es einen gefahrlosen Zugang US-amerikanischer und britischer Kriegsschiffe zum europäischen Festland sichert. Die geopolitische Bedeutung ist dabei keine natürliche, unveränderliche Eigenschaft des Ärmelkanals und der südlichen Nordsee. Erst die Politik der NATO hat der Region diese Bedeutung (zurück)gegeben. Die deutsche Marine würde nach Angaben der Bundeswehr im Kriegsfall Truppen- und Materialtransporte entlang der Nord-/Ostsee-Route eskortieren.¹⁰

Die NATO-Staaten wenden zunehmend Ressourcen auf, um diese transatlantischen Nachschubrouten zu festigen. Das Großmanöver Defender EUROPE 20 im Jahr 2020 stellt einen Meilenstein in diesem Militarisierungsprozess dar: Ziel der Kriegssübung war es, das Verlegen großer Truppenverbände aus den USA und Europa über die verschiedenen Nord- und Ostseerouten Richtung Russland zu proben. Indem sie ihre militärische Infrastruktur rund um die transatlantischen Nachschubrouten ausbaut, erhöht die NATO ihre mili-



Blick von Frankreich aus auf die weißen Kreidefelsen von Dover. Im linken Bildrand sind von den Nationalsozialisten errichtete Bunkeranlagen aus dem Zweiten Weltkrieg zu sehen. Quelle: Wikipedia/Rolf Süssbrich.

tärische Einsatzbereitschaft und Handlungsfähigkeit gleichermaßen. Das Militärbündnis macht sich mit den Routen nach Osten vertraut, sammelt Erfahrungen, entdeckt Hürden auf dem Weg und baut sie ab. Dadurch verringert es seine Reaktionszeiten und befähigt sich zu umfangreichen und schnellen Truppenverlegungen nach (Ost-)Europa. Gleichzeitig verweben die transatlantischen Verbündeten dabei ihre einzelnen nationalen Armeen vermehrt zu einer geeint handlungsfähigen NATO-Streitmacht: Das Bündnis baut eigene Kommandostrukturen auf, klärt multinationale Befehlsketten und Rangfolgen, führt Lagebilder und Wissen seiner Mitglieder systematisch zusammen und stimmt die nationalen Waffensysteme aufeinander ab. Die NATO bereitet sich darauf vor, in großen Truppenverbänden in Europa aktiv zu werden. Das CHANCOM-Treffen in Hamburg mit seiner Erklärung ist Teil ebendieser zunehmenden Ausrichtung des Militärbündnisses auf eine Konfrontation mit Russland.

Wurzeln im Ersten Kalten Krieg

Vor dem Ende der Blockkonfrontation 1990 war das Channel Committee unter dem Namen Allied Command Channel eines der drei höchsten NATO-Kommandos des Kalten Krieges. Die Struktur wurde 1952 ins Leben gerufen. Nach dem Zusammenbruch des Feindes im Osten dampfte die NATO das Kommando 1994 zu einem Beratergremium ein: Aus Allied Command Channel wurde das Channel Committee. Mit dem Sieg des NATO-Machtblocks über die Sowjetunion hatte sich die sicherheitspolitische Lage in der Welt und damit auch in Europa grundlegend geändert. Den militärischen Ambitionen der USA stand keine Großmacht mehr im Weg. Im Zuge der sich in diesem Zusammenhang vollziehenden Verschiebung des militärischen Fokus der NATO vor allem Richtung Mittlerer Osten verlor der Ärmelkanal seine machtpo-

litische Bedeutung für das Bündnis. Auf alljährlichen CHANCOM-Treffen blieben die fünf NATO-Admiräle dennoch im Austausch, „in weiser Voraussicht“, wie der deutsche Vizeadmiral Krause sich zitieren lässt.¹¹ Insgesamt war die sicherheitspolitische Bedeutung des Komitees bis jetzt gering. Mit der Rückkehr der NATO zur Großmachtkonfrontation könnte sich das ändern. Die Aufgabe, der sich die fünf Admiräle mit ihrer Erklärung vor zwei Jahren verschrieben haben, ist deckungsgleich mit der Aufgabe, die Allied Command Channel im Ersten Kalten Krieg übernommen hatte. Damit hat sich CHANCOM 2019 in Hamburg auf den Weg zurück zu alter Größe gemacht. Die NATO hat den Zweiten Kalten Krieg längst begonnen. Anders als die Admiräle verkünden, hat das nichts mit der Sicherheit der „Völker Europas“ zu tun – im Gegenteil.

Anmerkungen

- 1 Channel Committee (CHANCOM) declaration between all CHANCOM members on the further enhancement of CHANCOM relations in the area of naval cooperation, 7.11.2019, abrufbar über [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de).
- 2 Ebd.
- 3 Bundeswehr: CHANCOM 2019 – Admiralsgremium setzt auf Neustart, 8.11.2019, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de).
- 4 Merle Weber: Die Militarisierung der Ostsee, IMI-Analyse 2019/33, [imi-online.de](https://www.imi-online.de).
- 5 Bundeswehr: CHANCOM 2019, 8.11.2019.
- 6 Channel Committee declaration, 7.11.2019.
- 7 Vergleiche z.B. Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, 2016, [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de).
- 8 Bspw. formuliert in; Human Security Centre: Fire and Ice, 2018, [hscentre.org](https://www.hscentre.org).
- 9 Channel Committee declaration, 7.11.2019.
- 10 Bundeswehr: CHANCOM 2019 – Frischer Wind für ein strategisches Seegebiet, 1.11.2019, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de).
- 11 Ebd.

„Verteidiger des Baltikums“

NATO-Szenarien für einen Krieg in der Ostsee

von Horst Leps

Auf den Nato-Gipfeltagungen von Wales (2014) und Warschau (2016) wurde beschlossen, im Gebiet der Ostsee und der ihr im Osten angrenzenden Nato-Staaten kriegsfähig zu werden.¹ Moskau bedrohe demnach die Unabhängigkeit der baltischen Staaten.

Mögliche Kriegsparteien müssen ihren Krieg schon im Frieden planen, vorbereiten und üben. Wie beim Schachspiel müssen die Eröffnungszüge durchgespielt und materiell vorbereitet sein, auch wenn noch nicht klar ist, ob man weiß oder schwarz spielt. Können die behaupteten Ziele erreicht werden?

Es ist die professionelle Aufgabe von Militärs (und ihrer „wissenschaftlichen“ Zuarbeiter), solche Handlungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten bis zum „scharfen Ende“, wie es im Bundeswehr-Jargon seit einiger Zeit heißt,² durchzuspielen. Daraus darf man allerdings nicht folgern, dass die Politik, unter deren Leitung diese Militärs arbeiten, diese Kriege auch will. Man sollte noch nicht einmal annehmen, dass die Militärs fachlich begründete Konzepte erstellen. Als Handlungsanleitungen aber für Politiker, die es auch nicht besser wissen, sollte man sie fürchten.

Deshalb muss der Staatsbürger in diesen militärischen Entwürfen *Gefahren* und sogar *Chancen*, auf jeden Fall *Herausforderungen*³ für seine eigene Zukunft sehen: Der Krieg könnte ja eintreten, all seine bloß gedachten Folgen können harte Wirklichkeit werden. Aber sie legen auch nahe, die Konfrontation zu verringern.

Die politische Seite – die geografische Lage

Die Neuorientierung der Nato nach den Ereignissen in der Ukraine 2014 hat zu einer Konfrontation zwischen westlichen Staaten (=Nato plus Schweden + Finnland) und Russland in der Ostsee geführt, genauer in der östlichen Ostsee, den angrenzenden baltischen Staaten, der russischen Exklave Kaliningrad, Belarus und den westlichen Gebieten Russlands.

Die Kriegsvorbereitung der Nato stößt in diesem Gebiet auf grundlegende politische und geografische Probleme. Zwischen den Gipfeln von Wales und Warschau stellten Autoren der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) fest, dass die vorgesehene Verteidigung des Baltikums und Ostpolens gegen einen mutmaßlichen Angriff aus dem Osten von der Nato-Russland-Akte von 1997 behindert wird. Außerdem müsse über Atomwaffeneinsätze nachgedacht werden.⁴

Diese Analyse knüpft an die realen Probleme der Nato in diesem Gebiet an: Die Nato-Russland-Grundakte von 1997 behindert die Nato bei etwaigen Versuchen, „relevante Streitkräfte“ östlich von Deutschland zu stationieren, die Stationierung von Atomwaffen bleibt dort verboten.⁵ Das Abkommen schließt damit aus, dass die Nato die „Sicherheit“ dieser Staaten auf eine ähnliche Weise durch im Prinzip unbeschränkte Stationierungen garantiert wie die der „Alt“-Mitglieder der Nato. Es kommt hinzu, dass der 2+4-Vertrag, die Einheit Deutschlands betreffend, die Stationierung ausländischer Truppen in Deutschland östlich der ehemaligen Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten verbietet.⁶ Es ist nicht möglich, die baltischen Staaten, Polen und den Osten Deutschlands so sehr mit Mannschaften und Waffen jeder Art anzufüllen, dass Russland allein von einer solchen Massierung abgeschreckt wäre. Russland bleibt, wenn es will, in der Region materiell überlegen.

Der Zugang der Nato in die Ostsee und in das Baltikum kann durch das russische Militär im Oblast Kaliningrad stark mit verschiedenen Arten von Raketen und mit Fernartillerie behindert, wenn nicht sogar gesperrt werden.⁷ Damit wäre nicht nur die Bewegungsfreiheit der westlichen Marinen im Ostseeraum praktisch unterbunden. Sollten diese Raketen jene Reichweite haben, die ihnen von westlicher Seite zugeschrieben wird,⁸ könnte Russland die Korvetten der Deutschen Marine in Warnemünde schon im Hafen versenken. Die Nato-Mitglieder Estland, Lettland und Litauen haben nur eine sehr



anfällige Landverbindung – die „Lücke von Suwałki“, ein schmaler Streifen zwischen dem russischen Oblast Kaliningrad und Belarus – nach Polen die ebenfalls jederzeit von Russland und Belarus gesperrt werden kann. Die Nato kann deshalb unter den gegenwärtigen rechtlichen und politischen Bedingungen nicht davon ausgehen, in einem Kriegsfall genügend Mannschaften und Ausrüstungen in Richtung Front in das Baltikum transportieren zu können, weder über Land noch über die See. Im Norden des ehemals deutschen Ostpreußens rüstet Russland in den letzten Jahren auf.⁹ Das russische Militär muss dort drei Aufgaben erfüllen: 1) Die Verteidigung des Territoriums durch Land-, Luft- und Seestreitkräfte gegen Angriffe der Nato auf dem Land, aus der Luft (mit Flugzeugen und Raketen) und vom Wasser. Denn es muss möglich bleiben, von Kaliningrad aus 2) die Bewegung der westlichen Marinen in der Ostsee mit Raketen vom Land und von Kriegsschiffen zu unterbinden, damit die Nato-Truppen im Baltikum vom Nachschub isoliert werden, und 3) weiterhin die „Lücke von Suwałki“ für die Nato zu schließen.

Mögliche Lösungen

Es gibt drei Möglichkeiten für die Nato, dieses Problem zu lösen: 1) Mit überlegenen konventionellen Kräften die russischen Truppen im Oblast Kaliningrad (mindestens) isolieren, um die Nato-Truppen im Baltikum verstärken zu können. 2) Sollte das nicht möglich sein, könnten Atomwaffen zur Neutralisierung Kaliningrads eingesetzt werden. 3) Die dritte mögliche Lösung besteht darin, dass die Nato dieses Gebiet aus ihren Spannungsszenarien herausnimmt und dazu Russland eine Art Rüstungsstillstand anbietet.

Die konventionelle Konzeption

An diesem aus der Sicht des Westens misslichen Sachverhalt ändern auch die Defender-Übungen nichts, mit denen die Möglichkeiten des Transports großer Landtruppen-Verbände über den Atlantik und die Nordsee an die mittel- und nordeuropäische Ostfront entwickelt werden sollen. Diese Truppen werden immer zu spät kommen.¹⁰ Die in den Defender-Übungen erprobten Transporte werden auch dann zu lange dauern, wenn Europa vom Atlantik bis zu den Westgrenzen Russlands und seines Verbündeten Belarus zur Rollbahn umgebaut ist. Man kann einen Zeitbedarf von sechs Monaten, vielleicht ein paar Wochen kürzer, vom Aufbruch bis zur Einsatzfähigkeit am Ankunftsort annehmen, vorausgesetzt, diese Truppen überleben den Seetransport. Das weiß man auch in der Deutschen Marine.¹¹ Aber könnte sich die Nato nicht auf einen konventionellen Krieg im Dreieck Danzig - St. Petersburg - Minsk vorbereiten? Eine US-Studie¹² beschreibt mögliche Pläne der russischen Streitkräfte: Danach greift eine kleinere Armee aus dem Raum südlich St. Petersburg an, um durch Estland zur Ostsee zu kommen, während eine größere Armee Richtung Südwesten mit dem Ziel angreift, die Verbindung der Nato zum Baltikum bei Suwałki zu unterbrechen und die russische Position in Kaliningrad zu sichern. Die Nato würde es schwer haben, dort die Luftüberlegenheit zu gewinnen, deshalb sei es erforderlich, gleich zu Beginn der Kampfhandlungen von Polen aus die Festung Kaliningrad schnell und überraschend anzugreifen und zu zerstören. Die polnische Armee wird in den nächsten Jahren mit 250 der modernsten US-Panzer ausgerüstet werden.¹³ Nach der Zerstörung und Eroberung Kali-

ningrads durch westliche Kräfte – so wird spekuliert – habe Russland nicht den Mut, als erste Macht ihre Atomwaffen einzusetzen, denn das würde es weltweit politisch isolieren. Verliert Russland diesen Krieg, soll es Kaliningrad an Polen abtreten.¹⁴

Kaliningrad von See her ausschalten?

Die westlichen Streitkräfte könnten, glaubt man vielen Texten, ihren Bündnispartnern auch nicht von See her zur Hilfe kommen. Ein Stabsoffizier der Deutschen Marine will das Problem dennoch von See aus angehen, weil der Oblast Kaliningrad im Wirkungsbereich westlicher Seestreitkräfte liegt.¹⁵ Der Gedanke wird nicht explizit ausgeführt, aber vielleicht muss man sich das so vorstellen: Wenn eine politisch-militärische Krise zwischen dem Westen und Russland noch nicht auf ihrem Höhepunkt ist, kann Kaliningrad von See aus hinreichend zerstört werden. Einen Gedanken aus der Neuausrichtung der US-Marines aufnehmend, scheinen die Marineinfanteristen der westlichen Ostseemarin überfallartig den russischen Kriegshafen Baltysk einnehmen zu wollen, um damit beispielsweise den Korvetten der Deutschen Marine Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen. Dazu passt, dass gegenwärtig an der Verstärkung des Korvettengeschwaders Warnemünde gearbeitet wird.¹⁶ Das mag stimmen, solange Russland aus Kaliningrad seine diversen Raketen nicht einsetzt. Aber Russland will nach seinen eigenen Regeln handeln. Es rüstet selbst auf, um – nach eigenen Worten – die Vorherrschaft in der Ostsee zu erlangen.¹⁷ Ein „Mehr“ der einen Seite führt eben zu einem „Mehr“ auf der anderen Seite, Sicherheitsgewinn = Null.¹⁸

Die atomare „Lösung“

Vielleicht muss ja doch nuklear nachgeholfen werden? Diese strategischen Konzepte können also die Gefahr eines Atomkriegs im Gebiet der östlichen Küste der Ostsee nicht mindern, schon gar nicht beseitigen. Dieser Krieg muss deshalb auch als Nuklearkrieg gedacht werden.¹⁹ Weil die Nato in einen Krieg im Baltikum konventionell unterlegen sein könnte, muss sie über den Ersteinsatz von Atomwaffen, auf den die Nato bekanntlich nicht verzichtet hat, nachdenken. Und in der Tat umkreisen immer wieder atomwaffenfähige Bomber B-52 das Kaliningrader Gebiet.²⁰ Vielleicht üben sie nur, wie der Seezugang nach Kaliningrad vermint wird, vielleicht üben sie aber den Abwurf von Atombomben.²¹ Zur Rechtfertigung der Vorbereitung eines Atomkriegs wird behauptet, dass Russland sich auf den Einsatz von Atomwaffen als Gefechtsfeldwaffen vorbereitet, um den Erfolg seiner Landstreitkräfte erzwingen zu können.²² Deshalb müsse der Westen

ebenfalls Atomwaffen für solche Gefechtsfelder vorbereiten, wenn auch mit der Absicht, Russland vom Einsatz von Atomwaffen in der einzelnen Schlacht abzuhalten. Ob diese Sicht auf die russische Militärdoktrin stimmt oder auch nicht: Man kann sie als Hinweis nehmen, dass ein Atomkrieg in Nordosteuropa in der Nato bedacht wird. Es dürfte sich allerdings eher um eine jener vielen Verschwörungstheorien handeln, mit denen die Nato seit je hausieren geht.²³ Die russische Präsidenten-Direktive²⁴ vom 8. Juni 2020 über atomare Abschreckung gibt keinen Anlass zu den westlichen Spekulationen über russische Atombombeneinsätze im konventionellen Krieg. Es gibt keine konkreten Belege für Vorbereitungen der Nato auf einen Atomschlag gegen Kaliningrad, aber plausible Hinweise.²⁵ Das wäre eine allerdings naheliegende Wiederaufnahme der „flexible response“ Strategie des Kalten Krieges, wenn auch weiter nach Osten verlegt. Und deshalb darf man annehmen, dass Russland ebenfalls militärische und politische Überlegungen zum Einsatz von Atomwaffen anstellt und solche Einsätze vorbereitet – noch eine Wiederholung. Ein Atomkrieg allerdings zerstört jene politischen Ziele, die er durchsetzen will: Nach einem Atombombeneinsatz gegen Kaliningrad wird es kein bewohnbares Baltikum mehr geben, schon gar nicht, wenn beide Seiten ihre Nuklearwaffen einsetzen, sie sind kein Mittel der Kriegsführung.²⁶ Man kann es drehen und wenden, wie man will: Es gibt keinen auch nur halbwegs nachvollziehbaren, aussichtsreichen Plan der Nato für einen baltischen Krieg.

Chancen und Lösungen

Eine Studie der baltischen Militär-Akademie kommt zu dem Ergebnis, dass die Nato keine Chance hat, in einem Krieg im Baltikum zu siegen.²⁷ Sie schlägt deshalb regionale Rüstungskontrollvereinbarungen vor.²⁸ Die Gefahr legt also die Chance der Lösung nahe. Sie könnte Vorbild für andere Probleme im Verhältnis zu Russland werden. Es gibt momentan in diesem Gebiet der westlich-russischen Konfrontation praktisch keine Konsultationsverbindungen zwischen den Streitkräften. Für die Landstreitkräfte mag das ohne Bedeutung sein, Kriegsschiffe und Kriegsflugzeuge jedoch können sich täglich überraschend begegnen. Es ist deshalb notwendig, Regeln für den Umgang miteinander im militärischen Alltag zu vereinbaren. Die Nato-Russland-Grundakte sieht solche Einrichtungen vor.

Eine große Gruppe militärischer Spezialisten aus Nato-Staaten und Russland hat deshalb eine umfassende Reihe von Vorschlägen erarbeitet, die militärische Unsicherheiten reduzieren können.²⁹ Diese Initiative ist unverständlicherweise in der deutschen Öffentlichkeit und Politik so gut wie vollständig ignoriert worden.

Schluss

Aber man wird um Entscheidungen nicht herum kommen. Mit dem gegenwärtigen Instrumentarium kann das Problem einer Konfrontation mit Russland im Raum von Ostsee und Baltikum nicht gelöst werden.

Militärisch kann die Auseinandersetzung mit den jetzigen Mitteln unter den jetzigen politischen Voraussetzungen nicht gewonnen werden, noch nicht einmal Abschreckung ist möglich, wie die Autorengruppe der SWP zutreffend feststellt. Das wäre erst nach einer Kündigung der Nato-Russland-Grundakte von 1997 möglich. Obendrein müsste der 2+4-Vertrag einer Neuinterpretation unterzogen werden. In beiden Fällen ginge es darum, im östlichen Teil Deutschlands, in Polen und auch in den baltischen Staaten so viel Militär zu stationieren wie denkbar und möglich, in der Hoffnung, damit die Überlegenheit auf diesem Kriegsschauplatz zu gewinnen.³⁰ Anders ist sie nicht zu bekommen. Der politische Preis wäre gewaltig. Vermutung: So weit denkt da keiner.

Anmerkungen

- 1 Man nennt es Abschreckung. Zur Abschreckung jedoch gehören Fähigkeit und Wille, für den Fall, dass Konflikt und Krieg trotzdem ausbrechen, den Krieg auch zu führen. Es gibt keine Abschreckung ohne Kriegsfähigkeit und ohne Willen zum Krieg.
- 2 von Sandrart, Jürgen-Joachim: [Kommandeursbrief 24.8.2020](#).
- 3 Diese Begriffstrias „Gefahren – Chancen – Herausforderungen“ stammt von Wolfgang Hilligen, einem führenden Politikdidaktiker der westdeutschen Republik. Sie eignet sich nicht nur für die Strukturierung von Unterricht. Hilligen, Wolfgang: Zur Didaktik des politischen Unterrichts Bd. 1, Opladen 1975, S. 28.
- 4 Glatz, Rainer L./Zapfe, Martin: [Nato-Verteidigungsplanung zwischen Wales und Warschau – Verteidigungspolitische Herausforderungen der Rückversicherung gegen Russland](#).
- 5 [NATO-Grundakte](#).
- 6 [2+4-Vertrag, Artikel 5](#).
- 7 nach Krüger, Arne Björn: Von der Denkfabrik zur Relaisstation für die Ostsee, [Marineforum](#) 6/2019.
- 8 Director of National Intelligence, Daniel Coats: [On Russia's INF Treaty Violation](#), 30.11.2018.
- 9 Detaillierte Aufzählungen bei Muzyka, Konrad: [Russian Forces in the Western Military District](#), 2021, S. 42ff.
- 10 [Tagesspiegel](#), 21.2.2021.
- 11 Rackwitz, Sascha: Clausewitz, Corbett und Corvetten, [Marineforum](#) 1-2/2021, S. 20ff. Gegen Ben Hodges und andere: Securing the Suwałki Corridor – Strategy, Statecraft, Deterrence, and Defense, Center for European Policy Analysis, [www.cepa.org](#), July 2018, und die daraus folgenden Defender-Übungen.
- 12 Hooker, R. D.: [How to defend the Baltic States](#), S.11f, dort die Nachweise
- 13 [Europäische Sicherheit & Technik](#), 15.6.2021.
- 14 Hooker, op.zit. S. 13.
- 15 Rackwitz, op.zit. S. 21f.
- 16 [Bundeswehrverband](#), Yann Bombeke, 4.9.2020.
- 17 Baltisches Amulett: [Der neue „Karakurt“ wird die Raketenfaust der Marine stärken](#) (russ.).
- 18 So Autoren der baltische Militärakademie, Veebel, Viljar/ Sliwa, Zdzislaw: Kaliningrad, the Suwalki gap and Russia's ambitions in the Baltic Region, [Journal of International Studies](#) Vol12/No.3/2019; [Scandinavian Journal of Military Studies](#), S.116ff, 21.8.2019. Eben das klassische [Sicherheitsdilemma](#).
- 19 Dalsjö, Robert u.a.: Fighting for a draw in the Baltic –, in: Western Military Capability in Northern Europe 2020, [FOI-Report](#), 11.3.2021, S. 116.
- 20 Peck, Michael: New Report Suggests Russia's Enclave of Kaliningrad Might Need to be Militarily 'Neutralized', [The National Interest](#), 28.4.2017.
- 21 Zum Typ der Bombe siehe [Deutsche Welle](#), USA modernisieren Atombomben in Deutschland, 26.3.2020. Sowie: Pawlak, Julian / Bruns, Sebastian: Die Ostsee ist nicht Las Vegas, [MarineForum](#) 6/2019, S. 21.
- 22 Matthew Kroenig: [Russlands Nuklearstrategie gegenüber Europa – wie organisiert man Abschreckung gegen Deeskalation mit nuklearen Schlägen?](#), Vol. 2, Nr. 4, 2018.
- 23 Ven Bruusgaard, Kristin, The Myth of Russia's lowered Nuclear Threshold, [War on Rocks](#), 22.9.2017. Auch der polnische Autor Muzyka sieht dort keine Hinweise.
- 24 Präsident der Russischen Föderation, [Basic Principles of State Policy of the Russian Federation on Nuclear Deterrence](#), 2.6.2020.
- 25 Axe, David: Russia Is Scared - America Has A Secret Plan to Attack Kaliningrad (If Necessary), [The National Interest](#), 17.5.2021.
- 26 Siehe zum selben Problem aus dem „Kalten Krieg“: Hammerich, Helmut R.: Süddeutschland als Eckpfeiler der Verteidigung Europas, [Military Power Revue der Schweizer Armee](#), 2/2011.
- 27 Veebel, Viljar/ Sliwa, Zdzislaw, op.zit. S.115f.
- 28 Ebenda S. 118.
- 29 Richter, Wolfgang: Höchste Zeit, die militärischen Risiken in Europa einzudämmen, [SWP-Berlin](#), 7.12.2020.
- 30 [BMVg](#): Auftrag Landes- und Bündnisverteidigung, Juni 2020, S. 23.

Der Blick geht Richtung Osten

Ein deutsches NATO-Kommando für die Ostsee

von Martin Kirsch

Bereits im März 2018 hatten die Norddeutschen Neusten Nachrichten verkündet: „Rostock wird NATO-Hauptquartier“.¹ Zur Indienstellung eines neuen Marinestabes in Rostock 2019 erklärte dann der damalige Marineinspekteur Andreas Krause in seiner Eröffnungsrede, „der Nordatlantik und die Nordflanke“ der NATO, inklusive der Ostsee, seien erst in den letzten Jahren „überhaupt wieder potentielle Operationsgebiete für die Deutsche Marine geworden“. Während die BRD vor 1990 von der militärischen Rückendeckung der NATO-Partner profitiert habe, wolle die Deutsche Marine jetzt „Verantwortung“ für die neuen NATO-Partner im Nordosten und die weiteren verbündeten Ostseeanrainer übernehmen.² Seit 2006 ist in Rostock-Warnemünde das 1. Korvettengeschwader der Marine mit den entsprechenden Kampfschiffen für den Ostseeraum stationiert. Ab 2012 wurden zudem die zuvor über Norddeutschland verstreuten Führungsstrukturen der deutschen Seestreitkräfte im neuen Marinekommando in Rostock zusammengefasst. Als letzter Schritt dieses Konzentrationsprozesses wurden 2019 auch die zwei bisherigen kleinen Einsatzstäbe der Marinen aus Kiel und Wilhelmshaven mit dem bereits in Rostock vorhandenen Stab verschmolzen. Neben strukturbedingten Gründen steckt in diesem Umzug auch ein politisches Signal: der Blick geht Richtung Osten.

Das in der Rostocker Hanse-Kaserne für 66 Millionen Euro neu errichtete Funktionsgebäude beherbergt seit Januar 2019 den neuen Stab DEU MARFOR (NATO-Abkürzung für German Maritime Forces Staff). Künftig soll DEU MARFOR als „nationaler maritimer Einsatzstab mit multinationalem Anteil“ nicht nur kleinere Einsätze der Deutschen Marine, sondern auch größere Operationen mit Bündnispartnern aus EU und NATO planen und führen können. Dem entsprechend werden künftig ein Viertel der 100 Dienstposten mit Militärs aus Partnerstaaten besetzt. Auch dieser in Umfang und Fähigkeiten deutlich gewachsene Führungsstab ist allerdings nur der Ausgangspunkt für weitere Aufrü-

stungsschritte. Temporär aufgestockt um weitere Marineoffizieren aus NATO-Staaten soll DEU MARFOR künftig auch zu einem regionalen NATO-Marinekommando anwachsen können. Dann unter dem Namen Baltic Maritime Component Command (BMCC) soll die Schaltzentrale in Rostock ab 2025 in der Lage sein Marineoperationen nicht nur in der Ostsee, sondern entlang der gesamten NATO-Nordflanke und darüber hinaus führen zu können.³ Ein relevanter Teil der benötigten internationalen Dienstposten soll mit Marineoffizieren aus Dänemark, Schweden, Finnland, Polen und den baltischen Staaten besetzt werden. Um sich von Beginn an auf die künftigen Aufgaben vorzubereiten, übernahm DEU MARFOR bereits im September 2019 das Kommando über das NATO-Seemanöver Baltic Coasts, das seit 2007 jährlich stattfindet.⁴ Das Szenario von Baltic Coasts 2019 spricht dabei Bände über die Funktion des neuen (NATO-)Marinekommandos: Ein Staat (gemeint ist Russland) besetzt eine Ostseeinsel (vermutlich das schwedische Gotland) und „bedroht“ damit die Seewege bis in den westlichen Teil der Ostsee hinein. Gleich bei erster Gelegenheit proben die Herren in Rostock also den Kampf mit Russland um die Kontrolle über die Ostsee.⁵ Neben dem maritimen Säbelrasseln gegenüber Russland bezieht Deutschland auch innerhalb von EU und NATO Stellung und präsentiert sich mit dem neuen Kommando in Rostock als regionale maritime Führungsmacht.

Anmerkungen

- 1 Rostock wird NATO-Hauptquartier, [svz.de](#), 12.3.2018.
- 2 Marine-Einsatzstab - German Maritime Forces Staff in Dienst gestellt, [bundeswehr.de](#), 24.1.2021.
- 3 Bundeswehr: Marine Einsatzstab, 24.1.2021.
- 4 DEU MARFOR - unersetzlich für die Deutsche Marine der Zukunft, [presseportal.de](#), 19.6.2019.
- 5 Die Manöverbeschreibung wurde fast wörtlich aus der [IMI-Analyse 2019/33](#) von Merle Weber zum Thema “Die Militarisierung der Ostsee” übernommen.

Von Minen und Walen

Eine Posse über Artenschutz beim Bund, 39 Minen und 18 tote Wale

von Emma Fahr



Bis heute liegen ca. 1,9 Millionen Tonnen alter Kriegsmunition auf dem Grund deutscher Meere, vorrangig aus dem Zweiten Weltkrieg. Ein Teil dieser Altlasten, 42 britische Grundminen, wurde im Jahr 2016 vor der schleswig-holsteinischen Küste lokalisiert. 39 dieser Sprengladungen befanden sich im Fehmarnbelt.

Der Fehmarnbelt ist eine Wasserstraße in der Ostsee, welche Deutschland mit Dänemark verbindet. Er ist nicht nur als Naturschutzgebiet ausgezeichnet, sondern auch von der EU als ausgewiesenes Meereschutzgebiet unter der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie anerkannt. Ein wichtiger Grund für die besondere Schutzwürdigkeit des Beltes ist, dass er als Kinderstube für die einzige in deutschen Gewässern lebende und vom Aussterben bedrohte Walart ist: den Schweinswal. Die Tiere, von denen nur noch wenige Hundert in der Region leben, stehen unter dem Schutz des UN-Abkommens „ASCOBANS“, in dessen Rahmen sich die Bundesrepublik explizit verpflichtet hat, die Schweinswal-Population zu bewahren.

Minen vs. Umweltschutz

2016 fand das Schifffahrtsamt also mitten im Belt eine große Menge alter Minen. Nun liegt es auf der Hand, dass vor sich hin erodierende Seeminen unschädlich gemacht werden müssen. Jahrzehnte im Salzwasser setzen den Sprengkörpern zu, sie werden instabil. Chemikalien treten aus und vergiften Tiere und Umgebung. Bergung und kontrollierte Sprengungen werden immer schwieriger, die Kollateralschäden exponentiell größer. Um diese Risiken abzuwägen und eine möglichst minimalinvasive Vorgehensweise zu eruieren, muss bei solchen Funden stets eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfolgen.¹ Demnach sind „notwendige Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren und schädlichen Umwelteinwirkungen“ zu treffen.² So schreibt es das Gesetz vor – a fortiori im Naturschutzgebiet. Im Idealfall werden die Minen geborgen oder in flachere Gewässer verzo-gen.

Ist die Munition dafür bereits zu instabil, muss das von der Explosion betroffene Gebiet eigentlich ‚evakuiert‘ werden. Beispielsweise durch sogenannte Blasen-schleier sollen Meerestiere abgeschreckt und aus dem Explosionsradius vertrieben werden. Insbesondere für den Schweinswal sollte das lebensrettend sein. Soweit die Theorie.

NATO – stets zu Diensten

Dass die Praxis anders aussieht, stellte die Bundeswehr eindrucksvoll und tragisch unter Beweis. August 2019 – das NATO-Manöver „Northern Coasts“ steht vor der Tür. Als Teil dieser Übung befindet sich auch der Minenräumverband der NATO in deutschen Gewässern. Eine günstige Gelegenheit, sich der zwei Jahre zuvor entdeckten, instabilen Seeminen zu entledigen. Diese ergriff die Bundeswehr beim Schopf. Ende August wurden, über drei Tage verteilt, alle 42 Minen gesprengt. Ohne vorherige Abstimmung mit den Umwelt- und Naturschutzstellen, dafür mit den abzusehenden Kollateralschäden.

Die Bundesregierung begründete diesen militärischen Alleingang in Reaktion auf eine Anfrage im Bundestag mit unmittelbarer Dringlichkeit: „Durch die Anwesenheit des NATO-Minenverbandes in dem entsprechenden Seegebiet bestand durch die gezielte Sprengung die sofortige Möglichkeit zur Abwehr von Gefahr für Leib und Leben“.³ Tatsächlich sind die Munitionsreste auf dem Meeresgrund bis heute eine Gefahr für Schiffe und Fische. ‚Sofort‘ scheint in diesem Kontext jedoch ein sehr dehnbarer Begriff zu sein – zwei untätige Jahre nach der Entdeckung. Das eigentliche Kalkül dürfte vielmehr ein juristischer Winkelzug sein: Manövereinsätze der NATO unterliegen nicht demselben Genehmigungsvorbehalt wie die Bundeswehr allein.⁴ Also wartete man ab und ließ dann Tatsachen schaffen. Minen weg – mission accomplished.

Kahlschlag

Auch für die Flora und Fauna der Region war die Sache damit erledigt – und zwar endgültig. Das Fehmarnbelt wurde durch die Sprengungen auf einer Fläche von bis zu 110.000m² bzw. 27 Fußballfeldern zerstört.⁵ In einem Umkreis von bis zu 30m um jeden der 5m breiten Krater wurde jedes Leben ausgelöscht.⁶ Besonders heikel ist die Situation wieder für die Schweinswale. Zur Erinnerung: Diese Art ist in deutschen Gewässern vom Aussterben bedroht – und sie bringen nur alle zwei Jahre ein einziges Kalb zur Welt.⁷ Just der August ist ihre „sensible Reproduktionszeit“.⁸ Die Sprengung von 39 Minen mit ca. 300-400 kg Explosivstoffmasse mitten in der Kinderstube war ergo eine Katastrophe für die Population. Denn Schweinswale haben ein ausgesprochen sensibles Hörorgan, das für sie überlebenswichtig ist. Schon leichte Verletzungen sind lebensbedrohlich, da sie die Orientierung beeinträchtigen, wodurch sie in Netze geraten oder, im Falle von Kälbern, ihre Mutter verlieren und verhungern. Massive Explosionen, wie solche durch Seeminen, können noch in einer Entfernung von über 600m die Lungen der Tiere zerreißen.⁹ Auch im Abstand von mehreren Kilometern kann es noch zu Verletzungen kommen.¹⁰ Aus diesem Grund sollte es die erwähnten Vergrämunngsmethoden geben. Zum Zeitpunkt der Räumaktion im August 2019 wurden jedoch keine Wale aus dem Radius der Minen vertrieben.¹¹ Wie das Umweltministerium bestätigte, starben mindestens 18 Schweinswale durch Explosionstraumata. Bis Oktober 2019 wurden insgesamt 41 tote Wale angespült,¹² darunter auch Neugeborene. Klare Aussagen zum Verhältnis natürlicher und unnatürlicher Tode sind schwierig – da die Bundeswehr zu oft sprengt.¹³

Lagebesprechung

Scharfe Kritik kam postwendend sowohl aus der Politik als auch von Naturschutzverbänden. Die Grünen-Fraktion stellte im November 2019 eine Anfrage im Bundestag, welche in der Konsequenz zu Untersuchungen des Bundesamtes für Naturschutz und einem Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes führte. Letzteres bestätigte offiziell das schlicht rechtswidrige Vorgehen der Bundeswehr: „Die Sprengung von Minen im Fehmarnbelt [2018] war widerrechtlich“.¹⁴

Strategiewechsel in Sicht?

Dass die Bundeswehr es nicht allzu genau nimmt mit dem Natur- und Artenschutz ist hinlänglich bekannt, man denke bspw. an den Moorbrand bei Meppen 2018. Mit den Schweinswalen scheint die Truppe jedoch

besonders auf Kriegsfuß zu stehen. Vor der Küste Schleswig-Holsteins werden von der Bundeswehr regelmäßig sogenannte ‚Ansprengungen‘ durchgeführt – ‚kleinere‘ Explosionen, um die Beständigkeit von Marineschiffen zu testen. Diese Tests, welche an Land „die Gläser im Schrank klirren lassen“,¹⁵ finden konsequent auch in den Sommermonaten statt, während die Schweinswale kalben.¹⁶ Und auch in Zukunft leben die letzten Exemplare in dieser Region sehr prekär. Das umstrittene Bauvorhaben Fehmarnbelt-Tunnel nach Dänemark ist ebenfalls begleitet von massiven Sprengungen – auch wenn die Bundeswehr daran ausnahmsweise nicht beteiligt ist.

Immerhin hat die Misere 2019 eine überfällige Debatte wiederbelebt. Neue Maßnahmen zum Artenschutz sollen folgen. Eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe u.a. vom Verteidigungs- und Umweltministerium sowie den Küstenländern erarbeitet zurzeit einen Leitfaden zum „naturschutzfachlichen Umgang bei der Kampfmittelräumung in Schutzgebieten“.¹⁷ Der NABU lobt diese Entwicklungen, auch wenn es an Geld noch mangelt. Angekündigte Tunnel-Sprengungen in diesem Jahr wurden abgesagt. Immerhin.

Anmerkungen

- 1 NABU Schleswig-Holstein: [Schutz mariner Säuger: Bundesmarine versagt](#), Jörg-Andreas Krüger, 13.10.2020.
- 2 [Bundestagsdrucksache 19/13878](#). Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Steffi Lemke u.a.: Sprengungen von Munitionsaltlasten und Kampfmitteln in Meeresschutzgebieten. 18.11.2019.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd.
- 5 Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion: [Munitionssprengungen im Schutzgebiet Fehmarnbelt töten Schweinswale](#). 10.1.2020.
- 6 [Bundestagsdrucksache 19/13878](#), 18.11.2019.
- 7 Nabu: [Mythos Flipper - Sorgenkind Schweinswal](#). 28.3.2017.
- 8 [Bundestagsdrucksache 19/13878](#), 18.11.2019.
- 9 Nabu, 28.3.2017.
- 10 Bundesamt für Naturschutz: [Auswirkungen der Sprengungen von Seeminen im Naturschutzgebiet „Fehmarnbelt“ Ende August 2019](#). 5.10.2020.
- 11 Ebd.
- 12 Tagesschau.de: [Verendete Schweinswale. Tod durch Explosionstrauma](#). 21.10.2020.
- 13 Vgl. Bundesamt für Naturschutz, 5.10.2020.
- 14 [IMI-Aktuell 2020/027](#). 11.1.2020.
- 15 NABU, 28.3.2017.
- 16 Bundesamt für Naturschutz, 5.10.2020
- 17 Ebd.

Bundeswehr der Zukunft

Eckpunkte für den Kalten Krieg 2.0

von Martin Kirsch

Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer und Generalinspekteur Zorn haben am 18. Mai 2021 ihre „Eckpunkte für die Bundeswehr der Zukunft“ veröffentlicht.¹ Dabei handelt es sich um nichts weniger als die strategische Neuausrichtung der Bundeswehr und ihrer Führungsstrukturen. Oberste Prämisse ist die Bereitschaft zur sogenannten Landes- und Bündnisverteidigung. Die Bundeswehr soll an der Spitze schlanker und in der Breite schneller, flexibler, dezentraler und damit einsatzbereiter werden. In einem Wort: kriegsbereit.

Als militärischer Arm „Deutschlands als sicherheitspolitische Macht“² soll die Bundeswehr die Führung im Bereich der Bündnisverteidigung in Europa übernehmen, auch an der östlichen Bündnisgrenze und damit in der Konsequenz auch für das, was sich aktuell kaum jemand auszusprechen wagt; für die Option eines offenen Krieges der NATO mit Russland – für einen Kalten Krieg 2.0, der längst begonnen hat.

Reform? Reförmchen? Neuausrichtung!

In der Hauptstadtresse wird das Eckpunktepapier als reine Bewerbungsshow der Ministerin für eine zweite Amtszeit verhandelt und die Inhalte des Papiers damit kolossal unterschätzt. Der Spiegel bezeichnete das Eckpunktepapier beispielsweise als „Reförmchen“.³ Das Gegenteil ist allerdings der Fall. Die Inspektoren und Staatssekretäre haben bereits mit der Umsetzung der Vorgaben begonnen und die vorgeschlagenen Umstrukturierungen werden auf den Weg gebracht sein, bevor sich eine neue Regierung konstituiert.⁴ In offiziellen Verlautbarungen wurde dagegen eher tief gestapelt: „Diese Eckpunkte [...] sind keine große Bundeswehrreform alter Prägung“, ließ Kramp-Karrenbauer auf der Pressekonferenz verlauten. Personalabbau und Standortschließungen werde es nicht geben.⁵ Die Verteidigungsministerin stellte das Eckpunktepapier in ihrer Rede stattdessen in eine Reihe mit der Weiz-

säcker-Kommission⁶ und der Weise-Kommission, die beide nach Beratungen mit ehemaligen Generälen und Vertreter*innen aus der Wirtschaft neoliberal geprägte Reformvorschläge an die jeweiligen Bundesregierungen übergaben.⁷

Über 20 Jahre nach der Weizsäcker-Kommission, und nicht zufällig genau zehn Jahre nach der Veröffentlichung der Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2011, die auf die Weise-Kommission folgten und die Aussetzung der Wehrpflicht, die weitere Reduzierung der Truppe und diverse Standortschließungen besiegelten, präsentieren Kramp-Karrenbauer und Zorn ihren Gegenentwurf.

Das Eckpunktepapier ist damit nicht die Reform selbst, sondern die strategische Basis für die Reformschritte, die bis 2025 folgen sollen.

In das aktuelle Eckpunktepapier sind, im Gegensatz zu früheren Papieren, auch Vorschläge direkt aus der Bundeswehr, die in Studien, Tagungen und Arbeitsgruppen entstanden sind, mit eingeflossen. Weitere Ideen kommen aus Think Tanks und politischen Parteien sowie aus den parallel stattfindenden Reformprozessen und strategischen Überlegungen in EU und NATO. Mit diesem Vorgehen macht sich Kramp-Karrenbauer zu einer Art Anwältin der Soldat*innen im politischen Berlin. Passend dazu verkündete sie: „Es gibt eine ganz klare Erwartungshaltung in der Truppe, die [...] da lautet: Weniger Stab, mehr Truppe. Mehr Eigenverantwortung. Stärkung der Einsatzbereitschaft des Gesamtsystems Bundeswehr.“⁸

Für die Umsetzung ihrer Vorhaben bedienen sich Ministerin und Generalinspekteur der tief in der deutschen Militärtradition verankerten Auftragstaktik. Als politische und militärische Spitze der Bundeswehr geben sie die Zielrichtung und den Zeithorizont für die Reformprozesse der nächsten vier Jahre vor. Die Ausgestaltung der Umbaumaßnahmen auf den unteren Ebenen der Truppe geben sie an die Inspektoren und Kommandeure, sowie die Staatssekretäre und Abtei-

lungsleiter weiter. Sie sollen, abgestimmt mit ihrer Truppe bzw. Behörde, zeitnah Lösungsvorschläge erarbeiten. Damit kommen die konkreten Reformvorschläge dann wieder aus der Truppe. Diese Form der Beteiligung dürfte dann zu einem tragfähigeren Ergebnis führen, als die bis ins Detail von oben verordneten Reformen der letzten 20 Jahre und damit auch weitaus größere Akzeptanz in der Truppe erfahren.

Auch wenn eine kommende Bundesregierung, fast egal welcher Couleur, Anpassungen an den Vorschlägen vornehmen wird, kommt sie um deren Eckpfeiler nicht herum. Würde im Falle eines Wechsels die neue Spitze des Ministeriums zentrale Strukturveränderungen oder Vorschläge grundlegend zurückweisen, würden sich relevante Teile der Truppe schnell gegen den/die neue Minister*in stellen. Der größte Hebel, mit dem auch künftige Regierungen das Tempo der Reformprozesse der Bundeswehr beeinflussen können, bleibt weiterhin der Verteidigungshaushalt.

„Deutschland als sicherheitspolitische Macht“

Für außen- und militärpolitische Standpunkte von Mitgliedern der Bundesregierung eher ungewöhnlich, formulieren Kramp-Karrenbauer und Zorn ihre Position in relativem Klartext. Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen seien alltägliche Cyberangriffe, die „massive russische Aufrüstung“ und die „zunehmend aggressiv ausgreifende Machtpolitik Chinas“ zentrale Sicherheitsrisiken für die Bundesrepublik.⁹ Neben China, Iran, Russland und Nordkorea, die sich offen als „Gegenmodell zur freiheitlichen Gesellschaftsordnung“ definierten, würden andere staatliche als auch nicht-staatliche Akteure ihrem Beispiel folgen. Weitere Bedrohungen und Herausforderungen seien die „rasante Entwicklung der Waffentechnologie“, die aktuelle und künftige Konfliktstrukturen verschiebe und die Rüstungskontrolle erschwere, sowie die vermehrte Orientierung der USA, „des Hauptverbündeten Europas“ Richtung Pazifik.¹⁰

Laut Eckpunktepapier müssten die Europäer sowohl aus Eigeninteresse als auch durch Verpflichtungen im NATO-Bündnis „selbst verteidigungsbereiter und militärisch handlungsfähiger werden.“ Mit unmittelbaren Folgen für Deutschland: „Aufgrund seiner geografischen Lage in der Mitte Europas [und] seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit“ käme der Bundesrepublik eine besondere Rolle für die diplomatische und militärische „Befähigung eines freien, eigenständigen und sicheren Europa“ zu.¹¹ Damit würden kurz-, mittel- und langfristig auch die Anforderungen an die Bundeswehr steigen.

„Im Kern [des Reformprozesses] steht die konsequente Ausrichtung der Bundeswehr auf Landes- und

Bündnisverteidigung.“¹² Zudem müsse die Bundeswehr verstärkt für Einsätze im Inland, sowohl im Frieden als auch zum Schutz hiesiger Infrastruktur und zur logistischen Unterstützung der Verbündeten im Krisen- und Kriegsfall, vorbereitet werden.¹³ Zudem gehöre auch die Bereitstellung von Truppenkontingenten für Auslandseinsätze weiterhin zum Aufgabenspektrum der Bundeswehr.¹⁴

Darüber hinaus solle die Bundeswehr als Rahmen- und Anlehnpartner Strukturen bereithalten, um die Befähigung kleinerer europäischer Partnerarmeen durch das Andocken an Bundeswehrstrukturen zu ermöglichen.¹⁵ Zudem müsse die Bundeswehr sich als „glaubhafter Wertepartner [...] stärker als bisher global ausrichten“, um mit weltweiten Partnern wie Australien, Neuseeland, Japan, Südkorea und Indonesien die Zusammenarbeit in Form von gemeinsamen Übungen und Rüstungsk Kooperationen weiter zu intensivieren.¹⁶

Um all dies umsetzen zu können werde jetzt eine „Justierung der Streitkräfteplanung, der Führungsorganisation und der Vorgaben für die Einsatzbereitschaft“ vorgenommen.¹⁷

„Organisiere dich, wie du kämpfst“

Laut Eckpunktepapier ist die Einrichtung von zwei operativen Führungskommandos geplant. Einem für Auslandseinsätze und einem zweiten für sämtliche Einsätze im Inland. In allen Einsatzbelangen sollen diese zwei Führungskommandos gegenüber den zukünftigen Dimensionskommandos in den vier Dimensionen Land, Luft/Weltraum und See sowie Cyber- und Informationsraum weisungsbefugt sein. Zudem soll ein für alle Belange des Gesundheitswesens der Streitkräfte zuständiger Generalarzt der Bundeswehr im Verteidigungsministerium eingerichtet werden. Die zwei Organisationsbereiche Streitkräftebasis und Zentraler Sanitätsdienst, die bisher von einem eigenen Inspekteur geführt wurden, werden in ihrer bisherigen Form aufgelöst und deren Aufgabengebiete und unterstellte Truppen unter den Verbleibenden Kommandos verteilt.

Konkret heißt das, dass die Führung aller Auslandseinsätze – von Aufstandsbekämpfungsmissionen bis zur Präsenz an den Bündnisgrenzen – durch das bereits bestehende Einsatzführungskommando in Geltow bei Berlin übernommen wird. Dem Einsatzführungskommando wird zudem ein dimensionsübergreifendes Führungskommando für alle Einsätze von Spezialkräften unterstellt.¹⁸

Bis April 2022 soll ein neues Territoriales Führungskommando entstehen. Zuständig sein wird das neue Territoriale Führungskommando für alle Einsätze im Inland.¹⁹ Dazu zählen sowohl die Katastrophenhilfe, als auch rechtlich hoch umstrittene Einsätze zur Ter-

rorabwehr im Inland. Im Kriegsfall würde das Territorialkommando die Sicherung von Kasernen und verteidigungswichtiger Infrastruktur durch aktuell im Aufbau befindliche Heimatschutzregimenter²⁰ koordinieren und die Logistik für den schnellen Transport und den sicheren Aufenthalt alliierter Streitkräfte in Deutschland abwickeln. Letzteres wird im Rahmen von Großmanövern wie Defender Europe bereits regelmäßig geübt.²¹

Die zwei Operativen Führungskommandos haben die Verantwortung für alle Einsätze im In- und Ausland. Die vier neuen Dimensionskommandos hingegen sind verantwortlich für Konzeption, Weiterentwicklung und Ausbildung (Land/Maritime/... Warfare Centre) und die Führung der Truppen (Land/Maritime/... Component Command) in ihrer Dimension. Für Einsätze übergeben sie die Führung ihrer Truppen an die zwei operativen Führungskommandos.

Das Heer wird zum Kommando für die Dimension Land. Daher werden ihm die bisher in der Streitkräftebasis beheimateten Funktionskommandos Feldjäger, ABC-Abwehr und das CIMIC²² unterstellt. Zudem ist eine Untersuchung beauftragt, inwiefern auch die mobilen Logistikverbände des Logistikkommandos und die einsatzrelevanten Teile des Sanitätsdienstes der Dimension Land unterstellt werden könnten.²³ Für die Dimension Luft und Weltraum wird die Luftwaffe auch in Zukunft verantwortlich sein. Als eigenständige Führungsstruktur, neben dem Air Component Command, wurde bereits Mitte Juli das neue Weltraumkommando der Bundeswehr in Kalkar eingeweiht.²⁴ Die Dimension See wird auch weiterhin von der Marine abgedeckt. Als Führungsstruktur wird aktuell bereits ein Maritime Component Command (NATO-Bezeichnung DEU MARFOR) in Rostock aufgebaut. Zusätzlich zur weltweiten Führung deutscher und verbündeter Marinerverbände soll das Führungskommando auch als Marinekommando für den gesamten Ostseeraum einsetzbar sein.²⁵

Der jüngste Organisationsbereich der Bundeswehr namens Cyber- und Informationsraum (CIR) bleibt als entsprechendes Dimensionskommando erhalten. Mit der Vorgabe zur Schaffung einer einheitlichen Führungsebene und der Aufteilung in kleinere Fähigkeitskommandos in der darunterliegenden Ebene wurden allerdings grundlegende Umstrukturierungen, die schon von 2021 bis 2022 umgesetzt werden sollen, beauftragt.²⁶ Zudem wird im Verantwortungsbereich CIR ein Joint Intelligence Centre eingerichtet. Dort sollen Informationen aus Satelliten- und technischer Überwachung sowie aus allen Aufklärungsbereichen der Bundeswehr zusammengefasst werden, um ein Lagebild für die oberen Führungsebenen bereitstellen zu können. In anderen NATO-Staaten werden die dort

gebündelten Fähigkeiten aber nicht ohne Grund als operativer Militärgheimdienst bezeichnet.

Eine Straffung der Führungsstrukturen im Ministerium und den drei zivilen Bundesbehörden für Beschaffung, Personal und Infrastruktur ist zudem geplant. Außer Prüfaufträgen mit der Frage, wie diese Verschlankung umgesetzt werden kann, ist bisher wenig über die Umsetzung bekannt. Untersucht wird allerdings, ob dem Generalinspekteur direkt zugeordnete Dienststellen außerhalb des Ministeriums in einem Bundeswehramt und einem Joint Operations/Warfare Centre zusammengefasst werden könnten.²⁷ Dort soll dann auch die jetzt der Führungsakademie zugeschriebene Kompetenz zum Verfassen streitkräftegemeinsamer Doktrin-papiere zugeordnet werden.

Allen Umbauten der Führungsebenen gemeinsam ist, dass die Spitze schmaler werden soll, um Verantwortung weiter auf die unteren Ebenen zu bringen und sie damit zu dezentralisieren.

Im Kriegsfall lässt sich die Schlange nicht gern mit einem Enthauptungsschlag besiegen.

Erhöhung der Einsatzbereitschaft

Auf die Frage eines Journalisten an den Generalinspekteur, ob die Bundeswehr kriegstauglich gemacht werden soll, antwortete dieser: „Wir sind aktuell geplant einsatzbereit. Das heißt, wir planen heute unsere Einsatzklarstände für 2023 innerhalb der NATO“.²⁸ Ziel sei es aber im „Warmstart“, also spontan und ohne lange Vorwarnzeiten, Truppen für mögliche Krisenszenarien bereitstellen zu können. Die Zukunftspläne des Eckpunktepapiers sehen daher vor, alle Einheiten der Bundeswehr in drei Bereitschaftsgraden mit einer Verfügbarkeit zwischen einer Woche und einem Jahr bereitzuhalten.

In der sogenannten *Einsatzphase* müssten die jeweiligen Einheiten innerhalb von sieben bis dreißig Tagen verlegefähig sein. In einer *Phase erhöhter Einsatzbereitschaft* wäre die Verlegefähigkeit in 30 bis 90 Tagen sicherzustellen, während in der *Basisphase* 90 bis 360 Tage für das Erreichen der Einsatzbereitschaft vorgesehen wären.²⁹

In jeder Dimension sollen künftig Einheiten in der kurzfristig verlegbaren Einsatzphase bereitstehen (Division, Air Group, Schiffe oder Cyber Task Force). Die Einheiten, die sich in der Basisphase befinden würden, könnten sich erholen, Personal ausbilden und Material warten. So könnte im Heer mit drei Divisionen beispielsweise immer eine Division in Einsatzbereitschaft versetzt werden.

Die Basisphase mit einer Einsatzbereitschaft von drei Monaten bis einem Jahr würde dann auch die Reserve betreffen, die laut der Strategie der Reserve



Urheber*innen des Eckpunkte-Papiers: Bundeswehr-Generalinspekteur Eberhard Zorn (links) und Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbuer (Mitte). Quelle: Flickr/Bundeswehr/Christian Vierfuß.

von 2020 in den kommenden Jahren auf bis zu 100.000 Dienstposten ausgebaut werden soll.³⁰

Dieser Systematik folgend könnte die gesamte Bundeswehr mit künftig knapp 200.000 aktiven Soldat*innen und fast 100.000 Reservist*innen im planerischen Idealfall innerhalb von drei Monaten aus den Kasernen ausrücken. Dieses Zahlenspiel macht klar, mit welchen Einsatzszenarien im Verteidigungsministerium mittlerweile wieder hantiert wird.

Truppe und Material aus einer Hand

Über die bereits beschriebenen Umbauten in den Dimensionen hinaus wird zudem geprüft, ob auch die Materialverantwortung für die jeweilige Ausrüstung und Waffensysteme an die Dimensionskommandos zurückgegeben werden kann, nachdem sie 2012, unter dem Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw), zentralisiert und Teile der Instandsetzung privatisiert wurden. Jetzt steht die Idee im Raum in jedem Dimensionskommando ein Systemhaus einzurichten, welches sowohl für die administrative Materialverantwortung, Teile der Basislogistik und der Instandsetzung, als auch für die zuvor in den Warfare Centre zusammengefassten Aufgaben verantwortlich wäre.³¹ Das BAAINBw würde dann nur noch den Beschaffungsprozess zentral managen.

Die Zusammenführung von Konzeption und Materialverantwortung unter militärischer Hand, gepaart mit einer engen Kooperation mit Beschaffungsbürokratie

und Rüstungsindustrie, sind der Stoff, aus dem sich bei entsprechender Finanzierung eine geradezu idealtypische Modernisierungs- und Aufrüstungsstrategie mit der Einführung technischer Neuerungen in kurzen Zyklen realisieren ließe.

Lauwarmer Krieg

Neben den bereits genannten strategischen und organisationsinternen Gründen für die Umstrukturierung der Kommandoebene der Streitkräfte werden die Führungsstrukturen der Bundeswehr zudem an die Strukturen der NATO, der US-Streitkräfte und weiterer Verbündeter angepasst. So soll auch die Kooperation im Bündnis verbessert und das Andocken von kleinen NATO- und EU-Staaten, v.a. aus Ost- und Nordeuropa, an die Bundeswehr erleichtert werden. Die Struktur mit einem nationalen Einsatzführungskommando und den jeweiligen Component Commands der Dimensionen erleichtert zudem Operationen auch außerhalb der NATO im Rahmen der EU, in einer Adhoc-Koalition oder theoretisch sogar im nationalen Alleingang.

Die Aufteilung der Führungsstrukturen in Dimensionen und weitere theoretische Ansätze, die dem Eckpunktepapier offensichtlich zugrunde liegen, wurden allerdings nicht in Berlin oder Bonn erdacht.

Das Konzept der Multi-Domain Operations (mehrdimensionale Operationsführung),³² das sich aktuell in der NATO durchzusetzen scheint, wurde von der US Army entwickelt. Es ist die Modernisierung älterer Konzepte zur verzahnten Zusammenarbeit von Army

und Air Force (Air-Land Operations) aus der Spätphase des letzten Kalten Krieges, das erstmals 1991 während der Operation Desert Storm im Irak angewendet wurde.

Seitdem haben sich Waffensysteme – eigene und gegnerische – massiv weiterentwickelt. Russland und China, auf die das Konzept maßgeblich zielt, haben mit starken Luftverteidigungssystemen, weitreichenden Raketen und Flugkörpern speziell für die Zerstörung von US-Flugzeugträgern neue Fähigkeiten erlangt. Mit diesen Systemen können sie auch unterhalb der Schwelle des Atomkrieges die globale Bewegungsfreiheit von US- und NATO-Truppen signifikant einschränken bzw. glaubhaft mit der Einschränkung drohen. Diese Systeme werden als Anti-Access/Area Denial (A2/AD), also Systeme zur Verweigerung des Zugangs zu einer bestimmten Region, bezeichnet. Daher sollen nach den Plänen der US-Streitkräfte zukünftig nicht nur Land- und Luftkriegsführung, sondern auch die weiteren Dimensionen See, Weltraum und Cyber zu einer eng verwobenen multidimensionalen Gefechtsführung verschmelzen.

Damit würde es möglich werden, so die Theorie, einen gleichstarken oder sogar stärkeren Gegner in allen fünf Dimensionen herauszufordern, um so Lücken in mindestens einer Dimension ausnutzen zu können. Diese Lücke würde dann für kurze Zeitfenster den Raum eröffnen, um dort zuzuschlagen und damit auch die Bewegungsfreiheit in weiteren Dimensionen zu erzwingen, bis die gegnerische Abwehr zusammenbricht. Dafür braucht es allerdings Strukturen, in denen auch die unteren Führungsebenen schnell, eigenständig und multidimensional vernetzt agieren können. Die Einsatzbereitschaft entsprechender Einheiten in den US-Streitkräften ist für 2028 geplant.

Auch im Eckpunkt Papier heißt es: „Konflikte werden künftig über alle Dimensionen [...] hinweg geführt und entschieden, mit einem schnellen Wechsel des Schwerpunktes und dabei häufig mit hybriden Maßnahmen an der Schnittstelle Frieden-Krise-Krieg gezielt überlagert und verschleiert.“³³ Die von der Bundeswehr bereitgestellten Kräfte müssten daher „rasch und bruchfrei dimensionsübergreifend agieren und im gesamten Spektrum der Dimensionen zeitgleich bestehen können.“ Zudem wäre die „Durchsetzungsfähigkeit gegen vorhandene gegnerische ‚Anti-Access/Area Denial (A2/AD)‘ Architekturen“ von besonderer Bedeutung. Daher sei „eine hohe Einsatzbereitschaft bereits in Friedenszeiten“ unabdingbar.

So sehr sich die vorherigen Aussagen in das Konzept der Multi-Domain Operations einfügen, passt der Begriff der Friedenszeiten überhaupt nicht dazu. Laut der reinen Lehre von General Perkins, der als Erfinder des Konzepts gilt, gibt es nur Phasen der Konkurrenz und der offenen Konfrontation. Friedenszeiten sind

in dieser Denke quasi ausgeschlossen, weil es permanent vonnöten sei, die feindlichen Systeme auszuspähen und zu testen. Sei es durch verdeckte und offene Cyberangriffe, durch Überflüge von Kampf- und Aufklärungsflugzeugen entlang der gegnerischen Linien oder das Kreuzen von Schiffen durch Seegebiete, die vom Gegner als eigenes Territorium angesehen werden. Wer die Phase der Konkurrenz nicht nutzt, verliert in der Phase der Konfrontation. Ziel sei es aber, in der Phase der Konfrontation schnell die Oberhand zu gewinnen, um damit die Bürde der weiteren Eskalation auf die nächsthöhere Stufe (im Extremfall bis zum Atomschlag) dem Gegner zuzuschieben. Im Idealfall könne so unter den eigenen Bedingungen in die nächste Phase der Konkurrenz eingetreten werden.

Auf der Land-Warfare Conference 2018 in London, sprach der deutsche General Leidenberger, der von Perkins als guter Freund bezeichnet wird, mit besonderem Blick auf Cyberattacken davon, dass Deutschland sich bereits in einem „lukewarm war“ (dt. lauwarmen Krieg)³⁴ befinde. Die politische Klasse sei allerdings nicht bereit, diese Realitätswahrnehmung zu teilen. Nachdem Leidenberger die Bundeswehr im Streit mit der damaligen Verteidigungsministerin von der Leyen verlassen hat, scheinen seine Ansichten unter der aktuellen Spitze des Verteidigungsministeriums weitaus mehr Gehör gefunden zu haben.

Forderungen ans Parlament

Neben den wegweisenden Punkten des Eckpunkt-Papiers, stellen Zorn und Kramp-Karrenbauer weitere politische Forderungen in Richtung Parlament und künftiger Regierung. So fordern sie erneut die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates und die Verabschiedung eines Bundeswehrplanungsgesetzes.

Der Nationale Sicherheitsrat soll nach ihrer Vorstellung „für ein umfassendes Lagebild und abgestimmte Handlungsoptionen“ der Regierung sorgen. „Insgesamt könnte ein solcher Nationaler Sicherheitsrat somit die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers zur Verbesserung der strategischen Koordinierung, zur Erhöhung der operativen Führungsfähigkeit und zur ressortübergreifenden Koordination in Krisenlagen effektiv nutzen.“³⁵ Damit würde eine Art regelmäßig tagendes Kriegskabinett, bestehend aus ausgewählten Minister*innen entstehen, das über die Richtlinienkompetenz des/der Kanzler*in auch strittige sicherheitspolitische Entscheidungen auf Grundlage geheimer Informationen in der eigenen Regierungskoalition durchdrücken könnte.

Zudem befürworten die Ministerin und der Generalinspekteur „ein Bundeswehrplanungsgesetz, das einen parlamentarisch beschlossenen und damit verbindli-

chere langfristigen Planungsrahmen als die bestehenden Finanzpläne der Bundesregierung bietet.“³⁶ Damit solle gewährleistet werden, dass die Sicherheit als gesamtstaatliche Aufgabe „weniger von konjunkturellen Schwankungen und kurzfristigen Änderungen politischer Stimmungsbilder abhängt.“ Damit würde der „Rahmen für einen langfristigen und garantierten Anstieg des Verteidigungshaushalts“ gesetzt, um dann abgesichert, aber zugleich flexibel investieren zu können. Ein Bundeswehrplanungsgesetz wäre somit eine Selbstentmachtung des Parlaments, das – neben der Abstimmung über Einsatzmandate – über die Finanzhoheit den größten Einfluss auf die Bundeswehr ausüben kann. Es käme einer Art umgekehrten Politik der schwarzen Null gleich. Eine Garantie dafür, dass über längere Phasen unabhängig von lästigen Wahlen und politischen Debatten Gelder fließen – ein antidemokratischer Offenbarungseid.

Während die Strukturen der Bundeswehr, als Konsequenz aus dem Eckpunktepapier, also bereits vor der Bundestagswahl für den Kalten Krieg 2.0 fit gemacht werden, bleibt nur zu hoffen, dass nicht auch die künftige Regierung und der nächste Bundestag voll auf diese Forderungen nach finanziell und politisch abgesicherter militärischer Machtpolitik und Kriegsvorbereitung einsteigen.

Anmerkungen

- 1 Bundesministerium der Verteidigung, Bundesministerin und Generalinspekteur: Eckpunkte für die Bundeswehr der Zukunft (Eckpunktepapier), 18.5.2021, [bmvg.de](https://www.bmvg.de).
- 2 Ebd., Seite 5.
- 3 Spiegel, Konstantin von Hammerstein und Matthias Gebauer: Ein Reförmchen, das niemandem wehtut, 18.5.2021, [spiegel.de](https://www.spiegel.de).
- 4 Tagesschau: Kramp-Karrenbauer zur Bundeswehr-Strukturreform, 18.5.2021, via [youtube.com](https://www.youtube.com).
- 5 Ebd.
- 6 Informationsstelle Militarisierung, Michael Haid: Darstellung der neuen strategischen Grundlagen der Bundeswehr im 21. Jahrhundert, Tübingen, Juni 2002, [imi-online.de](https://www.imi-online.de)
- 7 Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner: Krieg trotz Kassenlage: De Maizieres „Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr“, 19.5.2011, [imi-online.de](https://www.imi-online.de)
- 8 Tagesschau: Kramp-Karrenbauer zur Bundeswehr-Strukturreform, 18.5.2021, via [youtube.com](https://www.youtube.com).
- 9 Eckpunktepapier, Seite 4 und 5.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Tagesschau: Kramp-Karrenbauer zur Bundeswehr-Strukturreform, 18.5.2021, via [youtube.com](https://www.youtube.com).
- 13 Eckpunktepapier, Seite 8-9.
- 14 Ebd.

- 15 Ebd.
- 16 Ebd.
- 17 Eckpunktepapier, Seite 5 und 6.
- 18 Eckpunktepapier, Seite 14
- 19 Eckpunktepapier, Seite 8.
- 20 Informationsstelle Militarisierung, Martin Kirsch: Reserve für die Heimatfront, Freiwilliger Wehrdienst im Heimatschutz, 12.5.2021, [imi-online.de](https://www.imi-online.de).
- 21 Informationsstelle Militarisierung, Claudia Haydt: Der Krieg und seine Logistik: Defender 2020. Europäisches Mega-Militärmanöver mit starker deutscher Beteiligung, 22.5.2019, [imi-online.de](https://www.imi-online.de)
- 22 Ausbildungs- und Führungskommando, sowie Truppensteller für die Aufgaben der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit in den (Auslands)Einsätzen.
- 23 Eckpunktepapier, Seite 15 und 27.
- 24 Behörden Spiegel, Dorthree Frank: Das neue Weltraumkommando der Bundeswehr, 14.7.2021, [behoerden-spiegel.de](https://www.behoerden-spiegel.de).
- 25 Eckpunktepapier, Seite 15 und 16.
- 26 Eckpunktepapier, Seite 16 und 27.
- 27 Eckpunktepapier, Seite 14 und 18.
- 28 Tagesschau: Kramp-Karrenbauer zur Bundeswehr-Strukturreform, 18.5.2021, via [youtube.com](https://www.youtube.com).
- 29 Eckpunktepapier, Seite 18 und 19.
- 30 Informationsstelle Militarisierung, Martin Kirsch: Vision Reserve 2032+ - Zurück in die Zukunft eines neuen Kalten Krieges, 17.2.2021, [imi-online.de](https://www.imi-online.de).
- 31 Eckpunktepapier, Seite 15 und 16.
- 32 Congressional Research Service: Defense Primer - Army Multi-Domain Operations (MDO), 22. April 2021, fas.org. und U.S. Army: TRADOC Pamphlet 525-3-1 – The U.S. Army in Multi Domain Operations in 2028, 6.12.2018, api.army.mil.
- 33 Eckpunktepapier, Seite 7.
- 34 RUSI Land Warfare Conference 2018, Generalleutnant Leidenberger: How will allies manoeuvre beyond 2025?, 21.6.2018, via [youtube.com](https://www.youtube.com).
- 35 Eckpunktepapier, Seite 25 und 26.
- 36 Eckpunktepapier, Seite 26.



Digitalisierung und KI bei der Bundeswehr

Einige Schlaglichter

von Christoph Marischka

Der folgende Standpunkt basiert auf einer Rede im Rahmen einer Kundgebung gegen das Cyber Valley in Tübingen. Er erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Repräsentativität. Vielmehr sind die Beispiele aufgrund ihrer Bezüge zum Cyber Valley und zu Tübingen ausgewählt. So sind am Cyber Valley u.a. Bosch und – mittelbar – auch SAP beteiligt, Atos hat sich durch die Übernahme eines Startups eine Niederlassung in Tübingen erschlossen. Auch die genannten Projekte im Rahmen der „Smart Solutions Challenge“ orientieren sich an den Forschungsschwerpunkten des Cyber Valleys – der Bilderkennung und dem maschinellen Lernen – sowie an den „4D-Ganzkörpercannern“, die im Max-Planck-Institut für Intelligente Systeme bereits vorhanden und im unmittelbar benachbarten Amazon-Forschungszentrum für maschinelles Lernen vorgesehen sind.

Cyberagentur: Forschungsmanagement

Die Digitalisierung der Bundeswehr wird auf verschiedenen Ebenen vorangetrieben. Eine der aktuellsten Entwicklungen hierzu ist sicherlich der Aufbau einer sog. „Cyberagentur“ im Raum Halle/Leipzig, die sich explizit an der Forschungsagentur des Pentagon, DARPA, orientieren soll. Gegründet wurde sie als bundeseigene GmbH offiziell bereits im Juni 2020, hat aber bis heute nur wenige Stellen besetzt. Künftig soll sie mit gut hundert Mitarbeiter*innen, einem Budget von 350 Mio. Euro bis 2023 und nach Möglichkeit mehreren Außenstellen an den wichtigsten Forschungsstandorten bundesweit sicherheitspolitisch relevante Themen „identifizieren“, entsprechende Forschung „stimulieren“, „koordinieren“ und „beauftragen“. „Wir managen also den Forschungsprozess“, so der Leiter der bundeseigenen GmbH, Christoph Igel.¹ An anderer Stelle wird beschrieben, wie diese Themen identifiziert und in die Wissenschaft hineingetragen werden sollen: „Sicherheitsbehörden und Institutionen des Bundes wie

Bundespolizei, Bundesnachrichtendienst (BND), der militärische Abschirmdienst (MAD), der Verfassungsschutz (VS) oder auch Teile der deutschen Streitkräfte können auf diese Agentur mit Forschungsfragen zugehen. Die Agentur versucht dann wiederum mit diesen Fragen auf Forscher*innenteams zuzugehen und mit Forschungsinstituten zusammenzuarbeiten [...]“.²

CIH: Buhlen um die Gründerszene

Andere Möglichkeiten, militärische Bedürfnisse und Anwendungen für neue Technologien zu identifizieren, lotet der Cyber Innovation Hub (CIHBw) der Bundeswehr aus. Dieser wurde bereits 2017 eingerichtet und hat eine Fabriketage in Berlin-Moabit bezogen. Ziel ist es hier, eine Schnittstelle zwischen der sog. „Gründerszene“ einschließlich Kapitalgebern und dem Militär herzustellen, um die Innovationsfähigkeit der erstgenannten für die Bundeswehr nutzbar zu machen. Hierzu müssen Brücken zwischen Kulturen gebaut werden: Hier treffen in betont lässiger Atmosphäre zwischen Palettenstapeln, Designerstühlen und Flipcharts Uniformierte auf extravagant gekleidete junge Entrepreneure, um Geschäftsideen zu entwickeln. Eine Veranstaltungsreihe des CIHBw nennt sich Smart Solutions Challenge und wurde im Frühjahr 2021 zum zweiten Mal in Kooperation mit den Bundeswehr-Hochschulen München und Hamburg durchgeführt. Dabei waren Angehörige von Bundeswehr und Mitarbeiter*innen des BMVg aufgerufen, „innovative Problemlösungen für die Bundeswehr“ vorzuschlagen.³ 82 Ideen kamen so zusammen, unter denen die Veranstalter „elf Projekte von insgesamt 23 Intrapreneuren“ auswählten. Diese „Intrapreneure“ wurden dann vom CIH „für ihren ‚Pitch gecocht‘, also für die Vorstellung ihres Projektes fit gemacht, mit dem Ziel, die Jurorinnen und Juroren für sich zu gewinnen“. Am 17. März dann fand die Präsentation der Projekte vor einer Jury statt, deren Angehörige „aus verschiedenen Bereichen der Bundes-



Screenshot der Fire Weaver Präsentation auf der Homepage von Rafael. Quelle: Rafael.

wehr und der zivilen Wirtschaft“ stammen.⁴ Von Seiten der Wirtschaft waren dabei Vertreter*innen von SAP, Bosch und der Wagniskapitalfirma Project A beteiligt.

Die Übersicht über die elf Projekte in der engeren Auswahl gibt eine Ahnung über die Bandbreite, in der Künstliche Intelligenz und Digitalisierung für die Streitkräfte – tw. auch in Detailfragen – von Interesse sein können. So ging es in einem Vorschlag um die Entwicklung einer neuen Software zur Krisenanalyse: „Sie analysiert komplexe soziale, wirtschaftliche und politische Dynamiken und erkennt sich anbahnende Krisen, schon bevor sie außer Kontrolle geraten. Mit Methoden der Künstlichen Intelligenz erfasst sie hunderte Millionen Daten weltweit, erkennt Muster und zeigt mögliche künftige Entwicklungen auf“.⁵

Ein weiterer Vorschlag zielte auf die Entwicklung eines „digitalen Schießtrainers“ ab, denn – so die Kurzbeschreibung – „[d]er Dienst an der Waffe gehört zum festen Repertoire jedes Soldaten und jeder Soldatin“: „Der digitale Schießtrainer analysiert dabei den Schützen beziehungsweise die Schützin und liefert wertvolle Erkenntnisse: Wie hält er oder sie die Waffe? Wie ist das ‚Schießgestell‘, also die Körperhaltung? Wie werden die Schüsse abgegeben und wo treffen sie die Zielscheibe? Der digitale Schießtrainer wertet alle diese Daten aus, gleicht sie mit Vorgaben beispielsweise zur Körperhaltung ab und gibt Empfehlungen an die Schützen“.⁶

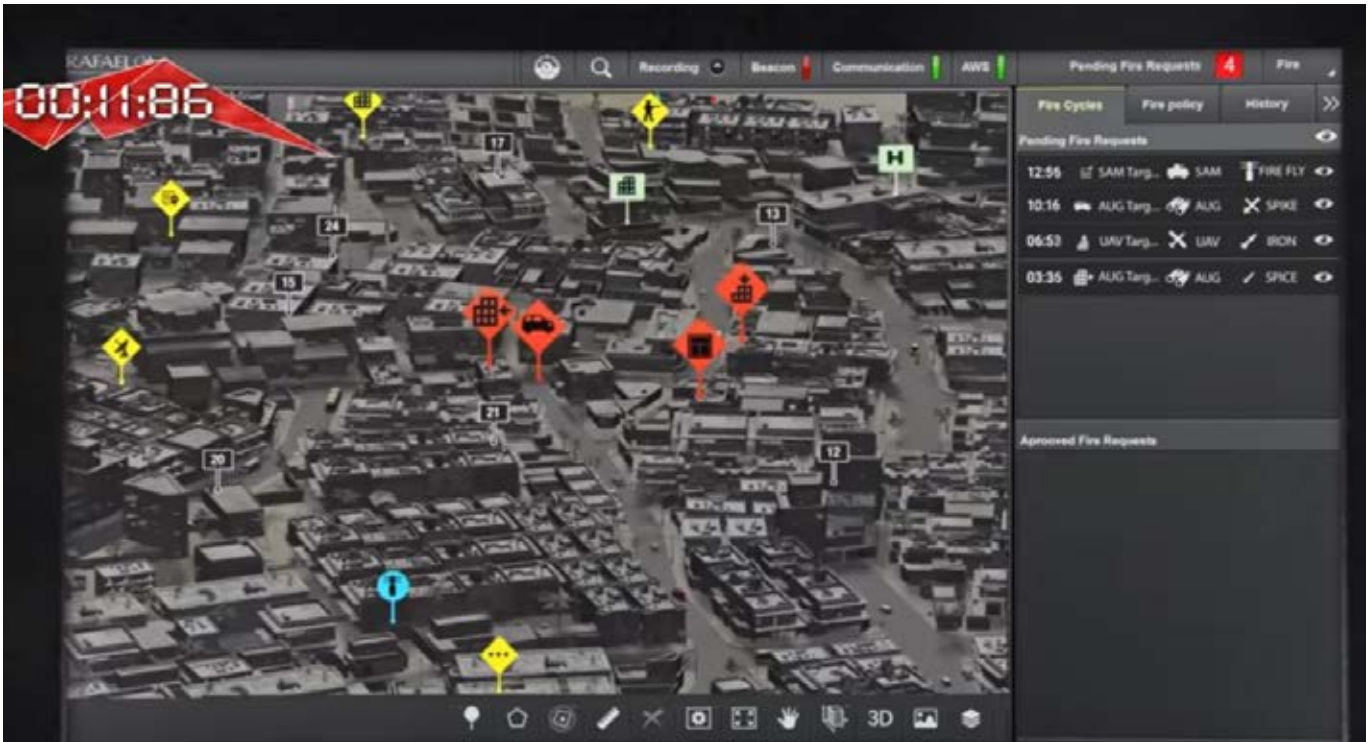
Auch „Tarnung gehört zu den militärischen Grundfähigkeiten“, so eine weitere Projektbeschreibung, die auch in diesem Bereich neue Technologien nutzbar machen will. „Dafür braucht man Tarnmuster, die optimal an die Umgebung angepasst sind. Der Tarnmuster-

Generator erzeugt mithilfe maschinellen Lernens neue Tarnmuster, gleicht sie mit verschiedenen Umgebungen und Lichtverhältnissen ab und optimiert sie iterativ“. Ein anderer Vorschlag stellt fest: „Die Instandhaltung von Marineschiffen und -booten erfordert hohen Aufwand. Nicht anders ist es bei Kampfflugzeugen. Mit dem Korrosionsdetektor und seiner künstlich intelligenten Bilderkennung lassen sich bereits frühzeitig erste Spuren von Schäden erkennen“.⁷

Kurz vor dem Einsatz

Während es sich hierbei also teilweise eher um Detaillösungen handelt, die erst noch entwickelt werden sollen, ist man bei der Digitalisierung und auch beim Einsatz Künstlicher Intelligenz an anderer Stelle schon in der Erprobungs- und kurz vor der Einsatzphase. Am fortgeschrittensten ist dabei wohl das Projekt „gläsernes Gefechtsfeld“, das die BWI aktuell gemeinsam mit dem französischen Unternehmen ATOS bei den Landstreitkräften der Bundeswehr einführt. Prägnant findet dies in einem Beitrag in der Computerwoche seinen Ausdruck, bei dem es sich genau genommen um „sponsored content“, also eine als Artikel getarnte (Stellen-)Anzeige der (ebenfalls bundeseigenen) BWI GmbH handelt – zu der seit Januar 2020 auch der CIHBw gehört. Darin wird erläutert: „Die maximale Vernetzung sowie aktuelle Lagebilder ermöglichen zunehmend ein gläsernes Gefechtsfeld, das die Einsatzführung in ihren Entscheidungen unterstützt. Dafür müssen die eingesetzten Systeme relevante Daten filtern, diese aufbereiten und passend zur jeweiligen Ebene des Gefechtsfeldes verfügbar machen. Mit Hilfe geeigneter Datenauswertung kann das militärische Führungspersonal schneller als der Gegner, angemessen und vor allem präziser agieren“.⁸ Zentrales Element des Programms „Digitalisierung landbasierter Operationen“ (D-LBO) ist eine sog. Battle-Management-Software (BMS). Hier hat man sich für das Produkt FIRE WEAVER des israelischen Rüstungsunternehmens Rafael entschieden, das v.a. für Spezialkräfte entwickelt wurde und durch die israelischen Streitkräfte wohl auch schon angewendet wird.

Der auf polizeiliche und militärische Spezialkräfte ausgerichtete Blog Spartanat berichtet derart schwärmerisch über dessen Fähigkeiten, dass auch hier die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden sollte, dass es sich um sponsored content handelt: „FIRE WEAVER bietet den taktischen Streitkräften eine [...] gemeinsame Sprache zwischen allen Sensoren und Schützen, die eine optimale Situationswahrnehmung und ein verbessertes Verständnis des Gefechtsfeldes gewährleistet. Ziele [...], empfindliche Standorte und andere Points of Interest, werden sofort und präzise geteilt und auf der Grundlage von 3D-Modellen mit



Screenshot des Vermarktungsvideos der Software Fire Weaver der Firma Rafael. Hier werden unterschiedliche Angriffsziele markiert, die dann nach der Berechnung durch Algorithmen möglichst „effizient“ angegriffen werden. Quelle: Youtube/RAFAEL Advanced Defense Systems Ltd.

Hilfe der fortschrittlichen Bildverarbeitungstechnologie von RAFAEL auf die Systemvisierelemente übertragen. Dies ermöglicht es den Kämpfern, den genauen Standort des Feindes von jedem Aussichtspunkt und jeder Entfernung aus wahrzunehmen, unabhängig von ihrer eigenen Position. Darüber hinaus nutzt FIRE WEAVER die fortschrittlichen Algorithmen der künstlichen Intelligenz von RAFAEL, verarbeitet die Kampfdaten, analysiert sie und priorisiert die Feuerzuweisung. FIRE WEAVER berechnet den optimalen Schützen für jedes Ziel auf der Grundlage von Parametern wie Standort, Sichtlinie, Wirksamkeit, aktueller Munitionsstatus usw., wobei Kollateralschäden und Friendly Fire unter Berücksichtigung der Einsatzregeln in Echtzeit minimiert werden“.⁹

Dass es sich hierbei auch bei der Bundeswehr nicht mehr nur um Zukunftsmusik handelt, sondern entsprechende Technologien schon bald an der Grenze zu Russland zum Einsatz kommen sollen, beschreibt wiederum die BWI GmbH in ihrer o.g. Stellenanzeige in der Computerwoche: „Das für die Bundeswehr ausgewählte Führungssystem BMS [Battle Management System] wird im Rahmen der NATO-Eingreiftruppe ‚Very High Readiness Joint Task Force (Land) 2023‘ zum Einsatz kommen. Die BWI übernimmt für die Bundeswehr die IT-Serviceentwicklung, den Rollout der Software und den Betrieb der Services“.¹⁰

Anmerkungen

- 1 Von Theologen bis Hacker: Wen die neue Cyberagentur in Leipzig-Halle sucht, [dnn.de](https://www.dnn.de), 21.9.2020.
- 2 Tristan Kühn: Neue Cyberagentur zieht in Raum Leipzig, [radiomephisto.de](https://www.radiomephisto.de), 21.6.2020
- 3 Aus der Truppe für die Truppe, [behörden-spiegel.de](https://www.behörden-spiegel.de), 25.3.2021.
- 4 Smart Solutions: So innovativ ist die Bundeswehr, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de), 15.3.2021.
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
- 8 Die Werbung war hier zu finden: <https://www.computerwoche.de/a/mit-der-ueberlegenheit-von-cyberinformationen-zum-erfolg,3550765>
- 9 Die IDF wählen RAFAELs FIRE WEAVER, [spartanat.com](https://www.spartanat.com), 4.2.2020.
- 10 Die Werbung war hier zu finden: <https://www.computerwoche.de/a/mit-der-ueberlegenheit-von-cyberinformationen-zum-erfolg,3550765>

Geldregen für die Bundeswehr

Hoch gepokert und Milliarden gewonnen

von Jürgen Wagner

Aus den teils ruppigen Auseinandersetzungen um die Finanzierung zahlreicher Rüstungsprojekte ist das Verteidigungsministerium schlussendlich als klarer Sieger hervorgegangen. Ausgemacht war das keineswegs, denn als Ende März 2021 die [Eckwerte des Bundeshaushaltes](#) für 2022 bis 2025 vorgestellt wurden, hielt sich die Begeisterung beim Militär noch in engen Grenzen. Die Eckwerte sahen zwar für das kommende Jahr eine – erneute – Steigerung des Haushalts von aktuell €46,9 Mrd. Euro auf €49,3 Mrd. vor, um danach allerdings wieder abzusinken (2023: €46,32; 2024: €46,16; 2025: €45,73).

Obwohl damit trotz Pandemiefolgen und dergleichen die drastischen Zuwächse der letzten Jahre konsolidiert worden wären – zur Erinnerung: 2014 belief sich das Militärbudget auf aus heutiger Sicht noch bescheidene €32,5 Mrd. –, war das Geschrei und Gezeter des Verteidigungsministeriums groß. Um die Zusagen gegenüber den Verbündeten und die zahlreichen – nicht zuletzt auch politisch gewollten – Rüstungsprojekte finanzieren zu können, reiche das nicht aus, wurde argumentiert.

Auf dieser Basis übermittelte Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer dem Bundestag eine Liste mit Rüstungsprojekten, die der Haushaltsausschuss am 23. Juni 2021 in seiner voraussichtlich letzten Sitzung vor Ende der Legislatur im Hauruckverfahren durchwinken sollte (und es schlussendlich dann auch tat). Ein absolutes Novum war dabei, dass viele davon – darunter so absolute Hochkaräter wie das „Future Combat Air System“ (FCAS) – zwar beantragt, aber mit dem Zusatz versehen wurden, sie seien aus dem Verteidigungshaushalt auf Grundlage der Eckwerteplanung nicht finanzierbar (siehe [IMI-Analyse 2021/23](#)).

Es folgten scharfe Auseinandersetzungen, bis dann am 8. Juni 2021 ein [Tweet](#) von Spiegel-Redakteur Matthias Gebauer meldete, Verteidigungs- und Finanzministerium hätten sich auf fünf Mrd. Euro zusätzlich

geeinigt. Anschließend hieß es bei der [Süddeutschen Zeitung](#), vier Milliarden seien es geworden – weitere Details blieben aber bis jetzt unklar. Nun ist die Katze aber aus dem Sack, der Inhalt des Deals findet sich bei [Augengeradeaus](#). Als Fortschreibung der Eckwerte wurden ebenfalls am 23. Juni 2021 auch der Entwurf des Bundeshaushalts 2022 und die Finanzplanung für die Jahre bis 2025 vom Kabinett beschlossen. Gegenüber den Eckwerten sind darin tatsächlich zusätzliche vier Milliarden Euro Militärausgaben vorgesehen, die sich folgendermaßen verteilen: 2022: €50,33 Mrd. Euro (statt €49,30 Mrd.); 2023: €47,34 Mrd. (statt €46,33 Mrd.); 2024: €47,16 Mrd. (statt €46,15 Mrd.); und 2025: €46,74 Mrd. (statt €45,73 Mrd.).

Das zusätzliche Geld scheint explizit zur Finanzierung der vom Verteidigungsministerium infrage gestellten Rüstungsprojekte gedacht zu sein. Da der Haushaltsausschuss am 23. Juni 2021 Rüstungsprojekte im Umfang von knapp € 20 Mrd. bewilligte, erhöhten sich dadurch auch die finanziell für bestimmte Projekte vorreservierten Teile des Verteidigungshaushaltes – sogenannte („Verpflichtungsermächtigungen“ - erheblich. Allein bis 2025 wären dadurch 11,4 Mrd. Euro fest gebunden, insgesamt sind es über viele Jahre hinweg 24,8 Mrd. Euro. Dadurch würde also der Spielraum einer künftigen Bundesregierung erheblich eingeengt. Da hilft es auch wenig, dass der Bundestag erst unter der neuen Zusammensetzung nach den Wahlen im September über den endgültigen Haushalt 2022 abschließend abstimmen wird – und auch dass die Planung für die Folgejahre 2023 bis 2025 für die neue Regierung so gut wie keine Bindewirkung hat, macht es nicht besser. Denn das Verteidigungsministerium und seine UnterstützerInnen in der Politik haben sich den Ball auf dem argumentativen Spielfeld perfekt zurechtgelegt, um die – ohnehin äußerst moderaten – Kürzungsvorschläge für 2023 bis 2025 wieder einzukassieren (das Spiel üppige Erhöhungen im kommenden Jahr zu beschließen und für die kommenden Jahre Kürzungen anzukündigen,

die dann wieder rückgängig gemacht werden, ist übrigens ohnehin gängige Praxis der letzten Jahre).

Gut gepokert, muss man dem Verteidigungsministerium hier wohl leider zugestehen, eine Einschätzung, die auch eine Reihe militärnahe Beobachter teilen – bei [Augengeradeaus](#) wird der Vorgang etwa folgendermaßen beurteilt: „Damit war die Verteidigungsministerin mit ihren Verhandlungen – oder eher: mit ihrem Pokern? – erfolgreich: Sie hatte dem Haushaltsausschuss des Parlaments angekündigt, mehrere Rüstungsprojekte zur Billigung vorzulegen, auch wenn dafür keine Finanzierung im Haushalt absehbar war. Das hatte unter anderem zu Streit selbst mit Abgeordneten aus der Koalition geführt; letztendlich erhält Kramp-Karrenbauer aber nun nach der Planung für das kommende Jahr das Geld für diese bislang nicht finanzierten langfristigen Projekte. [...] Die entsprechenden Verträge allerdings kann das Verteidigungsministerium schon in diesem Jahr schließen, sobald das Parlament zugestimmt hat – und die haben dann auch Einfluss auf den Spielraum, den ein künftiges Parlament und die künftige Bundesregierung im Verteidigungshaushalt der kommenden Jahre haben.“



In der letzten Haushaltssitzung vor der Wahl wurden unter anderem drei Flottendienstboote 424 für 2,1 Mrd. Euro bewilligt. Hier ein Bild des Vorläufers der Klasse 423. Quelle: Wikimedia/Arcudaki.

Die letzte Woche war eine Woche der traurigen Rekorde. Diese Bundesregierung hat an nur einem Tag 27 neue Rüstungsprojekte durch den Verteidigungs- und Haushaltsausschuss des Bundestages gepeitscht. Diese Rüstungsprojekte haben eine Gesamthöhe von fast 20 Milliarden Euro. Fünf Projekte kosten sogar jeweils mehr als 1 Milliarde Euro. Dazu gehören das Future Combat Air System (FCAS), der Seefernaufklärer P-8A Poseidon, die U-Boote der Klasse 212 Common Design (U212CD), das Überwachungssystem PEGASUS sowie die Nachrüstung des Schützenpanzers PUMA.

Besonders skandalös ist das Future Combat Air System (FCAS), für dessen nächste Entwicklungsphase rund 4,5 Milliarden Euro genehmigt wurden. Der endverhandelte Vertrag liegt noch gar nicht vor. Der Bundesrechnungshof und das Beschaffungamt der Bundeswehr hatten die Vorlage scharf kritisiert. Trotzdem verfolgt das CDU-Verteidigungsministerium unter Annegret Kramp-Karrenbauer das Projekt unbeirrt weiter.

Und das Finanzministerium unter SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz hat grünes Licht gegeben. So konnte und wollte die SPD am Ende das Projekt nicht mehr kippen, obwohl einzelne SPD-Abgeordnete durchaus Bedenken hatten.

Aber sie spielten bei der Entscheidungsfindung keine Rolle. Stattdessen setzte die SPD einen schwachen Maßgabebeschluss durch. So kann das Rüstungsprojekt weitergehen, lediglich für den zweiten Teil der Entwicklungsphase braucht es nochmal eine Zustimmung des Bundestages.

Ein Antrag der LINKEN im Verteidigungsausschuss, FCAS abzusetzen, wurde bezeichnenderweise von allen anderen Fraktionen abgelehnt – auch von den Grünen. Die Grünen machen sich längst startklar für eine Schwarz-Grüne Koalition, ihr sicherheitspolitischer Sprecher Tobias Lindner befürwortet ein neues, gemeinsam europäisch entwickelt Kampfflugzeug. Kritik äußern die Grünen nur am aktuellen Vorgehen des Verteidigungsministeriums bei FCAS, aber nicht grundsätzlich. Aus „übergeordneten politischen Gründen“ sei FCAS „ein sehr bedeutsames Projekt für europäische Zusammenarbeit im Rüstungsbereich“, so Tobias Lindner.

Diese letzte Sitzungswoche vor der Sommerpause zeigt einmal mehr: Der Rüstungssirrsinn muss ein Ende haben, sei es beim FCAS oder bei der Eurodrohne. Abrüstung und eine solidarische Welt, nicht auf europäische Hochrüstung und Rüstungsexporte sind das Gebot der Stunde!

Tobias Pflüger

Eurodrohne und zukünftiges Kampfflugzeug im FCAS

von Marius Pletsch

Kurz vor dem Start der parlamentarischen Sommerpause wurden noch die Mittel für 27 Rüstungsprojekte freigegeben – für insgesamt fast 20 Mrd. Euro. Darunter befand sich auch das umstrittene Kampfflugzeug der nächsten Generation samt Begleitdrohnen im Future Combat Air System (FCAS). Dessen Entwicklungskosten liegen wohl bei mindestens 100 Mrd. Euro und es hat ein geschätztes Gesamtvolumen von 500 Mrd. Euro.

Im FCAS sollen bestehende und kommende Waffensysteme integriert werden. Das FCAS soll viel mehr als nur ein weiteres Waffensystem sein. Es soll ein System der Systeme werden und somit die verschiedenen Teile miteinander vernetzen und für einen ständigen Informationsaustausch zwischen ihnen sorgen: Zwischen den Komponenten des Kernsystems von FCAS, dem sogenannten Next Generation Weapon System (NGWS) – also dem Kampfflugzeug der nächsten Generation (NGF), welches ab 2040 einsatzfähig sein soll und den mit weitgehend autonomen Funktionen ausgestatteten Begleitdrohnen, die Remote Carrier (RC) heißen – den bestehenden Systemen, wie dem A-400M, dem Eurofighter, dem Kampfhubschrauber TIGER, der kommenden Eurodrohne und vielen weiteren. Sie alle sollen Informationen in einer Air Combat Cloud austauschen und die Daten sollen von jenen Stellen geteilt und abgerufen werden können, die sie für die Kriegsführung benötigen. Das kann ein Pilot in einem Kampfflugzeug sein, soll aber nicht nur im Bereich der Waffensysteme zur Luft, sondern der Austausch soll mit allen Systemen zu Land, zu Wasser, in der Luft, im Weltall und im Cyberbereich funktionieren, innerhalb der Bundeswehr und mit den Waffensystemen der EU- und NATO-Verbündeten.¹ Es geht also um hochgradig vernetzte Kriegsführung. Die Eurodrohne hatte bereits im April die parlamentarische Hürde genommen. Die neuesten Entwicklungen bei der Eurodrohne und dem NGWS sollen hier kurz zusammengefasst werden.

Die Eurodrohne

Die Eurodrohne wird von den vier EU-Staaten Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien entwickelt, von der europäischen Rüstungsagentur OCCAR koordiniert und von einem Projekt der europäischen Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) flankiert. Das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) begründete laut Augengeradeaus die Beschaffung gegenüber dem Haushaltsausschuss mit den folgenden Fähigkeitslücken, die geschlossen werden sollen: •Abbildende Aufklärung und Überwachung im Einsatzgebiet, •Signalerfassende luftgestützte Aufklärung im Einsatzgebiet, •Reaktions-schnelle, skalierbare und hochpräzise Wirkung einschließlich Luftnahunterstützung für Bodentruppen im Einsatzgebiet, wenn zu einem späteren Zeitpunkt realisiert.²

Mit der Formulierung „wenn zu einem späteren Zeitpunkt realisiert“ wird auf den politischen Streit um die Bewaffnungsfrage rekurriert. In einem Maßgabenbeschluss des Haushaltsausschusses wird die Beschaffung von Munition sowie die taktische Waffenausbildung untersagt, bis der Haushalts- und Verteidigungsausschuss auf Basis einer neuen Vorlage den Beschluss aufhebt. Die Grundsatzentscheidung, ob Drohnen der Bundeswehr auch bewaffnet eingesetzt werden können, steht noch aus. Die Entscheidung wurde auf die nächste Legislaturperiode vertagt, auch weil sich die Zivilgesellschaft und kritische Stimmen in der SPD zu Wort gemeldet haben. Die SPD möchte sich mit der Frage bis Jahresende in einer eigens dafür gegründeten Kommission auseinandersetzen. Jedoch hat die SPD einem Drohnenprojekt ihren Segen gegeben, das von Stunde null an bewaffnet geplant war.³ Eine nationale Entscheidung gegen eine Bewaffnung wäre zu begrüßen, ändert aber nichts daran, dass man mit den Partnerstaaten Drohnen entwickelt, die bewaffnet eingesetzt werden können und die man auch exportieren wollen/müssen. Das favorisierte



Protestschriftzug gegen FCAS vor der SPD-Parteizentrale in Berlin. Quelle: Wikipedia/Jus1133.

Bewaffnungspaket steht fest und wird aus Brimstone III-Raketen und GBU-49 Gleitbomben bestehen. Die Kosten sind enorm: Deutschland wird insgesamt 21 Drohnen, 12 Bodenk Kontrollstationen und vier verlegfähige Simulatoren beschaffen. Der Haushaltsausschuss hat für die Entwicklung, die Beschaffung und die anfängliche Nutzung der Eurodrohne, die frühestens 2029 ausgeliefert wird, etwa 3,8 Mrd. Euro freigegeben.⁴ Das Gesamtprojekt wird mit 7,6 Mrd. Euro beziffert, der Verteilschlüssel für die Kosten beläuft sich für Deutschland auf 31 Prozent, auf die anderen beteiligten Staaten entfallen je 23 Prozent. Der Preis konnte nur so gedrückt werden, da bei den Verhandlungen der Industrie sehr bei der Frage der Haftung und Gewährleistung entgegengekommen wurde und das Projekt mit den fristgerechten Vertragsabschlüssen für die nächsten Tranchen des Eurofighter und den Phasen für das NGWS im FCAS verknüpft wurde. Wird ein Termin für einen Vertragsabschluss gerissen, fallen Ausgleichszahlungen an, die das Projekt im Nachhinein weiter verteuern können.⁵

Das Next Generation Weapon System (NGWS) im FCAS

Beim NGWS im FCAS läuft derzeit die Phase A1, in der hauptsächlich die Konzeptarbeit für die Demonstration stattfinden soll, abgeschlossen ist diese noch nicht. Die Aufgaben für die kommenden Phasen, A2 (Architektur) und B (Definition), die bis zum Jahr 2027 abgeschlossen sein sollen, wurden zwischen den drei Staaten, bzw. den jeweiligen Rüstungsunternehmen

verteilt auf insgesamt sieben Säulen mit jeweils verschiedenen Verantwortlichkeiten. Frankreich wird die Führung bei dem Kampfflugzeug sowie bei dem Triebwerk haben, Deutschland bei den Remote Carriern und der Air Combat Cloud. Spanien hat den Hut auf bei der Sensortechnik und bei den Technologien, die für eine Reduzierung der Ortbarkeit sorgen sollen. Die siebte Säule, das Schaffen einer Simulationsumgebung und die Koordination zwischen den Säulen übernehmen die drei Unternehmen der drei Staaten, mit den größten Anteilen: Das wäre für Frankreich Dassault Aviation, für Deutschland Airbus D&S und für Spanien Indra. Ansonsten sind folgende Unternehmen aus Deutschland an FCAS, bzw. dem NGWS beteiligt: MTU (Triebwerk), MBDA (RC), das Konsortium Future Combat Mission System (FCMS) (Sensortechnik), aus Hensoldt, Diehl, ESG und Rohde & Schwarz.⁶ Um die Verteilung der Aufgaben wurde bereits ordentlich gestritten. Es ging vor allem um die Rechte am geistigen Eigentum und die Nutzungsrechte für die Technologien, die gemeinsam entwickelt und genutzt werden sollen und um den Bau von Technologiedemonstratoren, also von Flugzeugen, in denen bestimmte Technologien getestet werden sollen. Dassault baut den Demonstrator auf Basis der Rafale, dem jetzigen Mehrzweckkampfflugzeug der französischen Streitkräfte. Dadurch sah sich vor allem die deutsche Industrie im Nachteil. Sie wollte einen eigenen Demonstrator auf Eurofighter-Basis bauen. Daraus wird aber nichts.

Der Verteidigungs- und Haushaltsausschuss billigte die sogenannte 25-Mio. Vorlage für die Phasen 1B und 2 über insgesamt 4,468 Mrd. Euro am 23. Juni 2021, trotz



Postkartenaktion vom Netzwerk Friedenskooperative gegen FCAS. Quelle: friedenskooperative.de.

massiver Kritik aus dem Beschaffungsausschuss der Bundeswehr⁷ und dem Bundesrechnungshof.⁸ Der Haushaltsausschuss fasste aber einen Maßgabenbeschluss, in dem er die Bundesregierung auffordert, einige Bedingungen umzusetzen. Hier einige der zentralen Punkte, wo das BMVg nachliefern, bzw. nachbessern soll: Da noch kein endverhandelter Vertrag vorlag, soll dieser, sobald er steht, nachgereicht werden; es soll perspektivisch eine Parallelität von FCAS und dem kommenden Kampfpanzerprojekt Main Ground Combat System (MGCS) erreicht werden, der auch gemeinsam mit Frankreich entwickelt werden soll und bei dem Deutschland die Führungsrolle innehat; die Bundesregierung wurde aufgefordert, dass die Partnerstaaten und die Industrie auf „erkennbarer Augenhöhe in die Phase 1B eintreten“ und dass die Nutzungsrechte auch projektunabhängig gegeben sind (dies sah eine vorläufige Einigung mit der Industrie im Mai nicht vor). Zuletzt soll vor dem Eintreten in die Phase 2 erneut die Zustimmung vom Haushaltsausschuss eingeholt werden.⁹ Anders als von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer beabsichtigt, gab es also vom Ausschuss keinen Blankocheck bis zum Ende der Phase 2.

Bei der Eurodrohne steht die Finanzierung – nur die Frage der Bewaffnung ist hier noch offen. FCAS, bzw. das NGWS kann in die nächste Phase gehen. Friedenspolitische Kritikpunkte brachten ein offener Brief von KI-Forschenden¹⁰ und eine Postkartenaktion¹¹ vom Netzwerk Friedenskooperative in die Debatte ein. Das Projekt gilt als Too Big to Fail. Doch: Zum einen sind da die internen Streitigkeiten – auch wenn das Projekt politisch gewollt ist, die Projektpartner scheinen sich

nicht über den Weg zu trauen –, zum anderen gab und gibt es viel Kritik an dem Umfang und den enormen unkalkulierbaren finanziellen Risiken des Projekts.¹²

Anmerkungen

- 1 Vgl. Vogel, Dominic (2020): Future Combat Air System: Too Big to Fail. SWP-Aktuell 98, S. 1f.
- 2 Wiegold, Thomas (2021): Bundestag billigt Eurodrohne – für Deutschland erstmal nur unbewaffnet. In: [Augengeradeaus.net](https://www.augengeradeaus.net), 14.4.2021.
- 3 Vgl. Pletsch, Marius (2016): Eine Drohne für Europa. In: imi-online.de, 26.1.2016.
- 4 Vgl. Wagner, Jürgen (2021): Eurodrohne: Milliardengrab mit Ansage beschlossen. In: imi-online.de, 14.4.2021.
- 5 Vgl. Kabisch, Volkmart/Kaul, Martin/Pittelkow, Sebastian (2021): Warnungen vor Kostenexplosion. In: tagesschau.de, 23.3.2021.
- 6 Vgl. BDLI (2020): Das Future Combat Air System
- 7 Vgl. Konstantin von Hammerstein (2021): Deutschlands neues Kampfflugzeug ist veraltet, bevor es abhebt. In: Spiegel.de, 4.6.2021.
- 8 Vgl. Hemmiker, Lorenz (2021): Bundesrechnungshof bemängelt Kampfflugzeugprojekt FCAS. In: faz.net, 19.6.2021.
- 9 Vgl. Wiegold, Thomas (2021): Rüstungsprojekte nehmen erste parlamentarische Hürde – Auflagen für FCAS. In: [Augengeradeaus.net](https://www.augengeradeaus.net), 23.6.2021.
- 10 Vgl. Förster, Jakob/et al. (2021): Europa als Vorreiter für den Frieden statt Nachzügler im Wettrüsten – „Nein“ zu FCAS! In: heise.de/tp, 21.6.2021.
- 11 Siehe: <https://www.friedenskooperative.de/sondernewsletter-fcas-stoppen>
- 12 Vgl. Biermann, Kai/Musharbash, Yassin/Steinhagen, Martin (2021): Bruchlandung? In: Zeit.de, 22.6.2021.

Ungarische Aufrüstungspolitik

Deutschland als zentraler Partner

von Martin Kirsch

Die öffentliche Debatte um die regenbogenfarbene Beleuchtung eines Fußballstadions in München während der Fußballeuropameisterschaft und des EU-Gipfels in Brüssel haben die Aufmerksamkeit auf Ungarn gelenkt. Premierminister Victor Orbán und seine ultrarechte Regierung stehen in der Kritik, weil sie kürzlich ein „Gesetz über Maßnahmen gegen Pädophilie und zum Schutz von Kindern“ auf den Weg gebracht haben, das die Rechte von homo- und transsexuellen Menschen und die Informationsfreiheit in Ungarn massiv einschränkt. Während die Kritik an diesem Gesetz bitternötig ist, steckt die mediale Debatte in Deutschland darüber voller Scheinheiligkeiten. In Berichterstattung und Kommentierung des EU-Gipfels wurde sogar von einem möglichen Ausschluss aus der EU gesprochen. Die Realitäten der deutsch-ungarischen Beziehungen wurden dabei allerdings oft völlig ausgeblendet.

Während sich deutsche Politiker*innen in der Rolle der Verteidiger*innen der Rechte von homo- und transsexuellen Menschen sonnen – unabhängig davon, wie ihre konkrete Politik aussieht¹ –, sind die deutsche Rüstungsindustrie und die Bundeswehr zentrale Partner der ungarischen Armee, die sich aktuell in einem historischen Modernisierungs- und Aufrüstungsprozess befindet.

Zrínyi 2026 - Programm zur Aufrüstung

Seit 2017 betreibt Ungarn ein massives militärisches Aufrüstungsprogramm mit dem Titel „Zrínyi 2026“. Mit einem Neunjahresplan sollen die ungarischen Streitkräfte (Magyar Honvédség) von einer Armee auf dem Stand der Warschauer-Pakt-Staaten in den 1980er Jahren auf das Niveau einer hochmodernen NATO-Armee katapultiert werden. Nach rund 15 Jahren der Schrumpfung soll die Armee wieder um fast 10.000 Soldat*innen auf dann knapp 40.000 anwachsen. Zudem wird aktuell eine Reserve aufgebaut, die künftig 20.000 Dienstposten umfassen soll.

Neben dem Umbau der Führungsstrukturen und der Anpassung der Ausbildung wurden auch diverse Gesetze mit Bezug zum Militär geändert. Darunter auch eine Verschiebung der Befugnisse.

Nach einer durch die „Flüchtlingskrise“ 2015 motivierten Gesetzesänderung von 2017 ist es explizite Aufgabe der ungarischen Armee, auch für den Grenzschutz und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, sprich für Polizeiaufgaben, bereitzustehen.²

Die zusätzlichen Finanzmittel aus der geplanten Verdopplung des Rüstungshaushalts – auch Ungarn strebt das 2%-Ziel der NATO an – sollen maßgeblich in die vollständige Modernisierung des gesamten Materials der Streitkräfte investiert werden. Von der Uniform über Handwaffen und Fahrzeugen bis hin zu Panzern, Flugzeugen und Flugabwehrsystemen soll künftig alles den neuesten NATO-Standards entsprechen. Entscheidender Partner für diese massiven Aufrüstungsbestrebungen, insbesondere im Bereich der Landstreitkräfte, ist Deutschland. 2019 schaffte es Ungarn sogar, auf der Liste der Staaten mit den höchsten Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter aus Deutschland den ersten Platz zu belegen.³

Mit dem Rückenwind des Aufrüstungsprogramms „Zrínyi 2026“ beansprucht Ungarn neben Polen im Norden und Rumänien im Süden zudem eine regionale Führungsrolle unter den NATO-Staaten in Zentraleuropa. So unterzeichneten Kroatien und Ungarn im März 2020 die Absichtserklärung für den Aufbau des Headquarters Multinational Division Central Europe (HQ MND-C).⁴ Das multinationale Divisionshauptquartier mit künftigem Sitz im zentralungarischen Székesfehérvár soll nach einer Aufbauphase, unterstützt durch die Bundeswehr, in die Kommandostrukturen der NATO integriert werden. Zudem ist vorgesehen weitere Partnerationen, voraussichtlich die Slowakei und Slowenien, für das Projekt zu gewinnen.

Diese vier NATO-Staaten und Österreich kooperieren bereits auf einem anderen Feld. Bis 2024 soll ein



218 Exemplare des Schützenpanzers Lynx von Rheinmetall bestellte Ungarn. Quelle: Wikipedia/Shawn Connors.

vollständig einsatzbereites regionales Hauptquartier für Spezialkräfteoperationen (Regional Special Operations Component Command / R-SOCC) entstehen. Ungarn wird dafür sowohl den Kommandeur als auch die Hälfte des nötigen Personals stellen.⁵ Auch für den Aufbau des R-SOCC wird Deutschland neben Polen und den USA von der NATO als wichtiger Mentor genannt.

Aufrüstung mit deutscher Militärtechnik

Für eine Übergabezeremonie reiste der Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Thomas Silberhorn, im Juli 2020 nach Ungarn.⁶ Übergeben wurden die ersten von insgesamt 56 deutschen Leopard 2 Kampfpanzern, die Ungarn 2019 bei der deutschen Rüstungsschmiede Krauss-Maffei Wegmann (KMW) bestellt hatte. Teil des Pakets waren zudem 24 Panzerhaubitzen 2000, die wie die Leopardpanzer ebenfalls von der Bundeswehr genutzt werden.

Seit 2018 sind Rüstungsbestellungen aus Ungarn im Wert von deutlich über vier Milliarden Euro bei deutschen Rüstungskonzernen eingegangen. Darunter der besagte Panzerdeal, eine weitere Bestellung von 218 Schützenpanzern des Typ Lynx von Rheinmetall,⁷ die Order für 20 Hubschrauber des Typs H145M von Airbus Helicopters, die im bayrischen Donauwörth gefertigt werden, sowie weitere kleinere und mittlere Aufträge.

Diverse Rüstungsdeals im Rahmen von „Zrínyi 2026“ gehen damit einher, dass europäische Rüstungs-

firmen Produktionsstätten in Ungarn aufbauen. Die ungarische Regierung will damit neben den Streitkräften auch die heimische Rüstungsindustrie modernisieren.

So verkündete Airbus Helicopters 2019 eine neue Fabrik für Hochpräzisionsteile im ungarischen Gyula aufzubauen.⁸ Rheinmetall hat bereits eine Sektion Rheinmetall Hungary gegründet, die in Kooperation mit dem ungarischen Staat die Produktionskapazitäten für die Herstellung der Schützenpanzer Lynx aufbauen soll. Ebenfalls beteiligt ist Rheinmetall an Weiterentwicklung und Produktion von rund 300 gepanzerten Radfahrzeugen der türkischen Rüstungsfirma Nurol Makina in Ungarn. In der gemeinsam mit Rheinmetall auf Basis türkischer Pläne entwickelten ungarischen Ausführung unter dem Namen Gidrán 4x4 soll das in der türkischen Armee bereits genutzte Militärfahrzeug dann mit deutscher Waffenstation, Sensor- und Funktechnik ausgestattet sein.⁹ Damit sind deutsche Rüstungsunternehmen an einem Großteil der Beschaffungsvorhaben der ungarischen Landstreitkräfte maßgeblich beteiligt.

Zudem unterstützt die Bundeswehr diese Rüstungsdeals aktiv. Aktuell übernimmt die Bundeswehr die Ausbildung ungarischer Soldat*innen an den neuen Gerätschaften. In der ersten Jahreshälfte 2021 waren die künftigen ungarischen Ausbilder für die Panzerhaubitze 2000 gleich zweimal in Deutschland.¹⁰ Im bayerischen Weiden durchliefen sie die deutsche Artillerieausbildung. Auf der Website der Bundeswehr heißt es in einem Artikel dazu: „In der Oberpfalz liegt die Wiege der modernen ungarischen Panzerartillerie.“¹¹

Ein ähnliches Vorgehen ist kurz vor der Lieferung der ersten Leopard-Kampfpanzer in der neuesten Ausführung A7+ auch für die ungarischen Ausbilder der Panzertruppe zu erwarten.

Die Bundeswehr als Aufbauhelfer der modernen ungarischen Streitkräfte

Seit Jahren arbeiten die Bundeswehr und die ungarischen Landstreitkräfte in Auslandseinsätzen intensiv zusammen. In Afghanistan stellte Ungarn die Truppen für einen Stützpunkt (PRT) innerhalb des von der Bundeswehr geführten Regionalkommandos Nord der ISAF-Mission. Bei der aktuell auslaufenden Folgemitmission Resolute Support waren ungarische Soldat*innen ebenfalls in Nordafghanistan unter deutschem Kommando aktiv. Zudem arbeiten deutsche und ungarische Soldat*innen auch in den Einsatzzkontingenten im Kosovo (KFOR), im Irak (NATO-Ausbildungsmission) und in Mali (EUTM) eng zusammen.

Im Rahmen der Aufrüstung in Europa nach den Beschlüssen des NATO-Gipfels in Wales agiert Deutschland seit 2014 zudem als sogenannte Rahmennation innerhalb des transatlantischen Bündnisses.¹² Die Bundeswehr führt und koordiniert Kooperationscluster, die zum Aufbau größerer Truppenstrukturen innerhalb der NATO und zur sogenannten Fähigkeitsentwicklung dienen sollen.

Unter den 20 teilnehmenden Staaten – größtenteils aus Nord-, Zentral- und Südosteuropa – findet sich auch Ungarn, das sich neben vielen kleinen Projekten auch an drei der fünf großen Kooperationsclustern in den Bereichen Luftstreitkräfte (Multinational Air Group), Logistik (Joint Logistic Support Group HQ) und Sanitätsdienst (Multinational Medical Coordination Centre) beteiligt.

„Die Ungarn wollen ihre Streitkräfte modernisieren und streben langfristig eine vollständige Verzahnung mit der Bundeswehr an“¹³, heißt es in einem Bericht der Bundeswehr von 2019. Folgerichtig nimmt Ungarn als erster Kooperationsstaat am Aufbau einer multinationalen Transportfliegerstaffel (Multinational Air Transport Group) teil, die ab 2026 vom bayerischen Lechfeld mit zehn Airbus A400M Transportflugzeuge betrieben werden soll.¹⁴ Außerdem ist das Land in die Bestrebungen eingebunden, eine verlegbare multinationale Rettungsstation einzurichten¹⁵ und führt jährliche gemeinsame Übungen mit der Bundeswehr im Logistikbereich und zur Erhaltung der Fähigkeiten der Pipeline-Pioniere durch.¹⁶

Im Aufgabenspektrum des militärischen Organisationsbereiches Cyber- und Informationsraum existiert kein großes Kooperationscluster der Bundeswehr innerhalb des Rahmennationenprogramms der NATO.

Unter dem Dach der EU (PESCO) baut die Bundeswehr allerdings aktuell ein sogenanntes Cyber and Information Domain Coordination Centre (CIDCC) auf. Unter den ersten drei Partnerationen findet sich neben den etablierten Verbündeten Frankreich und Niederlande auch hier Ungarn.¹⁷

Während eine Marinekooperation aufgrund der geografischen Lage Ungarns entfällt, arbeiten auch die Landstreitkräfte – wenn auch nicht formal unter dem Dach des Rahmennationenkonzepts – eng zusammen. Ein Jahr nach dem Start des Programms „Zrínyi 2026“ ging im Mai 2018 eine förmliche Unterstützungsanfrage der ungarischen Landstreitkräfte beim deutschen Heer ein.¹⁸ Ein Jahr später wurde bei einer Delegationsreise der ungarischen Heeresführung eine deutsch-ungarische Lenkungsgruppe eingerichtet, um die weitere Kooperation zu koordinieren.

Im Februar 2020 fand bereits der zweite Besuch einer hochrangigen ungarischen Delegation in der Offizierschule des Heeres in Dresden statt. In diesem Rahmen äußerte der Dekan der ungarischen Militärakademie, Brigadegeneral Dr. Árpád Pohl: „Die Modernisierung [der ungarischen Streitkräfte] ist ein historischer Sprung. Im Zuge der Neuausrüstung mit überwiegend deutschem Gerät geht es nicht nur darum, diese kennenzulernen, sondern insbesondere die Einsatzgrundsätze von Waffensystemen und Einheiten sowie Denkweisen nachzuvollziehen. Durch Austauschprogramme wollen wir den jungen ungarischen Offizieren Einblicke in die Funktionsweisen im deutschen Heer ermöglichen. Kennenlernen, Erfahrungen sammeln und Miterleben sind die entscheidenden Faktoren“.¹⁹

Ein Gedankenspiel anstelle eines Fazits

In Ungarn finden im Mai 2022 Parlamentswahlen statt. Bereits jetzt haben sich sieben Parteien, darunter Sozialdemokraten, Sozialliberale, Liberale, Grüne und sich als gemäßigt gebende Neofaschisten zu einem Wahlbündnis zusammengeschlossen, um die Wiederwahl von Victor Orbán zu verhindern. Im Frühjahr 2022 heizt sich die gesellschaftliche Stimmung im Wahlkampf weiter auf. Regelmäßig kommt es an den Rändern von Demonstrationen und Kundgebungen zu Auseinandersetzungen zwischen Regierung Anhänger*innen und Oppositionellen. Um gegen die Regierung und das „Gesetz über Maßnahmen gegen Pädophilie und zum Schutz von Kindern“ zu protestieren, rufen ungarische LGBTIQ*-Aktivist*innen noch vor der Wahl zur Budapest Pride Parade auf, die allerdings aufgrund des neuen Gesetzes verboten wird.

Während sich europaweit LGBTIQ*-Aktivist*innen vernetzen, um trotz Verbot zur Pride Parade nach Budapest zu fahren, findet auf dem Land etwa zwei

Autostunden von Budapest entfernt eine erste Betriebsversammlung der künftigen Belegschaft der neuen Rheinmetall-Panzerfabrik statt. Schon in den Tagen vor der Pride Parade werden die Grenzübergänge nach Ungarn verschärft kontrolliert, um die Einreise von Aktivist*innen zu verhindern. Eingesetzt werden für die Kontrollen nicht nur Polizist*innen, sondern auf Grundlage der neuen Befugnisse der Armee, auch Soldat*innen. Zudem droht Orbán im Fall von Einmischungen aus Nachbarländern offen mit einem Bruch mit der EU.

Für den Tag der Pride Parade selbst kommen Regierungsanhänger*innen aus dem ganzen Land nach Budapest, um in der Innenstadt eine Großkundgebung abzuhalten. Auf dem Weg dorthin werden sie durch Straßensperren von Polizei und Militär geleitet, die das Stadtzentrum großflächig abriegeln. In den umliegenden Stadtbezirken finden trotz Verbots kleine Demonstrationen und Kundgebungen von LGBTIQ*-Aktivist*innen statt, die allerdings schnell von der Polizei belagert und aufgelöst werden. In den Fällen, in denen sich Aktivist*innen der Polizei widersetzen, wird schnell die Armee hinzugerufen, um eine entsprechende Drohkulisse aufzubauen. Geleitet wird der Einsatz der Streitkräfte an diesem Tag in Budapest von einem Offizier, der als besonders gut qualifiziert gilt, weil er erst kürzlich eine Fortbildung für den Umgang mit hybriden Bedrohungen an der Offiziersschule des Heeres in Dresden durchlaufen hat.

Während im ZDF eine deutsche LGBTIQ*-Aktivist*in über das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte berichtet, wird in der ARD ein Experte eines sicherheitspolitischen Think Tanks interviewt. Gefragt nach dem unerwarteten Schweigen der Spitzen der deutschen Regierung zur aktuellen Situation in Budapest sagt er: „Bis vor Kurzem sah es ja so aus, als würde Orbán die Wahlen verlieren. Jetzt aber müssen wir die strategische Tragweite der aktuellen Situation bedenken. Es ist inzwischen wieder gut möglich, dass Orbán die Wahl gewinnt. Wenn die Regierung also verhindern will, dass die ersten Reisen von Orbán, sollte er denn gewinnen, nach Moskau und Peking gehen, anstatt nach Berlin und Brüssel, muss jetzt sehr diplomatisch vorgegangen werden.“

Anmerkungen

1 Erst im Mai 2021 wurde die Abschaffung des diskriminierenden Transsexuellengesetzes im Bundestag mit den Stimmen von CDU, SPD und AfD verhindert. Die Abstimmungsergebnisse: Deutscher Bundestag, Namentliche Abstimmung, 19. Mai 2021, Aufhebung des Transsexuellengesetzes und Einführung des Selbstbestimmungsgesetzes (B90/Grüne), [bundestag.de](https://www.bundestag.de).

2 Olivér Balogh: The Importance of the Zrínyi 2026 Defence

and Military Development Program, in: Vojenské rozhledy č. 3/2019, via: www.researchgate.net.

3 Deutschlandfunk Nova: Waffen aus Deutschland – Genehmigte Rüstungsexporte erreichen Rekordwert, 27.12.2019, [deutschlandfunknova.de](https://www.deutschlandfunknova.de).

4 Republika Hrvatska, Ministarvo Orane: Minister Krstičević and Minister Benko sign MU Hq Multinational Division CE, 5.3.2020, morh.hr.

5 NATO: Factsheet – Regional Special Operations Component Command (R-SOCC), February 2021, nato.int.

6 Bundesministerium der Verteidigung, Timo Kather: Kampfpanzer für Ungarn: Übergabe mit Staatssekretär Silberhorn, 28.7.2020, bmvg.de.

7 DefenceNews, Sebastian Sprenger: Hungary is Rheinmetall's launch customer for the Lynx fighting vehicle, 11.9.2020, defensenews.com.

8 Airbus: Airbus Helicopters and Hungarian Government to establish manufacturing site in Gyula, 28.5.2019, airbus.com.

9 Soldat – Technik, Kristóf Nagy: Neues geschütztes Radfahrzeug für die ungarischen Streitkräfte, 23.12.2020, soldat-und-technik.de.

10 Bundeswehr, Mario Hönig: Ausbildung ungarischer Soldaten an der Panzerhaubitze, 29.4.2021, bundeswehr.de.

11 Bundeswehr, Mario Hönig und Karsten Dyba: Ausbildung mit Blitz und Donner, 6.1.2021, bundeswehr.de.

12 Martin Mirsch: Die Osterweiterung der Bundeswehr – Per Heereskooperation auf leisen Sohlen zur deutsch/europäischen Armee?, in: IMI-Ausdruck, Oktober 2019, Seite 8-12, imi-online.de.

13 Presse- und Informationszentrum des Heeres: Deutsch-ungarische Heereszusammenarbeit entwickelt sich, 28.6.2019, via: presseportal.de.

14 Bundeswehr, Stephan Jeglinski: Ungarn und Deutschland starten multinationales Transportprojekt, 17.9.2020, bundeswehr.de.

15 Bundesministerium der Verteidigung: Framework Nations Concept: Multinationales Rettungszentrum, 13.9.2017, bmvg.de.

16 Bundeswehr, Christian Wolf: Gemeinsame Standards zum gemeinsamen Nutzen, 15.4.2021, bundeswehr.de.

17 Bundesministerium der Verteidigung, Claudia Rödel: Cyber and Information Domain Coordination Centre (CIDCC), bmvg.de.

18 Presse- und Informationszentrum des Heeres: Deutsch-ungarische Heereszusammenarbeit entwickelt sich, 28.6.2019, via: presseportal.de.

19 Bundeswehr, Marcus Kornek: Ungarn informieren sich über deutsche Offizierausbildung, 13.2.2020, bundeswehr.de.

Die Profiteure der Hochrüstung der Grenzen

von Christoph Marischka

Das Projekt „Migration Control“ und die Informationsstelle Militarisation haben sich vorgenommen, eine umfassende Liste von Institutionen und v.a. Unternehmen zu erstellen, die von der (technologischen) Hochrüstung der Grenzen profitieren. Eine erste Version mit gut 70 Unternehmen und Forschungseinrichtungen haben wir bereits online veröffentlicht: <https://migration-control.info/bobusi/>. Dabei handelt es sich weder um eine systematische noch erschöpfende Auswahl. Wir hoffen allerdings, diese Liste mit Eurer Hilfe beständig zu erweitern und zu aktualisieren. Falls Ihr uns dabei helfen wollt, bestehen unterschiedliche Möglichkeiten:

1. Ihr könnt uns Firmen und Institutionen nennen, die Eurer Meinung nach noch auf der Liste fehlen. Das könnt Ihr gerne per Mail an contact@migration-control.info machen – und dabei natürlich gerne auch noch einzwei Links angeben, welche die Involvierung des jeweiligen Unternehmens in das Grenzregime dokumentieren. Wir nehmen diese Unternehmen (und Links) dann in eine interne ToDo-Liste auf und versuchen hierzu im Folgenden kurze Texte zu erstellen, damit die Unternehmen in die öffentliche Liste aufgenommen werden können.

2. Noch besser wäre es natürlich, wenn Ihr zu den entsprechenden Unternehmen und Institutionen gleich selber kurze Texte (etwa im Stile der bereits bestehenden) verfasst und ebenfalls an contact@migration-control.info schickt. Wir würden diese dann redaktionell überprüfen und ggf. anpassen und dann in die Liste übernehmen.

3. Ihr könnt uns einzelne Quellen nennen, die Ihr systematisch auswertet, um gleich mehrere Unternehmen zu erfassen und zu beschreiben. Das wäre natürlich eine große Hilfe. Wir würden uns dann darum bemühen, das mit anderen abzustimmen, damit keine doppelte Arbeit entsteht.

4. Ihr könnt uns gerne auf Fehler hinweisen oder Ergänzungen zu den bereits benannten und beschrie-

benen Unternehmen formulieren. Im letzteren Fall kopiert Ihr am besten den bestehenden Text aus der Liste, bearbeitet ihn und schickt uns – wie oben – den ergänzten/korrigierten Text zu.

5. Falls Ihr längerfristig in der Redaktion mitarbeiten wollt, könnt Ihr Euch ebenfalls gerne melden. Für den Herbst planen wir neben einer (Online-)Veranstaltung zur Vorstellung der Liste auch ein (Online-)Treffen, wo wir aufbauend auf ersten Erfahrungen die weitere Redaktionsarbeit ausplanen möchten – dazu würdet Ihr dann natürlich eingeladen.

6. Bisher gibt es die Liste nur in deutscher Sprache. Wenn Ihr Lust habt, einzelne Beiträge auf Englisch und/oder Französisch zu übersetzen und die Liste damit zugänglicher zu machen, freuen wir uns sehr über Eure Unterstützung! Schreibt uns auch dafür gerne eine Mail an: contact@migration-control.info!

Zuletzt: Natürlich könnt Ihr auch sehr gerne diesen Aufruf weiterverbreiten und v.a. auch mit der Liste in ihrem jeweiligen aktuellen Stand arbeiten, z.B. für Kampagnen, Analysen usw. Unten findet Ihr noch den Einleitungstext der aktuellen Liste, wie er auch unter <https://migration-control.info/wiki/border-business/> nachzulesen ist. Auch hier sind wir für Anregungen und Kritik offen.



Korrupt und kriminell

Südafrika und Griechenland: EU-Rüstungskonzerne kaufen Politiker

von Pablo Flock

Es ist schwer, mächtige Menschen und große Konzerne für ihre Vergehen an der Gemeinschaft zur Rechenschaft zu ziehen. Eines der besten Beispiele dafür ist wohl der, sich nun schon Dekaden hinziehende, Prozess gegen Südafrikas Ex-Präsidenten Jacob Zuma und den französischen Rüstungskonzern Thomson-CSF, der seit dem Jahr 2000 Thales heißt.

Schon 1999, damals als Vizepräsident unter Thabo Mbeki, soll Zuma über seinen finanziellen Berater und Gläubiger Schabir Shaik Schmiergelder angenommen und im Gegenzug dem französischen Waffenproduzenten Thomson-CSF zu einem milliarden-schweren Rüstungsdeal verholfen haben. Zu dieser Zeit war Schabirs Bruder, Chibby Shaik, im Verteidigungsministerium für die Anschaffungen zuständig. Schabir Shaiks eigene Firma Nkobi war als Juniorpartner mit Thomson-CSF an African Defence Systems (ADS) beteiligt, welches die Ausschreibung für die Ausstattung mehrerer aus Deutschland stammenden Korvetten (Kriegsschiffe) gewann. Zuma war hoch bei Shaik verschuldet – der ihm die Schulden in dieser Zeit, neben weiteren Zahlungen, erließ.

Shaik wurde 2005 in dieser Sache zu 15 Jahren Haft verurteilt. Zuma musste zwar von seinem Mandat im Parlament und als Vorsitzender der Partei African National Congress (ANC) abtreten, und wurde von Thabo Mbeki von seiner Vizepräsidenten-Stelle entlassen, wurde jedoch nicht verurteilt. Sein Prozess wurde immer wieder verschoben, bis er 2008, nur wenige Wochen vor der Wahl, aus der er als neuer Präsident Südafrikas hervorging, aus Verfahrensgründen eingestellt wurde. Der Richter beschuldigte dabei Zumas Vorgänger Mbeki, ohne jegliche Begründung, der politischen Verschwörung gegen Zuma.

Die Klagen gegen Zuma, mittlerweile Präsident des ANCs und aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat, wurden noch ein weiteres mal wieder hergestellt und dann doch wieder eingestellt. Nachdem Zuma schon 2005 von einer Vergewaltigungsklage der Tochter

eines langen politischen Weggefährten freigesprochen war, war er somit frei zur Kandidatur für das höchste Amt des Landes. Noch kurz vor der Wahl wurde Shaik nach nur zwei seiner 15 Haftjahre aus gesundheitlichen Gründen, aber entgegen der Empfehlungen seiner Ärzte, entlassen – Gerüchten zufolge auf Anordnung Zumas, der eine Begnadigung im Falle seines Wahlgewinns öffentlich in Aussicht gestellt hatte.

Immune Amtsträger und begnadigte Beihelfer

Das juristische Katz-und-Maus-Spiel pausierte für ein paar Jahre während Zumas Präsidentschaft, aber nahm zum Ende seiner zweiten Amtszeit wieder Fahrt auf, nachdem die Zeitung Sunday Times neue investigative Erkenntnisse hervorbrachte, denen zufolge die Finanzierung Zumas und anderer ANC-Politiker durch Thales keinesfalls mit dem Abschluss des Korvetten-Deals beendet war. Auch danach soll Zuma jährlich mit einer halben Millionen Rand (nach heutigem Kurs ca. 30 000 Euro), hunderten von Extrazahlungen und einer weiteren Millionen-Spende für den ANC für den Schutz vor juristischer Aufarbeitung und weitere Regierungsaufträge geschmiert worden sein. Der französische Konzern soll zudem für Luxusausflüge nach Europa und weltweite Reisen gezahlt haben, wie die Gerichtsakten eines Prozesses wegen ausstehenden Zahlungen zwischen Thales' südafrikanischer Tochtergesellschaft Thint und dessen ehemaligen „Fixers“ Ajay Sooklal belegen. Thales bekam in den 2000er Jahren noch mindestens einen Auftrag in Höhe von etwa 100 Mio. Rand für ein Bahnticket-System und einen weiteren Auftrag (95 Mio. Rand) für die Instandhaltung eines Flugverkehrskontrollsystems.¹

Zuma überlebte mehrere Misstrauensvota im Parlament, wurde jedoch 2018 von der Parteispitze von seinem Posten gerufen, nachdem er nach weiteren Korruptionsskandalen, zum Beispiel dem Ausbau seiner Villa auf Staatskosten und einem Selbstbereichungs-

komplex mit den Gupta-Brüdern,² unhaltbar geworden war. Seitdem sieht er sich einer Reihe von Gerichtsverfahren gegenüber. Im Juni 2021 wurde er zudem wegen der Missachtung seiner Aussagepflicht in einer Korruptionsanhörung einer Kommission zu 15 Monaten Haft verurteilt. Die darauf ausbrechenden Proteste seiner Unterstützer in seiner Heimatgegend KwaZulu Natal wurden daraufhin in aller Welt wahrgenommen.

Wenn Zuma und Thales in dem, am 10. August 2021 wiederum aufgeschobenen, Prozess nun verurteilt werden, bringt das jedoch nicht die insgesamt 30 Mrd. Rand (damals rund fünf Milliarden Dollar) zurück, die sich die junge Demokratie eine Modernisierung der Streitkräfte mit Kampfschiffen, Jets, Helikoptern und U-Booten hat kosten lassen – auch nicht zusammen mit den schon gezahlten Strafen anderer mit den damaligen Anschaffungen in Verbindung verurteilter Rüstungsunternehmen, (beispielsweise 400 Mio. Rand von der britischen Rüstungsfirma BAE-Systems).³ Schon damals war der Deal, in einem Land mit einer damals wie heute relativ hohen Armutsrate, schwer umstritten.

Kein afrikanisches Problem

Sowie die Kritik an Zumas kleptokratischem System nicht als kolonial-weiße Kritik der einstigen, gegen die Apartheid gerichtete Befreiungsarmee ANC abgetan werden kann, und die randalierenden Zulu-Anhänger nicht als die gesamte schwarze Bevölkerung missverstanden werden sollten, können solche Korruptionsfälle auf keinen Fall auf ‚afrikanische Verhältnisse‘ reduziert werden. In der zweiten Hälfte der 00‘er Dekade wurden beispielsweise in Griechenland eine Reihe von Rüstungsdeals geschlossen, die dann zwischen 2010 und 2015 zu Anklagen verschiedener – und zum guten Anteil deutscher – Unternehmen führte. So akzeptierte das Unternehmen Rheinmetall Defence Electronics (RDE) im Jahr 2014 Bußgeld in Höhe von mehr als 37 Millionen Euro⁴ in einem Fall, in dem das Unternehmen mit unerlaubten Zahlungen Entscheidungsträger zum Votum für den Kauf eines Flugabwehrsystems für 150 Mio. Euro bewegte.

Auch in einem anderen Deal soll RDE zusammen mit der, später von EADS und ThyssenKrupp übernommen, Firma Atlas Elektronik 9 Mio. Euro an Bestechungsgeldern für teure Extrausrüstung bei der U-Boot-Beschaffung gezahlt haben⁵. Auch dies war nur einer von vielen Korruptionsfällen in dem zwischen 1998 und 2018 abgeschlossenen 1,26-Mrd.-Euro-Deal, in dem vier U-Boote der deutschen Firmen Howaldtswerke-Deutsche Werft, Ferrostaal und ThyssenKrupp angeschafft wurden – und überhaupt im ganzen 17 Mrd. teuren Modernisierungsprogramm der Streitkräfte. Allein im beschriebenen U-Boot-Verkauf

seien von verschiedenen Firmen an verschiedenen Politiker rund 133 Mio. Euro an Schmiergeldern gezahlt worden, so die Monitoring-Plattform für Rüstungskorruption „Corruption Tracker“.⁶ Dies führte auch zu der Verurteilung von hochrangigen Managern von Atlas Elektronik und Ferrostaal und hochrangigen griechischen Politikern inklusive dem ehemaligen Verteidigungsminister Akis Tsochadzopoulos – zumeist jedoch nur zu Bewährungsstrafen.

Geschmierte Eliten rüsten Länder bankrott

Die Zeit setzte diese überdimensionalen, korrupt herbeigeführten Anschaffungen klar mit der, den meisten noch lebhaft in Erinnerung gebliebenen, Krise in Verbindung, die uns den hässlichen Begriff „Pleitegriechen“ hinterließ: „Griechenland hatte zu dieser Zeit gemessen an seiner Wirtschaftsleistung die höchsten Rüstungsausgaben in der Europäischen Union. Dies war einer der Gründe für die enorme Verschuldung des Landes.“⁷ Auch das Wall Street Journal titelte: „Der U-Boot-Deal, der half Griechenland zu versenken.“⁸

Auch hier bringt die wichtige Aufarbeitung solcher Korruptionsfälle und die exemplarische Bestrafung der Entscheidungsträger nicht die Milliarden zurück, die der griechische Staat an die Großmachtvorstellungen in den Generalstäben und die Selbstbereicherung von politischen Entscheidungsträgern verloren hat und die ihm an einem bestimmten Punkt fehlten, um Renten und Solde zu zahlen. Auch die unter dem folgenden Troika-Diktat privatisierte Wasserversorgungen, Häfen und vormals naturbelassene Strände werden damit auch nicht wieder der Bevölkerung und der Natur überlassen.⁹ Das einzige, was hier präventiv helfen kann, ist überdimensionierte Rüstungsprojekte schon frühzeitig mit dem Druck aus der Bevölkerung zu stoppen.



Anmerkungen

- 1 Exposed: How arms dealer Thales bankrolled Zuma. Von Stephan Hofstatter, Mzilikazi wa Afrika, Piet Rampedi und André Jurgens [timeslive.co.za](https://www.timeslive.co.za) 28.9.2014
- 2 In Gupta Brothers Rise and Fall, a Tale of a Sullied ANC. Norimitsu Onishi and Selam Gebrekidan [nytimes.com](https://www.nytimes.com) 22.12.2018
- 3 Jacob Zuma: South Africa's ex-president pleads not guilty for multi-billion dollar arms deal Andrew Harding [bbc.com](https://www.bbc.com) 26.5.2021
- 4 Rheinmetall gesteht Schmiergeldzahlungen ein. [zeit.de](https://www.zeit.de) 10.12.2014

- 5 Corruption at Rheinmetall and Atlas Elektronik? [facing-finance.org](https://www.facing-finance.org) 26.08.2013
- 6 The Greek Submarine Scandal. World peace Foundation [corruption-tracker.org](https://www.corruption-tracker.org) 27.11.2020
- 7 Rheinmetall gesteht Schmiergeldzahlungen ein. [zeit.de](https://www.zeit.de) 10.12.2014
- 8 Im englischen Original: The Submarine Deal That Helped Sink Greece. Christopher Rhoads [wsj.com](https://www.wsj.com) 10.7.2010; ohne Paywall auf [turkishnews.com](https://www.turkishnews.com) einsehbar.
- 9 Beispiele für die Verheerenden Folgen der Privatisierung z.B. auf [europoly.tagesspiegel.de](https://www.europoly.tagesspiegel.de) und in Zerstörung im Namen der Troika. Malte Kreutzfeldt [taz.de](https://www.taz.de) 28.7.2014



Das IMI-Factsheet Rüstung wurde grundsätzlich überarbeitet und das „Prunkstück“ ist jetzt eine ausfaltbare A2-Karte im Innenteil, die einen Überblick über die wichtigsten Rüstungsstandorte in Deutschland geben soll. Die Factsheets können gratis (gegen Porto) im Materialshop der DFG-VK bestellt werden: <https://shop.dfg-vk.de/?product=fact->

Bald werden wir auch das PDF des Factsheets auf imi-online.de einstellen und wir haben für das Ende des Jahres dann auch die Veröffentlichung des zur Karte zugehörigen Verzeichnisses der Rüstungsunternehmen in Form einer Online-Broschüre geplant.

Im neuen Factsheet „Klima & Krieg“, haben wir uns bemüht, wichtige Daten rund um die Thematik bündig und grafisch ansehnlich aufbereitet zusammenzutragen. Es kann auf imi-online.de heruntergeladen werden.

Das Factsheet geben wir zusammen mit den Naturfreunden heraus, über die das Factsheet auch (gerne auch in größeren Stückzahlen) gratis bestellt werden kann:

NaturFreunde Berlin, Paretzer Str. 7, 10713 Berlin
Telefon: 030 810 560 250
E-Mail: info@naturfreunde-berlin.de Freunde

NATO-Agenda 2030

Gipfel der Systemkonkurrenz

von Jürgen Wagner

Am 14. Juni 2021 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der NATO zu ihrem Gipfeltreffen in Brüssel. Auf der Agenda standen eine ganze Menge Dinge, wie allein schon die mit knapp 80 Paragrafen ungewöhnlich lange [Gipfelerklärung](#) bezeugt (das Statement des 2019er Gipfels in London brachte es auf gerade einmal neun Absätze). Während Militäreinsätze im Globalen Süden („Krisenmanagement“) viele Jahre die Agenda des Bündnisses dominierten, rückt nun eine neue Herzensangelegenheit ganz oben auf die Agenda. Der NATO-Gipfel untermauerte einmal mehr, dass sich inzwischen fast alle Planungen auf die immer rabiater ausgetragene Großmachtkonkurrenz mit Russland und zunehmend auch China konzentrieren. Natürlich zeichnet sich diese Entwicklung schon länger ab; mit der Gipfelentscheidung für das kommende Jahr ein neues Strategisches Konzept zu erarbeiten und dafür das Papier „NATO 2030“ als wichtige Richtschnur zu nehmen, drohen sich diese Auseinandersetzungen aber endgültig zum Dauerkonflikt zu verfestigen. Die traurige und gefährliche Botschaft des Gipfels fasste NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in seinem Pressestatement folgendermaßen [zusammen](#): „Die Nato ist eine Allianz von Europa und Nordamerika, aber wir müssen uns an ein globales Sicherheitsumfeld, das immer kompetitiver wird, anpassen. Wir befinden uns in einem Zeitalter des globalen Systemwettbewerbs.“

Von Afghanistan zur Systemkonkurrenz

In gewisser Weise hat es Symbolwirkung, dass die NATO beschlossen hat, in diesem Jahr ihre Truppen aus Afghanistan abzuziehen, geht damit gleichsam doch eine Phase zu Ende, in der derlei Einsätze im Zentrum der Planungen standen. Allerdings geht das NATO-Engagement, wenn auch in deutlich anderer Form, weiter, wie auch in der Gipfelerklärung betont wird: „Der Rückzug unserer Truppen bedeutet nicht

das Ende unserer Beziehungen zu Afghanistan.“ (para. 19) Vor allem werde die NATO „damit fortfahren, den Afghanischen Verteidigungs- und Sicherheitskräften Training und finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen.“ (ebd.) Darüber hinaus haben die USA laut der [Military Times](#) bereits mit Militäreinsätzen und Überwachungsmaßnahmen begonnen, die ihren Ursprung außerhalb der Landesgrenzen haben. So wird der Krieg wohl auf einem deutlich anderen Niveau fortgesetzt. Dennoch ist es sicher nicht übertrieben, im westlichen Truppenabzug eine Art Signal für den endgültigen Übergang in die Phase der Systemkonkurrenz zu erblicken.

Die diesbezüglichen Konflikte nehmen unmittelbar nach den üblichen Einleitungsfloskeln in der NATO-Gipfelerklärung gleich ab Absatz zwei den meisten Raum ein. Die inzwischen vielfach bemühte „regelbasierte internationale Ordnung“, für die sich die NATO als Garant erachtet, sei „bedroht“ (para. 2). Der ehemalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Klaus Naumann, [erklärte](#) bereits vor einiger Zeit, was er – und seine NATO-Kollegen – darunter offiziell verstehen: „Noch wichtiger ist allerdings, dass sich ein Wettstreit zwischen mindestens zwei Weltordnungsmodellen abzeichnet: Da ist einerseits das westliche Modell einer regelbasierten demokratischen Ordnung, in der die Macht der Gesetze die Macht der Mächtigen einhegt und in welcher der Einzelne jenen Schutz genießt, der in der Erklärung der Menschenrechte verankert ist. Und da ist andererseits das chinesische Modell, das Präsident Xi Jinping auf dem letzten Parteikongress als das neue Modell der Weltordnung anpries. [...] Diese beiden Modelle werden miteinander konkurrieren, weil sie aus einem einfachen Grund nicht miteinander in Einklang gebracht werden können: Das westliche Modell verspricht individuelle Freiheit, das chinesische Modell tut dies nicht. Daher steht die Welt am Rande eines neuen globalen Wettstreits, der in erster Linie in Asien stattfinden wird.“

Aus Sicht Russlands und Chinas umfasst diese „regelbasierte Ordnung“ aber vor allem Regeln und Prinzipien, die helfen sollen, die westliche Vormachtstellung zu bewahren, weshalb sie vom Westen auch mit Klauen und Zähnen verteidigt werden soll. „Peking teilt unsere Werte nicht“ [verkündete](#) beispielsweise NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg kurz vor Gipfelbeginn und begründete dies mit der Unterdrückung der Uiguren und der Proteste in Hongkong sowie mit Drohungen gegenüber Taiwan. Sicher ist vieles davon nicht von der Hand zu weisen, andererseits wäre es angebracht, wenn sich der Westen auch zuallererst einmal an die eigene Nase fassen würde, etwa was die Zusammenarbeit mit so lupenreinen Demokraten wie in Saudi-Arabien oder der Türkei oder mit den Putschisten in Mali wie auch mit Islamisten in Syrien anbelangt, um nur einige Beispiele zu nennen. Ganz unabhängig davon dürften ohnehin nicht irgendwelche abstrakten „Werte“ ursächlich für die sich immer weiter verschärfenden Konflikte sein, sondern unterschiedliche sehr handfeste Interessen. Jedenfalls durchzieht die gesamte Abschlusserklärung ein auffällig alarmistischer Ton, wenn es etwa ebenfalls gleich zu Beginn heißt: „Wir sehen uns vielfacher Gefahren und systemischer Konkurrenz von energisch auftretenden Mächten gegenüber.“ (para. 3)

Russland: Gegner und Bedrohung

Endgültig vorbei sind die Zeiten, in denen gegenüber Russland noch halbwegs freundliche Töne angeschlagen wurden: „Unser Verhältnis zu Russland ist so schlecht wie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr“, machte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg schon kurz vor Gipfelbeginn [klar](#). Und obwohl das Bündnis hierfür maßgeblich verantwortlich ist, betonte Stoltenberg selbstredend, dies liege ausschließlich an Russlands „aggressiven Handlungen“. Auch in der Gipfelerklärung selbst wird Russland als Gegner identifiziert: „Russlands aggressives Verhalten stellt eine Bedrohung für die Sicherheit der euro-atlantischen Region dar.“ (para. 3) Es folgen dann Absatz um Absatz lange Aufzählungen, in welchen Bereichen Russland massiv aufgerüstet und ein aggressives Verhalten an den Tag gelegt hätte, weshalb es ein Zurück zur Normalität nicht geben könne (para. 8-12). Besonders wird auf eine Aufrüstung der russischen taktischen und strategischen Atomwaffen abgehoben – hier gelangt man an eine ganz typische Stelle: Nicht alle Kritikpunkte sind aus der Luft gegriffen, aber das, was Russland vorgeworfen wird, sieht gegenüber dem, was der Westen veranstaltet, bei näherer Betrachtung vergleichsweise harmlos aus. So verblasst alles, was Russland im Atomwaffenbereich unternimmt gegenüber

der laufenden „Modernisierung“ der US-Atomwaffen, durch die sie für potenzielle Erstschlagszenarien treffsicherer und durchschlagskräftiger und damit „besser“ einsetzbar werden (siehe [IMI-Analyse](#) 2019/25). Der Kostenpunkt für die nukleare US-Aufrüstung für die Jahre 2021 bis 2030 wurde jüngst vom Congressional Budget Office, einer Art US-Rechnungshof, noch einmal auf nunmehr 634 Mrd. Dollar [nach oben korrigiert](#) – allein bei dieser Summe handelt es sich um mehr als das Zehnfache des gesamten russischen Militärhaushaltes. Viel Schatten und etwas Licht gibt es bei den landgestützten Kurz- und Mittelstreckenraketen, die seit der US-Aufkündigung des INF-Vertrages 2019 ja nicht mehr grundsätzlich verboten sind. Hier wird in der Abschlusserklärung des NATO-Gipfels Russland einmal mehr vorgeworfen, mit der Stationierung von Raketen des Typs 9M729 (SSC-8) den Vertrag bereits vor Aufkündigung verletzt zu haben und deshalb für sein Ende verantwortlich zu sein (para. 46). Das ist aber zumindest umstritten: Russland bestreitet die Vorwürfe – Angebote zur Inspektion wurden vom Westen nicht wahrgenommen (siehe [IMI-Analyse](#) 2019/25). Das außerdem kurz vor Gipfelbeginn erneut unterbreitete russische Angebot für ein Moratorium für die Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa wurde in der Abschlusserklärung erneut mit den Worten, dies sei „nicht glaubwürdig und nicht akzeptabel“ abgelehnt (para. 46). Einer der wenigen Lichtblicke ist die klare Absage an die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen, für die es „keinen Plan“ gäbe (para. 26). Allerdings lässt man mit diesem schon länger verwendeten Sprachgebrauch vermutlich bewusst die Türe offen, konventionelle Mittelstreckenraketen aufzustellen.

Ein letzter Punkt ist überaus auffällig, nämlich dass nun auch sogenannte Hybride Angriffe unterhalb der Schwelle klassischer Kriegshandlungen als mögliche Auslöser eines Bündnisfalles eingestuft werden (para. 31). Vor allem Russland wird häufig solcherlei hybrider Kriegsführung beschuldigt. Der Begriff selbst ist allerdings überaus schwammig und häufig dazugezählte Elemente lassen sich nur schwer bis überhaupt nicht eindeutig einem Staat zuordnen, was es umso problematischer macht, sie in den Bereich zwischenstaatlicher Kriegshandlungen zu rücken (siehe [IMI-Studie](#) 2017/13). Doch genau dies geschieht in der Abschlusserklärung des NATO-Gipfels, wie [Augengeradeaus](#) schreibt: „Sowohl ein hybrider Angriff als auch ein massiver Angriff auf IT- und Kommunikationssysteme, also ein Cyberangriff, wird von den NATO-Mitgliedern als möglicher Bündnisfall gesehen – der dann auch mit konventionellen Waffen beantwortet werden könnte“.

Ohne dass man jede Aktion Russlands schönreden muss, der Alarmismus, den die NATO auf ihrem Gip-



Eingangsbereich beim NATO-Gipfel im Jahr 2021. Quelle: NATO.

feltreffen an den Tag legte, ist fast schon lächerlich – oder ein Fall für den Rechnungshof. Die kurz vor dem Gipfeltreffen noch einmal aktualisierten hauseigenen [Schätzungen](#) gehen für das Jahr 2021 von Militärausgaben der NATO-Mitgliedsstaaten von zusammengekommen 1.174 Mrd. Dollar aus – Russland [brachte](#) es 2020 gerade einmal auf 61,7 Mrd. Dollar!

China: Geografisch-technologische Systemkonkurrenz

Auch China wird in der Abschlusserklärung Beachtung geschenkt – allerdings nimmt es deutlich weniger Raum ein als Russland. Andererseits spielte das Land im bislang letzten Strategischen Konzept von 2010 noch überhaupt keine Rolle und auch in früheren Gipfelerklärungen fand es allenfalls am Rande Erwähnung – das jedenfalls ist nun auch vorbei: „Die selbsterklärten Ambitionen Chinas und sein bestimmtes Auftreten stellen systemische Herausforderungen der regelbasierten internationalen Ordnung und in Gegenden dar, die für die Sicherheit der Allianz wichtig sind.“ (para. 55) Diese Systemkonkurrenz wird inzwischen auf allen möglichen Ebenen ausgetragen, militärisch legt die NATO vor allem Wert auf den Erhalt ihrer technologischen Vorherrschaft: „Wir sind entschlossen, unseren technologischen Vorsprung zu bewahren“ (para. 37). Hier geht es vor allem darum, Forschung in Bereichen neuer Technologien, insbesondere der Künstlichen Intelligenz, zu fördern und für das Militär nutzbar zu machen. Hierfür habe man sich auf einen NATO Innovation Fund verständigt, mit dem Start-ups, die an dual-use und disruptiven Technologien arbeiten, unterstützt werden sollen (para. 6d). Die immense Abhängigkeit

neuer Technologien von Satelliten dürfte dabei mit ein Grund sein, weshalb die NATO auf dem Gipfeltreffen auch den Weltraum zum Beistandsgebiet erklärte (para. 33). Ein Beispiel dafür, wie dies in den Medien berichtet wurde, findet sich bei [tagesschau.de](#): „Darüber hinaus beschloss der Gipfel, dass auch Angriffe im Weltraum die Beistandsklausel nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages auslösen können. Hier ist das Bündnis schon länger besorgt, dass China und Russland, aber auch andere Länder Möglichkeiten zur Beeinträchtigung oder gar Zerstörung von Satelliten getestet haben.“ Der Artikel „versäumt“ es zu erwähnen, dass es Russland und China sind, die seit Jahren den Westen vergeblich auffordern, den Vertrag zur Verhinderung eines Wettrennens im Weltraum (PAROS, „Prevention of an Arms Race in Outer Space“) zu unterzeichnen, der eine Stationierung von Waffen im All kategorisch verbieten würde (siehe [IMI-Analyse](#) 2019/22). Insofern ist dieses Beispiel tatsächlich typisch für die Einseitigkeit, mit der die erklärten Systemkonkurrenten in den deutschen Medien zumeist beschrieben werden.

Geografisch liegt der Schwerpunkt auf der sogenannten indopazifischen Region. Dort haben vor allem die USA, Großbritannien und Frankreich ihre Militärpräsenz mit dem Ziel einer Eindämmung Chinas deutlich ausgebaut – und auch Deutschland will im August eine Fregatte dorthin entsenden (siehe [IMI-Analyse](#) 2020/19). Interessanterweise wurde im Abschlussdokument des Gipfels der Begriff Indo-Pazifik vermieden, der gemeinhin im Zusammenhang westlicher Eindämmungsversuche gegen China Verwendung findet (siehe dazu etwa [SWP-Studie](#) 2020/S09). Stattdessen ist die Rede davon, man werde künftig enger

mit den „asiatisch-pazifischen Partnern“ bei der „Förderung kooperativer Sicherheit und der Unterstützung der regelbasierten Ordnung“ zusammenarbeiten (para. 73). Was das genau bedeuten soll, bleibt aber im Dunkeln bzw. dürfte wohl erst im nächsten Strategischen Konzept klarer werden. Damit folgt die NATO aber in etwa einem Weg, der zum Beispiel vom ehemaligen Leiter der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Karl-Heinz Kamp, mit seiner Forderung nach einem größeren Militäengagement der NATO in Ostasien bereits vor einiger Zeit skizziert wurde. In [Sirius - Zeitschrift für Strategische Analysen](#) schrieb er: „Will die NATO nicht einen großen Teil ihrer Existenzberechtigung verlieren, wird sie ihre geografische Orientierung ebenfalls deutlich ändern und ausweiten müssen. [...] Eine Hinwendung der Nordatlantischen Allianz in Richtung Asien könnte sich in mehreren Stufen und Intensitäten gestalten. Der erste Schritt wäre, dass die NATO mehr Interesse an der Region zeigen und auch als Allianz die Entwicklungen im asiatisch-pazifischen Raum zur Kenntnis nehmen würde. [...] Ein zweiter Schritt würde eine deutlich größere Bereitschaft Europas zu einer fairen Lastenteilung mit den USA hinsichtlich Asien erfordern. [...] Langfristig werden die großen europäischen Staaten allerdings, sofern sich der chinesisch-amerikanische Bilateralismus realisiert, nicht umhinkommen, in einem dritten Schritt ihrerseits Fähigkeiten zur weitreichenden Machtprojektion vor allem im maritimen Bereich aufzubauen. Das gilt nicht nur aus der Perspektive der NATO, sondern auch aus der Sicht der EU, wenn diese ihrem eigenen Anspruch des ‚global Player‘ gerecht werden will.“

Schritt eins ist nun mit dem Gipfeltreffen getan, die Schritte zwei und drei sind in Bearbeitung.

NATO 2030: Geldagenda & Strategisches Konzept

Ungeachtet der riesigen Summen, die die Einzelstaaten in ihre Haushalte pumpen, stehen der NATO selber nur vergleichsweise überschaubare Beträge zur [Verfügung](#): 1,55 Mrd. Euro (Militärhaushalt 2020) und 211 Mio. Euro (Zivilhaushalt 2020). Schon im Vorfeld des Gipfels hieß es, man habe sich auf eine Aufstockung der Eigenmittel verständigt, was dann auch in der Abschlusserklärung bestätigt wurde. Allerdings ist unklar, um welche Beträge es hier gehen soll, das soll erst 2022 festgelegt werden und ab 2023 in Kraft treten (para. 7). Um riesige Summen dürfte es dabei aber ohnehin nicht gehen, wirklich an die Substanz geht es nämlich nicht bei den Eigenmitteln, sondern bei den Ausgaben der Mitgliedsstaaten. Zankapfel ist hier seit Jahren das sog. „Verteidigungsinvestitionsversprechen“ (Defence Investment Pledge) aus dem Jahr 2014. Aus US-Sicht haben sich die Verbündeten darin

darauf verpflichtet, ihre Ausgaben bis 2024 auf 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes anzuheben. Zufrieden notiert hier die Abschlusserklärung des NATO-Gipfels, seit 2014 seien die Militärausgaben der US-Verbündeten jedes Jahr real angestiegen, 10 Staaten würden bereits in diesem Jahr über dem 2%-Ziel liegen, voraussichtlich zwei Drittel dürften es 2024 sein (para. 35). Deutschland liegt mit Ausgaben von 1,53 Prozent (nach NATO-Kriterien) aktuell auf Platz 19, wie [interessierte Kreise](#) vor und nach dem Gipfeltreffen nicht müde wurden zu betonen. Um die Auswirkungen zu verdeutlichen: der offizielle Haushalt belief sich im Jahr 2020 auf 45,2 Mrd. Euro, bei Umsetzung des 2%-Ziels wären es 66,8 Mrd. Euro gewesen. Obwohl dieses Geld dringend für allerlei andere Dinge benötigt wird, schmiss sich nun auch CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet kurz vor dem Gipfel hinter das 2%-Ziel. Bei [tagesschau.de](#) hieß es dazu: „Laschet bekräftigte zudem seine Unterstützung für das Zwei-Prozent-Ziel, mit dem sich die NATO-Staaten verpflichtet haben, darauf hinzuarbeiten, dass sie zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben. ‚Wenn wir international etwas verabredet haben, sollte man sich auch daran halten‘.“ Eine letzte wichtige Entscheidung auf dem Gipfeltreffen betrifft das Strategische Konzept der NATO, mit dessen Aktualisierung der Generalsekretär beauftragt wurde. Es soll auf dem nächsten NATO-Gipfel voraussichtlich 2022 angenommen werden und dürfte viele Aspekte der Systemkonkurrenz vertiefen und verschärfen. Das zumindest steht zu befürchten, nachdem auf dem Gipfeltreffen zugestimmt wurde, dass das Papier „[NATO 2030: United for a New Era](#)“ hierfür als Vorlage dienen soll, in dem der erklärten Systemkonkurrenz große Bedeutung beigemessen wird (para. 5). Dabei handelt es sich um ein von einer vom NATO-Generalsekretär handverlesenen ExpertInnengruppe verfasstes Dokument, an dem unter anderem auch Ex-Verteidigungsminister Thomas de Maizière federführend beteiligt war (siehe [IMI-Analyse](#) 2020/44). Schon bei seiner Erstellung war es als Vorlage für eine künftige NATO-Strategie gedacht, da das alte Konzept von 2010 noch unter dem Eindruck halbwegs freundschaftlicher Beziehungen zu Russland und ganz ohne Erwähnung Chinas abgefasst worden war. Indem das NATO-2030-Papier zur Richtschnur erklärt wurde, dürfte sichergestellt sein, dass sich dies in der Neuauflage ändern dürfte: „Die Welt der NATO wird in den nächsten 10 Jahren anders sein als die, die sie sowohl während des Kalten Krieges als auch in den Jahrzehnten unmittelbar danach bewohnte. Sie wird eine Welt konkurrierender Großmächte sein, in der aggressive autoritäre Staaten mit revisionistischen außenpolitischen Agenden darauf abzielen, ihre Macht und ihren Einfluss auszuweiten.“

Flagge zeigen!

Mit der Fregatte „Bayern“ reiht sich Deutschland in den US-Aufmarsch im Indo-Pazifik ein

von Özlem Alev Demirel und Jürgen Wagner

Am 2. August 2021 nahm die Fregatte „Bayern“ von Wilhelmshaven aus Kurs in Richtung Indo-Pazifik, es hieß, man müsse dort „Flagge zeigen“ (Annegret Kramp-Karrenbauer). Tatsächlich handelt es sich dabei nicht um irgendeine beliebige Rundreise, sondern um ein bewusstes Zeichen, dass auch Deutschland in der sich verschärfenden Großmachtkonkurrenz mit China mitmischen will. Diese Konflikte haben ihre Wurzeln in unterschiedlichen kapitalistischen Ordnungsvorstellungen und knallharten Auseinandersetzungen um Macht und Einflussphären, die aktuell im Indo-Pazifik am intensivsten ausgetragen werden.

Tonangebend sind dabei aber weiter vor allem die USA, die eine gezielte Strategie verfolgen, um China innerhalb der sogenannten ersten Inselkette militärisch blockieren zu können. Schon vor einiger Zeit rief Ursula von der Leyen, damals noch als Verteidigungsministerin, die „Ära der Konkurrenz großer Mächte“ aus, in der sich Deutschland nicht „neutral“ verhalten könne, sondern fest an der Seite der USA stehen müsse.¹ Nachdem sie den Stab an ihre Nachfolgerin übergeben musste, die ganz auf dieser Linie weiter operierte und den Kurs sogar eher noch verschärfte, ergriff von der Leyen als heutige Kommissionspräsidentin die Gelegenheit und holte mit einer neuen Indo-Pazifik-Strategie nun auch die Europäische Union mit ins Boot der neuen Großmachtkonkurrenz.

Vom Kalten Krieg zur Neuen Großmachtkonkurrenz

Lange sonnten sich die USA und in ihrem Gefolge auch ihre Verbündeten recht unangefochten an der Spitze der internationalen Machthierarchie. Allerdings bröckelt diese Vorherrschaft inzwischen erheblich und es ist vor allem China, das ein beachtliches Wirtschaftswachstum vorweisen kann: Während der kaufkraftbereinigte Anteil des Landes am globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) laut Statista von 2,27% (1980) auf 18,56% (2020) in die Höhe schnellte,

schrumpfte der US-Anteil am BIP-Kuchen von 21,41% (1980) auf 15,98% (2020). Noch ausgeprägter fiel der Rückgang bei der Europäischen Union aus, die von 26,02% (1980) auf 14,90% (2020) abstürzte.

Spätestens seit der Wirtschafts- und Finanzkrise ab etwa 2008 ist der westliche Abstieg unübersehbar geworden und es dürfte deshalb kein Zufall sein, dass seither immer prominenter eine neue Systemkonkurrenz vor allem mit China beschworen wird. Mit dem kurz danach erfolgten Amtsantritt von US-Präsident Barack Obama wurden daraus auch konkrete militärpolitische Konsequenzen gezogen. Im November 2011 rief die damalige US-Verteidigungsministerin Hillary Clinton in der „Foreign Policy“ in einem viel beachteten Artikel „Amerikas pazifisches Jahrhundert“ („America’s Pacific Century“) aus, der die ein Jahr später von Obama als Chefsache eingeleitete militärische Schwerpunktverlagerung („pivot“) Richtung Asien vorwegnahm. Im Zuge dessen wurde unter anderem die bis dato hälftig im Pazifik und im Atlantik stationierte US-Marine auf etwa 60% zu 40% zugunsten Ostasiens verschoben. Unter Präsident Donald Trump war dann eine nochmalige Verschärfung zu verzeichnen, als es etwa in der Nationalen Sicherheitsstrategie von Dezember 2017 hieß: „China und Russland fordern Amerikas Macht, seinen Einfluss und seine Interessen heraus und versuchen Amerikas Sicherheit und Wohlstand zu untergraben. [...] China zielt darauf ab, die USA aus der indopazifischen Region zu drängen, die Reichweite seines staatsbasierten Wirtschaftsmodells zu vergrößern und die Region nach seinen Vorstellungen neu zu ordnen. [...] Unsere Aufgabe ist es, sicherzustellen, dass die militärische Überlegenheit der USA weiterbesteht.“²

Auch unter dem neuen US-Präsidenten Joseph Biden ist kein Kurswechsel zu erwarten – im Gegenteil. Bei seinem ersten großen außenpolitischen Auftritt auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2021 nannte er die „langfristige strategische Auseinander-



setzung mit China“ als oberste Priorität.³ Schon zuvor schuf er den Posten des „Indo-Pazifik-Koordinators“ im Nationalen Sicherheitsrat, den er mit Kurt Campbell besetzte, dem Architekten von Obamas militärischer Schwerpunktverlagerung Richtung China. Und auch der neue Verteidigungsminister Lloyd Austin ließ gleich in seinem ersten Memo an die Streitkräfte im März 2021 verlauten: „Das Verteidigungsministerium wird den Fokus auf China als vorrangiger treibender Kraft legen und die entsprechenden operativen Konzepte, Fähigkeiten und Pläne entwickeln, um die Abschreckung zu stärken und unsere Wettbewerbsvorteile zu erhalten.“⁴ Dieser mit zunehmend härteren Bandagen ausgetragene Konkurrenzkampf erstreckt sich zwar auf eine ganze Reihe von Bereichen, am erbittertsten wird er derzeit allerdings im sogenannten Indo-Pazifik ausgetragen.

Epizentrum Indopazifik

Allein schon der Begriff „Indo-Pazifik“ ist ein Politikum: Er unterstreicht die immer weiter steigende Bedeutung dieses als militärisch-strategische Einheit begriffenen Raums, über den ein Großteil des weltweiten maritimen Außenhandels abgewickelt wird. Der Westen reklamiert für sich das Recht, dort für die „Freiheit“ dieser Schifffahrtsrouten zu garantieren – was dem Anspruch auf deren Kontrolle ziemlich nahe kommt. Für China ist dies alles andere als unproblematisch, beinhaltet es doch die westliche Fähigkeit, im Konfliktfall jederzeit mit einer Blockade der für sein exportbasiertes Entwicklungsmodell überlebenswichtigen Handelsrouten drohen zu können. Das US-Konzept des „Freien und Offenen Indo-Pazifik“ wird in China deshalb argwöhnisch vor allem als Versuch

zur Eindämmung und Einkreisung des Landes wahrgenommen: „Ein Szenario, in dem die mächtige US-Marine und ihre Verbündeten die Handelswege durch südostasiatische Gewässer blockieren und China damit wirtschaftlich strangulieren könnten, ist im strategischen Diskurs Chinas ebenfalls allgegenwärtig.“⁵

Dass dieser Verdacht alles andere als aus der Luft gegriffen ist, bestätigt das „U.S. Strategic Framework for the Indo-Pacific“, das vom Nationalen Sicherheitsrat 2018 angefertigt wurde und im Januar 2021 an die Öffentlichkeit gelangte: „Die strategischen Auseinandersetzungen zwischen den USA und China werden von Dauer sein“, heißt es darin. „Der Verlust der US-Vorherrschaft im Indo-Pazifik würde auch die Fähigkeit der USA schwächen, ihre Interessen global umsetzen zu können.“ Als vorrangige Aufgabe definiert dieses Dokument deshalb „die Aufrechterhaltung der strategischen Vorherrschaft der USA in der indopazifischen Region und die Förderung einer liberalen Wirtschaftsordnung.“ Dies werde gelingen, indem China eine „dauerhafte Luft- oder Seedominanz innerhalb der ‚ersten Inselkette‘ verwehrt“ werde und die USA zugleich „alle Bereiche außerhalb der ersten Inselkette beherrschen.“⁶

Mit der ersten Inselkette ist der Riegel gemeint, den Japan, Taiwan, die Philippinen und Indonesien bilden. Der klar artikulierte US-Anspruch, China im Konfliktfall jederzeit innerhalb dieses Riegels einschnüren zu können, wurde von Peking u.a. durch recht weitreichende – und aus Sicht vieler Anrainer durchaus nachvollziehbar beunruhigende – Ansprüche auf dahinterliegende Inseln gekontert, über die es versucht, den USA den Zugang in die Region erheblich zu erschweren. In diesem Zusammenhang wurden unter Donald Trump die sogenannten „Manöver für die Frei-



Der Indo-Pazifik aus Perspektive der USA. Quelle: US-Verteidigungsministerium.

heit der Schifffahrt“ (FONOPS) massiv ausgeweitet, die Washingtons Ansprüche auf eine uneingeschränkte militärische Präsenz untermauern und die Chinas unterminieren sollen. Leider deutet wenig darauf hin, dass die Biden-Administration von dieser waghalsigen Strategie Abstand nehmen will. So dürfte das Indopazifik-Kommando im März 2021 die \$27 Mrd. für die „Pazifische Abschreckungsinitiative“ wohl kaum ohne Absprache mit der neuen Regierung beantragt haben. Diese Gelder sollen zwischen 2022 und 2027 in zusätzliche Kampfkraft im indopazifischen Raum investiert werden (unter Trump wurden für 2021 bis 2026 noch \$18,5 Mrd. gefordert). Während das Regionalkommando für 2022 „nur“ \$4,6 Mrd. wollte, erhöhte die Biden-Regierung diesen Betrag in ihrem Haushaltsantrag kurzerhand auf \$5,1 Mrd.. Neben der weiteren Aufrüstung des US-Stützpunktes auf Guam soll davon unter anderem auch die Aufstellung von Raketen mit einer Reichweite von über 500km auf verschiedenen Inseln im indopazifischen Raum finanziert werden, was bis zur US-Aufkündigung des INF-Vertrags 2019 noch verboten gewesen wäre. Als Begründung gab das Indopazifik-Kommando an, die USA „benötigen entlang der ersten Inselkette hochgradig überlebensfähige Netzwerke für Präzisionsschläge.“⁷ Ganz generell trägt Bidens neuer Haushaltsantrag über \$752,9 Mrd. für nationale Verteidigung (\$715 Mrd. davon für das Pentagon), der Ende Mai dem Kongress zugeleitet wurde, die Handschrift der neuen Systemkonkurrenz: „Die Biden-Administration in den USA legt einen Schwerpunkt auf die technologische Modernisierung der Streitkräfte. [Dabei] geht es um die Aufstellung der Streitkräfte mit Blick auf einen potenziellen Konflikt mit Russland oder China.“⁸

Deutschland: Kanonenbootdiplomatie!

Als ehemalige Kolonialmächte spielen Frankreich und Großbritannien bis heute auch militärisch eine wichtige Rolle in der Region. Auch Deutschland ist historisch alles andere als unvorbelastet – zum Beispiel durch seine Rolle im Boxeraufstand Anfang des vorigen Jahrhunderts, um nur ein Stichwort zu nennen.⁹ Lange hielt man sich aber in der Region dann ziemlich zurück, doch seit einiger Zeit dreht sich der Wind wieder. Eine wesentliche Akteurin ist in diesem Zusammenhang Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, die bereits in ihrer ersten Grundsatzzrede im November 2019 von der vermeintlichen Notwendigkeit einer größeren „Präsenz“ in der Region schwadronierte.¹⁰

Im März 2020 kündigte sie dann die Entsendung einer Fregatte an, die ursprünglich noch im selben Jahr auslaufen sollte, bis die Corona-Pandemie einen Strich durchs Manöver machte.¹¹ Am 17. November 2020 visitierte Kramp-Karrenbauer in ihrer zweiten Grundsatzzrede dann für das kommende Jahr erneut die Entsendung einer Fregatte in die Region an und nahm Bezug auf das erste Strategiepapier der Bundesregierung für den indopazifischen Raum: „Ich freue mich, dass die Bundesregierung umfassende Leitlinien zum Indo-Pazifik beschlossen hat, die auch die Sicherheits- und Verteidigungspolitik umfasst. Die strategische Bedeutung der Region wird damit voll anerkannt. [...] Deutschland wird präsenter, etwa durch mehr Verbindungsoffiziere und im kommenden Jahr [...] durch ein Schiff der Deutschen Marine. [...] Wir werden Flagge zeigen für unsere Werte, Interessen und Partner.“¹²

Die besagten „Leitlinien zum Indo-Pazifik“ wurden von der Bundesregierung im September 2020 veröffentlicht und betonten, im Indo-Pazifik sei für Deutschland die „maritime Sicherheit von vitaler Bedeutung“. Auch vom Ausbau der militärischen Präsenz ist in dem Dokument die Rede: „Die Bundesregierung beabsichtigt, sich in Zukunft noch aktiver an Maßnahmen zu [sic] Schutz und Sicherung der regelbasierten Ordnung im Indo-Pazifik [...] zu beteiligen. Ferner beabsichtigt sie, die sicherheits- und verteidigungspolitische Kooperation mit Partnern in der Region weiter auszubauen. Diese umfasst [...] einen Ausbau der verteidigungspolitischen Kontakte in der Region selbst. Dies schließt Verbindungsoffiziere, Militärattachéstäbe, Hafenbesuche und die Teilnahme an Übungen sowie weitere Formen maritimer Präsenz im indo-pazifischen Raum ein.“¹³

Obwohl diese Passagen reichlich vage daherkommen, ist doch klar, dass eine der „Formen“ maritimer Präsenz augenscheinlich das Anfang August 2021 in See gestochene Kriegsschiff „Bayern“ darstellt. Zur Route war Folgendes zu lesen: „Nach der Passage durch den Suez-Kanal wird die Bayern nach jetzigem Stand und unter Vorbehalt der jeweiligen Corona-Regularien folgende Häfen anlaufen: Dschibuti → Karatschi → Diego Garcia → Perth → Guam → Tokio → Incheon → Schanghai → Ho-Chi-Minh-Stadt → Colombo → Mumbai → Dschibuti“.¹⁴

Wie teils bemängelt wurde, wird dabei entgegen ursprünglicher Planungen des Verteidigungsministeriums auf die direkte Teilnahme an Manövern oder Durchfahrten durch von China beanspruchte Gebiete verzichtet, dennoch sollte der Symbolwert der Aktion nicht unterschätzt werden. Schließlich schickt Deutschland damit erstmals im Kontext der neuen Systemkonkurrenz mit einer Fregatte seine größte maritime Gewichtsklasse in die Region: „Die Fahrt nach Fernost soll Botschaften an drei Adressaten richten. Sie ist: eine Warnung an China; eine Beistandsbekundung für die Verbündeten in der Region; eine Solidaritätsadresse an die USA: Im Systemwettbewerb mit China ist Deutschland an der Seite der Amerikaner.“¹⁵

Ein weiterer Aspekt kommt noch hinzu: Ohne Deutschlands neu erwachtes Interesse wäre es wohl auch kaum möglich gewesen, die gesamte Europäische Union hinter einer Indo-Pazifik-Strategie zum Ausbau des militärischen Profils zu versammeln. Bereits in den Leitlinien zum Indo-Pazifik wurde angekündigt: „Die Bundesregierung wird sich gemeinsam mit Frankreich für die Erarbeitung einer europäischen Strategie zum Umgang mit dem Indo-Pazifik einsetzen.“

Dauerpräsenz als EU-Strategie

Ein erstes Signal für eine Verhärtung der Fronten wurde bereits in einer Mitteilung der EU-Kommission und der EU-Außenbeauftragten im März 2019 gesendet. Darin hieß es zwar, China sei in „verschiedenen Politikbereichen ein Kooperationspartner“, andererseits aber auch „ein wirtschaftlicher Konkurrent in Bezug auf technologische Führung und ein Systemrival, der alternative Governance-Modelle propagiert.“¹⁶ Vor allem Frankreich, das bereits beträchtliche Kräfte in der Region stationiert hat, aber auch die Niederlande und Deutschland hatten auf eine gemeinsame EU-Indo-Pazifik-Strategie hingearbeitet, die der EU-Rat im April 2021 verabschiedete. Die EU-Strategie beklagt die „Dynamik“ und den „intensiven geopolitischen Wettbewerb“ im Indo-Pazifik, durch den die „regelbasierte internationale Ordnung“ und „freie und offene Seeschifffahrtsversorgungswege“ bedroht seien. Deshalb sei der Rat der „Auffassung, dass die EU ihre strategische Ausrichtung, ihre Präsenz und ihre Maßnahmen im indopazifischen Raum verstärken sollte“.¹⁷ Ins Auge sticht die offizielle Übernahme des Indo-Pazifik-Begriffs, die eine deutliche Annäherung an die USA und ihre Ambitionen zur militärischen Eindämmung Pekings nahelegt. Ferner wird eine buchstäblich ausufernde Definition vorgelegt, da sich der „indopazifische Raum“, laut dem Dokument auf das geografische „Gebiet von der Ostküste Afrikas bis zu den Pazifik-Inselstaaten erstreckt“. Augenscheinlich wird hier zumindest perspektivisch eine militärische Dauerpräsenz entlang der gesamten Schifffahrtsrouten von Ostasien bis nach Europa ins Auge gefasst. Als zentrales Mittel hierfür soll das neue Instrument einer „koordinierten maritimen Präsenz“ dienen. Es sieht vor, dass in Regionen, die von der EU als Gebiete vorrangigen Interesses gebrandmarkt wurden, die maritime Präsenz der Einzelstaaten fortan unter dem offiziellen Dach der EU koordiniert und systematisiert wird. Als Pilotprojekt wurde hierfür im Januar 2021 der Golf von Guinea auserkoren und es zeichnet sich jetzt schon ab, dass der Indo-Pazifik hier bald folgen wird. In der EU-Indo-Pazifik-Strategie heißt es dazu: „Die EU wird prüfen, ob es zweckmäßig ist, Meeresgebiete von Interesse im indopazifischen Raum zu schaffen“. Unterhalb der Schwelle eines offiziellen Militäreinsatzes soll dies dennoch eine dauerhafte Militärpräsenz unter EU-Flagge in der Region ermöglichen: „Das Konzept unterscheidet sich zwar von GSVP-Missionen und -Operationen, könnte aber zur Bewältigung der bestehenden sicherheitspolitischen Herausforderungen in der Region beitragen. Die Mitgliedstaaten erkennen an, wie wichtig eine bedeutende europäische Marinepräsenz im indopazifischen Raum ist.“

Dunkle Wolken

Auch die NATO hat inzwischen China als Systemrivalen für sich entdeckt, wie zuletzt auf dem Gipfeltreffen in Brüssel im Juni 2021 mehr als deutlich wurde. Allerdings ist unklar, inwieweit sich das Bündnis auch geographisch bis nach Ostasien vorwagen wird. Wahrscheinlicher ist derzeit, dass es sich eher auf Fragen wie die High-Tech-Rüstung konzentrieren und den Indio-Pazifik den Einzelstaaten und nun auch der EU überlassen wird. Klar ist aber jetzt schon, dass dunkle Wolken über dem Indo-Pazifik aufziehen, wo sich die Großmachtkonflikte immer weiter hochschaukeln: „Ich bin mir sicher, dass wir innerhalb der nächsten fünf Jahre in eine kriegerische Auseinandersetzung mit China geraten [...]. Es ist einfach unvermeidbar“, so etwa die Einschätzung von Ben Hodges, der bis 2017 NATO-Oberkommandeur in Europa war.¹⁸ Doch anstatt dieser Entwicklung mit deeskalierenden Maßnahmen und Vorschlägen entgegenzuwirken, haben sich die Bundesregierung und auch die Europäische Union augenscheinlich dazu entschieden - ungeachtet durchaus auch vorhandener Interessensunterschiede auf verschiedenen anderen Ebenen -, an der Seite der USA auch militärisch in die Auseinandersetzungen im Indo-Pazifik einzutreten.

Anmerkungen

- 1 Leyen, Ursula von der: Rede bei der 55. Münchner Sicherheitskonferenz, 15.2.2019.
- 2 National Security Strategy, December 2017.
- 3 Biden, Joseph: [Remarks at the Munich Security Conference](#), 19.2.2021.
- 4 Austin, Lloyd: [Memorandum for all DoD Employees](#), 4.3.2021.
- 5 Wirth, Christian: „Lawfare“ im Südchinesischen Meer, [GIGA Focus Asien](#), 08/2020.
- 6 U.S. Strategic Framework for the Indo-Pacific, [veröffentlicht](#) am 5.1.2021.
- 7 Eyeing China, Indo-Pacific Command seeks \$27 billion deterrence fund, [defensenews.com](#), 1.3.2021.
- 8 Umstrittener Pentagon-Etatantrag vorgelegt, [Europäische Sicherheit und Technik](#), 20.7.2021.
- 9 Siehe zur historischen Rolle Deutschlands ausführlich den Artikel Die deutsche Marine auf großer Fahrt gegen China 2.0, in: Arbeiterstimme, Nr. 212/2021, S. 1-9.
- 10 Annegret Kramp-Karrenbauer, Rede der Ministerin an der Universität der Bundeswehr München, [bmvg.de](#), 7.11.2019: „Unsere Partner im indopazifischen Raum – allen voran Australien, Japan und Südkorea, aber auch Indien – fühlen sich von Chinas Machtanspruch zunehmend bedrängt. Sie wünschen sich ein klares Zeichen der Solidarität. Für geltendes internationales Recht, für unversehrtes Territorium, für freie Schifffahrt. Es ist an

der Zeit, dass Deutschland auch ein solches Zeichen setzt, indem wir mit unseren Verbündeten Präsenz in der Region zeigen.“

- 11 Kurz darauf begründete Annegret Kramp-Karrenbauer in einer Rede bei der Deutschen Maritimen Akademie am 12. März 2020 die kurz zuvor verkündete Entscheidung zur Entsendung einer Fregatte mit den Worten: „Die Aufgaben unserer Marine gehen über die Landes- und Bündnisverteidigung hinaus. Denn Seewege sind Lebensadern. Und so ist die Freiheit der Seewege für Deutschland und unseren Wohlstand von großer strategischer Bedeutung. [...] Es wird deutlich: Wir haben ein vitales Interesse an verlässlichen Regeln, an der liberalen internationalen Ordnung. Und die wird auch zu Wasser verteidigt. Viel genutzte strategische Engpässe, wie die Straßen von Hormus und Malakka, sind besonders bedeutsam und in hohem Maße von Regionalkonflikten bedroht, aber auch von Terrorismus und Piraterie. [...] In der zweiten Jahreshälfte, während Deutschlands EU-Ratspräsidentschaft, wollen wir außerdem eine Fregatte in den Indischen Ozean entsenden. Als wichtiges Zeichen: Auch in diesem Teil der Welt haben wir Interessen, auch dort setzen wir uns für internationales Recht ein, auch dort stehen wir unseren Partnern zur Seite.“ (Rede der Bundesministerin der Verteidigung Annegret Kramp-Karrenbauer anlässlich des Parlamentarischen Frühstücks der [Deutschen Maritimen Akademie](#) am 12. März 2020)
- 12 Zweite Grundsatzrede der Verteidigungsministerin, [bmvg.de](#), 17.11.2020. Die Begrifflichkeit „Flagge zeigen“ gefiel unter anderem auch Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach, der Inspekteur der Marine, augenscheinlich so gut, dass er kurz vor Missionsbeginn denselben Ausdruck verwendete: „Es geht darum Flagge zu zeigen und vor Ort zu demonstrieren, dass Deutschland auf der Seite seiner internationalen Wertepartner für die Freiheit der Seewege und die Einhaltung des Völkerrechts in der Region eintritt. Das heißt zusammengefasst, wir treffen unsere Partner und trainieren gemeinsam. [...] Damit untermauern wir aktiv und weithin sichtbar unser Bekenntnis zur regelbasierten Ordnung im Indo-Pazifik, zur Umsetzung von VN-Sicherheitsrats-Resolutionen und damit zur Stärkung der VN insgesamt.“ (Fregatte „Bayern“ zeigt Flagge im Indo-Pazifik, [bmvg.de](#), 29.7.2021)
- 13 Leitlinien zum Indo-Pazifik, [September 2020](#).
- 14 Reiseroute der Fregatte „Bayern“ durch den Indo-Pazifik, [Europäische Sicherheit und Technik](#), 02.08.2021.
- 15 Auf maritimer Mission in Fernost, [The Pioneer](#), 21.7.2021.
- 16 EU-China – Strategische Perspektiven, [JOIN](#) (2019) 5, 12.3.2019.
- 17 EU-Strategie für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum – [Schlussfolgerungen des Rates](#), 16.4.2021.
- 18 White House: US-China war over Taiwan ‘would broaden quickly’, [msn.com](#), 5.5.2021.

China und der Westen – wer bedroht wen?

Wie sollen wir uns in der Diskussion über die VR China verhalten?

Gespräch mit Jörg Lang und Andreas Seifert

Auslöser für eine von der Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI) am 1. Juni 2021 zu diesem Thema veranstalteten Diskussion waren ein Beitrag von Andreas Seifert „China und die Neuordnung der Weltpolitik“ (IMI-Studie 2/2021) und eine Replik von Jörg Lang „China – ein Militarismus unter anderen?“ (unsere zeit, 23.4.2021).

Es geht darum, wie die VR China bei uns wahrgenommen wird und welche Interessen jeweils auch hinter bestimmten China-Bildern stehen. Wird China bedroht oder stellt es selbst eine Bedrohung dar? Wie sollen wir uns dazu verhalten und warum? Ausgehend von diesen drei Leitfragen entspann sich eine Debatte, die von Claudia Haydt moderiert wurde und deren Ergebnisse wir hier in einem Nebeneinander der Argumente präsentieren.

Andreas Seifert ist Mitglied im Vorstand der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., hat Sinologie unter anderem in Beijing studiert. Er war seit 1990 regelmäßig zu Studien- und Reiseaufenthalten in China. Er forscht u.a. zur Populärkultur, zur modernen Geschichte und zum politischen System Chinas.

Jörg Lang war lange Jahre Rechtsanwalt in politischen Strafsachen, im Ausländer- und Flüchtlingsrecht v.a. für Mandant:innen aus dem Nahen und Mittleren Osten, sowie im Sozialleistungsrecht. Außerdem arbeitete er 7 1/2 Jahre in der Auswärtigen Informationsabteilung der PLO in Beirut.

Wie nehmen wir die Volksrepublik China wahr: Rolle in der Weltpolitik; Menschenrechte, Teilhabe, Demokratie, Umwelt, Ökonomie?

Andreas Seifert: Das Chinabild hierzulande war und ist einer stetigen Wandlung unterworfen – das medial vermittelte Bild ist zudem interessengeleitet. An einer „unvoreingenommenen“ Berichterstattung scheint kein Interesse zu bestehen. Aber neben den verkürzten, intentionalen Meldungen in Nachrichten-

sendungen und auch Talkshows gibt es auch medial durchaus differenzierte Beiträge, die das oftmals aktuell negative Bild durchbrechen und China in seiner Vielfalt und seinen vielen Dimensionen darstellen. Es gibt zwei sich ergänzende Tendenzen – einerseits scheint der „kritische“ Blick der westlichen Medien eindeutig von dem Willen geprägt, China entlang einer politischen Neuorientierung negativ darzustellen, andererseits schottet sich China von jeder externen und unkontrollierten Berichterstattung ab: der Bewegungsraum für Journalisten und Beobachter wird enger. Dies gilt nicht nur für „westliche“ Journalisten vor Ort, sondern auch für die chinesischen Inlandskorrespondenten, die im Land über ihr Land berichten wollen. Die Gesetzgebung in der VR China unterbindet jede unabhängige Berichterstattung, die nicht den staatlichen Vorgaben entspricht – ein anderes Narrativ als das staatliche gibt es nun nicht mehr. Chinesen haben zudem nur noch eingeschränkte andere Möglichkeiten, etwas anderes als die vorgegebene Meinung zu hören. Die Kontrolle über das, was beispielsweise im chinesischen Internet zu lesen ist und was nicht, ist inzwischen nahezu perfekt – die kulturelle Hegemonie ist gegeben.

Blicke ich zurück auf die Berichterstattung über China in Deutschland, so habe ich wahrgenommen, wie man sich vom antikomunistischen Mainstream der 1950er bis 1970er Jahre zu Beginn der 1980er Jahre verabschiedet hat – auch die pro-kommunistische, die Kulturrevolution erklärende Schwärmerei in linken Kreisen verlor zur gleichen Zeit an Schwung. Der Zugang zum Land, den die (ausländischen) Korrespondenten nun physisch erlangten, schärfte den Blick auf ein sich entwickelndes Land. Die Berichterstattung in den 1980er und 1990er Jahren war in der Tendenz positiv – daran änderte auch der Tiananmen-Zwischenfall (1989) nicht viel. Der Markt lockte und die Verlagerung von Produktionsstandorten nach China war immer noch positiv besetzt. Die Nachteile und die negativen Begleiterscheinungen der wirtschaftlichen Ent-

wicklung im sozialen Bereich (Massenentlassungen, Abbau von Versorgungsstrukturen, sich verstärkendes Stadt-Land-Gefälle,...), in der Umwelt (Verdreckung der Gewässer und der Luft, massiver Verlust von Ackerbaufläche, Zunahme von umweltbedingten Krankheiten, ...) und vor allem in der gesellschaftlichen Teilhabe (Vetternwirtschaft, Selbstbereicherung der Kader, grassierende Korruption, ...) spielten in der Berichterstattung über China in dieser Zeit eine nachgeordnete Rolle. In vielen „linken“ Debatten verlor China dagegen nach 1979 deutlich an Strahlkraft und mit der Niederschlagung der Studentenproteste jede Glaubwürdigkeit. Den „Verrat“ an sozialistischen Wurzeln konnte man auch schon 1980 diagnostizieren, doch erschienen die Ereignisse von 1989 als deutlicher Beleg für eine verknöcherte Partei, die sich vor allem an die Macht klammert.

Erst nach 2000 geriet dieses positive mediale Bild einer kapitalismuskonformen Volksrepublik ins Wanken und zeichnete damit letztlich aber auch nur nach, was in China offen diskutiert werden konnte: sich verschärfende gesellschaftliche Widersprüche führen zu Spannungen und offenen Konflikten. Der steigende Wohlstand und der staatlich propagierte Nationalismus vermochten hiervon noch viel zu verdecken und doch sah sich die Regierung von Hu Jintao zu einer Änderung in der Politik gezwungen. Dabei ging es um die gleichmäßigere Verteilung („bescheidener Wohlstand“ für alle, xiaokang) des neu entstehenden Wohlstandes und auch darum, die abgeschafften Systeme der Daseinsfürsorge (Krankenversicherung auf dem Lande, Rentensysteme, ...) wieder aufzubauen, um den sozialen Frieden zu kitten. Ab 2000 verschlechterte sich das mediale Bild der Volksrepublik in Deutschland und mehr und mehr Kritik am Land wurde laut. Dies hat seine Ursache auch in den enttäuschten Erwartungen der Unternehmer, ihrer Lobbyisten und den Politikern hierzulande, die endlich auch am chinesischen Markt „verdienen“ wollten.

Unter Xi Jinping (ab 2012) schottete sich das Land zunehmend ab – eine beispiellose Kampagne gegen Korruption wurde initiiert, die in mehrfache Hinsicht wirkte (und wirkt), aber auch eines besonders unterlässt: die Wurzeln der Korruption anzugehen. Die Partei wurde dadurch „moralisch gefestigt“ und damit auch der Dissens ihr gegenüber de-legitimiert. Die Kontrolle wurde systematisch verstärkt und andere Meinungen kriminalisiert.

Die meisten Chinesen sind sehr loyal zu ihrem Land – zumindest dieser Eindruck entsteht, wenn man sich mit den Privilegierten unterhält, denen man hier begegnet: Studierende, Unternehmer und Unternehmerinnen, Touristen. Der gezeigte Patriotismus ist anerzogen und verinnerlicht und funktioniert als Kitt für eine

sozial tief gesplante Gesellschaft. Chinesen haben tatsächlich allen Grund stolz zu sein auf das, was sie die letzten vierzig Jahre geleistet haben, und sie verschließen den Blick gegenüber den negativen Nebeneffekten nicht – nur öffentlich darüber sprechen, schon gar mit Ausländern, werden sie nicht mehr.

Unsere Debatte hier braucht aber einen unverstellten Blick auf China, um zu verstehen, was dort passiert und nicht jeder, der einen kritischen Blick pflegt, befüttert die „Dämonisierung“ der Volksrepublik. Wer hier in einer linken Debatte Kritik an der VR ausspart und als „China-Bashing“ abtut, hantiert mit einem verklärten China-Bild. Die Relativierung chinesischer Zustände oder Verhaltensweisen zu dem keineswegs zu verharmlosenden, aggressiven und arroganten militärischem und ökonomischen Verhalten des Westens und insbesondere zum Gebaren der USA, verhilft zu keiner tragfähigen Beurteilung der VR.

In den 30 Jahren, in denen ich die Volksrepublik China bereist und beforscht habe hat sich das Land wesentlich gewandelt, haben sich Einstellungen geändert und Mentalitäten angepasst. Die Größe des Landes und seine Vielfalt sind dabei eine Herausforderung für jede Berichterstattung: Verkürzungen und Pauschalitäten führen in die Irre.

Jörg Lang: Meine Bewertung der Rolle der VR China bei der Neuordnung der Weltpolitik ist geprägt von meinen Erkenntnissen und auch persönlichen Erfahrungen insbesondere im Nahen Osten. Danach befinden wir uns tatsächlich in einer für die Existenz und Zukunft der Menschheit entscheidenden Auseinandersetzung um die „Neuordnung der Welt“: nämlich der zwischen dem Imperialismus, jetzt angeführt von den USA; und andererseits den weltweit durchaus wachsenden antiimperialistischen Kräften bzw. den Kräften für Frieden und das Überleben der Welt. Dies wird in der IMI-Studie nicht hinreichend berücksichtigt. „Imperialismus“ ist nicht einfach das Machtstreben eines Staates oder Reiches. Ich verstehe unter Imperialismus vielmehr die letztlich systemangelegte aggressive ökonomische, politische und militärische Ausprägung des derzeitigen „westlichen“ privat-kapitalistischen Systems.

Kennzeichnend für diesen Imperialismus ist für mich nach wie vor: die Aneignung aller Profite aus Produktion und Dienstleistungen letztlich im Interesse der heute höchstorganisierten privaten Produktions-, IT-, und Finanz-Monopole; dementsprechend eine grundsätzlich ebenso primär an deren privaten Interessen orientierte Steuerung aller privaten und gesellschaftlichen Investitionen einschließlich der medialen Steuerung des Bewusstseins der Menschen. Systemimmanent gehört auf globaler Ebene zu diesem Imperialismus auch die Tendenz, andere Länder und Regionen zu

besetzen bzw. politisch, ökonomisch und militärisch im Interesse der privatkapitalistischen Monopole zu dominieren und auszubeuten. Die Folgen dieser weltweiten aggressiven Politik sind immer noch: Ausbeutung anderer Länder; Zerstörung oder Unterentwicklung der lokalen Produktivkräfte; Sanktionierung und Korruption von nationalen Befreiungsbewegungen; alltägliche Ermordung zahlreicher Einzelpersonen bspw. auch durch Drohnenangriffe; brutale regime changes; nachhaltige Zerstörung und Destabilisierung der betroffenen Staaten und ganzer Regionen einschließlich ihrer Infrastruktur; wachsende Rüstungsexporte und Aufrüstung. Nach meiner Auffassung wird die gegenwärtige Außen- und Sicherheitspolitik der VR China nicht von vergleichbar aggressiven politisch-ökonomischen imperialistischen Zwängen geprägt. Ich zähle sie zu einer wichtigen antiimperialistischen Kraft.

Zur allgemeinen und inneren Entwicklung: Insgesamt hat die Volksrepublik in den vergangenen 70 Jahren eine fast unglaubliche umfassende Entwicklung der Produktivkräfte geschafft und Hunderte von Millionen Menschen aus Hunger, Elend und Armut geführt. Glaubt man den chinesischen Vorgaben des 14. Fünfjahresplanes, so steht nunmehr die Entwicklung eines bescheidenen Wohlstands und einer qualitativ höherwertigen umweltfreundlichen Lebensweise des Menschen im Einklang mit der Natur und einem verstärkten Klimaschutz auf der Tagesordnung. Jedenfalls in der Vergangenheit hat die KP China ihre Pläne, allen ständigen Unkenrufen zum Trotz, auch weitgehend umgesetzt.

Die ökonomische Basis ist eine von der KP Chinas Partei selbst so definierte „Sozialistische Marktwirtschaft“ bzw. ein von der Kommunistischen Partei gesteuerter Kapitalismus. Charakteristisch dafür sind die Entwicklung unterschiedlichster Eigentums- und Unternehmensformen, teilweise auch in privater Hand. Die Schlüsselindustrien, der Kern des Bankenwesens, Grund und Boden sowie Bodenschätze liegen allerdings nach wie vor in öffentlicher Hand. Die Verteilung von Konsumgütern und Dienstleistungen erfolgt im Wesentlichen über Markt- und Konkurrenzmechanismen, wobei Daseinsfürsorge, das Gesundheitswesen und die Alterssicherung in öffentlicher Hand liegen. Insgesamt erfolgen die Aneignung der Profite und vor allem die Steuerung von gesellschaftswichtigen Investitionen immer (noch?) unter der Kontrolle der öffentlichen Hand bzw. der Kommunistischen Partei. Die Gesamtentwicklung erfolgt in einem rational nachvollziehbaren Gemeininteresse und dient trotz allen derzeit auftretenden starken Einkommens- und Vermögensunterschieden nicht nur den Privilegien einzelner oder privater Monopolinteressen, sondern den arbeitenden Menschen, der Gesamtbevölkerung und der Gesamtentwicklung des Landes.

Was die „Neuordnung der Weltpolitik“ anlangt: Es gibt kein vergleichbares vom westlichen Kolonialismus ausgebeutetes und durch imperialistische Kriege verheertes Land, das in den vergangenen Jahrzehnten eine vergleichbare Entwicklung der Produktivkräfte und der gesamten Gesellschaft im Gemeininteresse geschafft hat, einschließlich der Existenzsicherung für alle, der Ordnungssicherung, der Stabilität und des Friedens. Und das alles gerade nicht auf der Grundlage der Ausbeutung dritter Länder und direkter und indirekter Kriege gegen sie.

Demokratiediskussion: Andreas Seifert beschreibt die Volksrepublik China als „Autokratie“ im Gegensatz offenbar zu einer Demokratie (wobei er freilich nicht definiert, was die wesentlichen Elemente für eine lebendige Demokratie sind; und auch nicht darauf eingeht, ob diese denn „bei uns“ bzw. im auch von ihm so bezeichneten „Westen“ noch vorhanden sind bzw. zunehmend abgebaut werden). Die VR China definiert sich in ihrer Verfassung selbst janusköpfig als eine „Diktatur des Volkes“. Ihr Demokratie-Verständnis richtet sich dabei eher danach, ob eine Herrschaft dem Volk dient, und weniger danach, welche formalen Rechte ein „Volk“ bzw. bestimmte Angehörige eines Volkes haben.

Nach meinen persönlichen Informationen aus China scheinen dabei die sozialen und persönlichen Teilhabemöglichkeiten der Menschen, jedenfalls in ihren unmittelbaren Lebensbereichen und insbesondere auch bei der Arbeit und in den Betrieben, realer und stärker ausgeprägt als „bei uns“, wo sie eher abnehmen. Das Rechtsstaatswesen und die Rolle der Gerichte sind offenbar in den vergangenen Jahren ausgebaut worden. Es gibt eine aktive bzw. passive Identifikation der Menschen mit der Kommunistischen Partei und deren inzwischen über 90 Millionen Mitgliedern, v.a. auf der örtlichen Ebene und über die Nachbarschaftskomitees. Dies hat sich insbesondere auch während der Pandemie gezeigt. Richtig ist, dass – was „Systemfragen“ anlangt bzw. die Herrschaft der KP China an sich – es keine Medienfreiheit gibt. Aber auch „bei uns“ agieren die führenden privaten und öffentlichen Medien inzwischen zunehmend uniform, wenn es um die angebliche alternativlose Herrschaft des privatkapitalistischen Systems als solche und die Vorherrschaft dieses Systems in der Welt geht.

Zur Menschenrechtsdiskussion: „Im Westen“ wird bei Menschenrechten heute der Schwerpunkt auf individuelle Selbstverwirklichungsrechte gelegt. In der Praxis beschränken sie sich für die Mehrheit aber zunehmend auf Freiheiten beim Konsum, bei Events und Unterhaltung und in der privaten Lebensführung („lifestyle“, „selfie“-tum). Nach dem Verständnis der Volksrepublik China (und ebenso der Menschen in den



Porträt Xi Jinpings von Thierry Ehrmann. Quelle: Flickr/thierry ehrmann.

nach wie vor ausgeplünderten und verheerten Ländern der Welt) sind Menschenrechte dagegen mehr existenziell und kollektiv zu beziehen, also auf die Verwirklichung des Rechts auf Leben, Essen, Wasser, Wohnung, Gesundheit, Bildung, Sicherheit, Frieden. Hier braucht sich die VR China nicht zu verstecken. Schon gar nicht im Vergleich etwa zu Ländern wie Indien, Indonesien, Brasilien, Nigeria, Irak usw., die nach wie vor unter westlich-privatkapitalistischer Dominanz stehen.

China-bashing: Die seit Jahrzehnten ganz überwiegend negative Berichterstattung in den westlichen Medien erweist sich bei sorgfältigem Hinsehen als Teil einer zunehmend orchestrierten psychologischen Kriegsführung gegenüber der Volksrepublik China. Dies gilt auch für die Dauerkampagne zu den angeblichen schweren Verletzungen von individuellen Menschenrechten in China. Das Ziel ist dabei aber, wie die Erfahrung lehrt, nicht die Verteidigung der Menschenrechte, sondern die versuchte Destabilisierung eines so genannten Systemgegners und konkret wenn möglich der Sturz der Herrschaft der KP China.

Problemfeld Frieden oder: Wer bedroht wen?

Andreas Seifert: Beginnend mit der Politik der Vier Modernisierungen hat China schon in den 1970er Jahren begonnen, seinem Militär eine neue Struktur zu geben, es zu verschlanken, aber auch technologisch aufzurüsten. Ziel aller Bemühungen war es lange Zeit, eine Landesverteidigung aufzubauen, die es mit jedem Angreifer aufnehmen kann. Die Demobilisierung von Soldaten und aktive Reduktion der Truppenstärke war dabei immer begleitet, von einer qualitativen Aufrüstung. Insbesondere seit den 2000er Jahren hat es dabei

einen deutlichen Ausbau der Marine und anderer technologieintensiver Truppenteile gegeben.

Die Dimension dieses Ausbaus ist sowohl Reaktion auf eine empfundene Bedrohung durch andere – vor allem die USA und Japan – wie sie auch selbst Ängste bei Anrainern auslöst. Vietnam und die Philippinen sehen sich ganz unmittelbar von den immer öfter militärisch abgesicherten Explorationen und Gebiets- und Regelungsansprüchen der Volksrepublik in die Ecke gedrückt. Die mediale Begleitung des Flottenaufbaus in den chinesischen Medien und insbesondere des Konflikts um das Südchinesische Meer ist dabei von scharfer nationalistischer Rhetorik und gewichtigen Bildern geprägt. Eine Art nationaler Endkampf, den die Marine bis zum letzten Mann zu kämpfen bereit ist. Volksrepublikanische Fischer fühlten sich ermuntert, vietnamesische Fischerboote selbst in einer gedachten 200-Meilen-Zone zu rammen und zu bedrohen.

Beijing sieht sich massiv durch das militärische Engagement der USA und Japans bedroht. Die Rivalität zu Indien und zu den Anrainern am Südchinesischen Meer untermauern den Gedanken einer realen Einkreisung und Abriegelung. Dieses Containment durch die USA findet nicht nur militärisch real an der Peripherie der chinesischen Grenzen statt, es ist auch Gegenstand diplomatischer und ökonomischer Bemühungen. Und es ist begleitet von der einseitigen medialen Inszenierung der VR als dem einzigen Aggressor in der Region. Es ist eine Inszenierung! China verfügt über keinen ungehinderten Zugang zum Pazifik oder in den Indischen Ozean und auf dem Weg nach Europa oder Afrika gibt es mehr als eine Engstelle, die ein chinesisches Handels- oder Kriegsschiff passieren muss. Hierin liegt die strategische Bedeutung der Paracel-

und Spratly-Inseln, wie auch der Senkaku-/Diaoyu-Inseln. Der Aufbau militärischer Infrastruktur weitab der eigenen Küste vor der Küste Malaysias kann man als defensiv interpretieren und hinzufügen, dass diese Anlage militärisch letztlich nur von geringem Nutzen ist. Man kann aber auch fragen, warum Beijing eigentlich in eine (scheinbar so offensichtlich nutzlose) Anlage so viel Energie und Geld steckt. Sicher lässt sich Chinas Aufrüstung als Reaktion auf die westliche Eindämmungspolitik beschreiben ist sie aber deshalb frei von Kritik, wenn sie doch zum Beispiel massiv dazu beiträgt, regionale Rüstungsdynamiken zu befeuern?

China verfolgt eine Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder. Das ist angesichts der grenzenlosen Einmischung, wie sie die NATO-Staaten praktizieren, eine positive Alternative. Dem scheinheiligen Vorwurf des Westens, auch mit korrupten und brutalen Regimen zu paktieren, begegnet die Führung in Beijing mit dem Mantra, jedem Volk und Staat seinen eigenen Weg nicht abzusprechen. Chinas Investitionen in andere Länder folgen den Erfordernissen der eigenen Entwicklung und im Idealfall verlaufen sie zum beiderseitigen Vorteil. Das gilt in der Praxis nicht für jedes Projekt, das von chinesischer Seite aus initiiert wird, aber es ist ein Grundsatz, dem die Politik folgt. Für die internationalen Partner Chinas, gerade in Afrika, Südamerika und auch Zentralasien ist dies eine attraktive Politik und eine ehrliche Alternative zum gängelnden Westen, der meist ein hohes Maß an Zugeständnissen im politischen und ökonomischen Feld als Voraussetzung für ein Engagement fordert – und in seiner Arroganz auch nicht davor zurückschreckt, dies militärisch abzusichern. China wird in den Eliten dieser Partnerländer sehr geschätzt. Lange Zeit hat es China vermieden in Feldern und Ländern aktiv zu sein, in denen ein starkes „westliches“ Engagement im ökonomischen oder auch militärischen Bereich festzustellen war. Eine Politik, die unter Xi Jinping teilweise aufgegeben wurde. Heute kann man durchaus auch Ansätze in der chinesischen Diplomatie finden, in denen die VR-Regierung konformes Verhalten als Voraussetzung seines Wohlwollens und Engagements begreift – geopolitisches Denken ist auch in Beijing vorhanden.

Militarismus und Aufrüstung sind aus meiner Sicht immer kritisch zu bewerten – sie wirken mehrfach negativ. Die schiere Existenz von Waffen erhöht die Gefahr ihres Einsatzes; sie fördern Ängste und Abgrenzung und befördern Aufrüstungstendenzen bei anderen; sie entziehen der Gesellschaft Ressourcen, die an anderer Stelle besser eingesetzt werden können – und vor allem: Der Einsatz von Waffen tötet und verursacht Zerstörung. Dies gilt auch für den Part einer chinesischen

Aufrüstung – ihre Ziele gehören benannt und die Folgen ebenso. Sie wird nicht dadurch besser, dass sie einer NATO-Aufrüstung nachsteht.

Jörg Lang: Andreas ist offenbar der Auffassung, dass auch die VR China mit ihrer „massiven Aufrüstung“ in den vergangenen Jahren auf der weltpolitischen Ebene inzwischen eine den westlichen Militärbündnissen unter Führung der USA vergleichbare militaristische Macht darstelle. Man kann aber Chinas Aufrüstung bzw. „Militarismus“ nicht bewerten ohne Bezug zu der eingangs geschilderten imperialistischen Weltpolitik des Westens seit Ende des 2. Weltkriegs. Und v.a. kann man die historischen, quantitativen, qualitativen, strategischen und v.a. auch ökonomisch-politischen Unterschiede nicht einfach ausblenden.

Historisch hat nicht China als Kolonialmacht Europa oder Japan besetzt. Umgekehrt haben diese, darunter auch Deutschland, China über mehr als ein Jahrhundert hinweg ausgeplündert und mit Krieg überzogen.

Quantitativ. Nach den vom Internationalen Friedensforschungsinstitut in Stockholm SIPRI am 26.4.2021 veröffentlichten Zahlen betrugen die weltweiten Rüstungsausgaben 2020 nahezu 2.000 Milliarden US \$. Davon entfallen allein auf das Konto der USA 778 Milliarden \$ = 39 %, und zusammen mit allein ihren NATO-Verbündeten ca. 1.000 Milliarden, also ca. die Hälfte aller Rüstungsausgaben weltweit. Im Vergleich dazu hat China 2020 lediglich 252 Milliarden US \$ für Rüstung ausgegeben, etwa 13 % der weltweiten Ausgaben, und nur etwa 1/3 der Ausgaben der USA (bzw. bezogen auf die Bevölkerungszahl sogar nur etwa 1/12!). Diese nüchternen Zahlen stehen im eklatanten Widerspruch zu all dem, was uns Tag für Tag in fast sämtlichen „führenden“ Medien über die angeblich wachsende militärische Bedrohung „aus dem Osten“ suggeriert wird; und was derzeit hier von fast allen „führenden“ PolitikerInnen einschließlich der Grünen zur Begründung einer noch stärkeren Aufrüstung beschworen wird. Der U.S.-amerikanische Kolumnist Fareed Zakaria hat dagegen in der Washington Post vom 18.3.2021 nüchtern festgestellt: „Das Pentagon benutzt China als Entschuldigung für riesige neue Budgets“. Er weist auch darauf hin, dass qualitativ die militärische Aufrüstung der USA, etwa mit Flugzeugträgern, modernen Kampffjets und unbemannten Flugkörpern, nach wie vor der VR China überlegen ist. Strategisch verfügen allein die USA weltweit über 800 Militärbasen in Übersee. China unterhält nur einen Militärstützpunkt für seine Flotte in Dschibuti. Und: Immer noch sind es US-Flugzeugträger und U-Boote, die zuhauf u.a. im Südpazifischen Meer und in der Straße von Taiwan manövrieren; und keine chinesischen im Golf von Mexiko oder in der Ostsee.

Nukleare Drohung: Dazu hat der amtierende Chef des US Strategic Command, Admiral Charles Richard,

in einem Artikel „Forging 21st Strategic Deterrence“ - „die Abschreckungsstrategie für das 21. Jahrhundert schmieden“ (abgedruckt im Februar-Magazin 2021 des „US Naval Institute“ und im internet abrufbar) jüngst unverblümt gedroht: China „acts aggressively to challenge democratic values and shape the global economic order to its benefit“. Dem müsse man durch eine verstärkte Aufrüstung begegnen. Und: ein „nuclear employment is a very real possibility“... .

Politisch-ökonomisch unterliegt die Volksrepublik China – anders als westliche imperialistische Mächte – jedenfalls nicht einem immanenten Zwang zur Beherrschung und Ausbeutung dritter Länder. Zwar achtet auch die VR China in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Ländern insbesondere in Afrika in Asien, Afrika und Lateinamerika sehr wohl auf ihre eigenen Vorteile. Ihre Handelsbedingungen sind jedoch günstiger; und China legt vor allem Wert auf die Entwicklung der Infrastruktur anderer Länder.

Positionierung und Aufgabe von Menschen, Gruppen und Publikationen in der Diskussion über und den Umgang mit China

Jörg Lang: Nach meiner Auffassung ist es nicht unsere Aufgabe, China und seine Gesamtentwicklung sozusagen von einer unabhängigen Warte fortschrittlicher Intellektueller im Westen aus und nach deren Werten zu beurteilen. Dies erscheint mir objektiv auch nicht möglich. Angebracht wäre eher ein Vergleich der Entwicklung der VR China mit der beispielsweise von Ländern wie Indien, Brasilien oder Nigeria und mit der Lage der Menschen dort. Sicher sollten wir die Entwicklung der VR China auch nicht überhöhen. Ob deren Entwicklungsprozess, der Widersprüche aufweist, auf einen von uns erhofften menschlichen Sozialismus hinausläuft, können wir kaum sicher beurteilen. Jedenfalls aber können unsere politischen Beurteilungen und Positionierungen nicht abgehoben erfolgen von den heutigen Grundwidersprüchen des Westens selbst, in dem wir als dessen Teile leben.

Auf diesem Hintergrund sind die bloße Existenz Chinas und die von der VR erreichten Errungenschaften zu verteidigen ebenso wie ihre insgesamt positiven Auswirkungen auf die Stabilisierung der Welt. Es geht dabei nicht darum, chinesische Entwicklungen kopieren oder gar auf uns übertragen zu wollen. Wir sollten aber der VR China auch nicht vorschreiben, ihre Politik an „unseren“ westlichen individuellen Freiheits- und Teilhaberechten auszurichten, die zudem in der Praxis immer inhaltloser werden. Zu unseren Aufgaben hier gehört vorrangig der Widerstand gegen die allumfassende Aufrüstung nach innen und außen, mit der der Kapitalismus der zunehmenden Krise seines eigenen

Systems Herr werden will. Diese Hochrüstung ist nicht nur militärisch letztlich sinnlos. Sie ist vor allem hochgefährlich und zerstörerisch. Stattdessen benötigt die Welt Abrüstung. Auch insofern müssen wir auch im eigenen Interesse mit allen Kräften der Verteufelung der VR China entgegentreten.

Zugleich müssen wir für jede Form von Kooperation mit China im beiderseitigen Interesse und dem der Welt eintreten und für einen menschlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Austausch auf allen Ebenen. Nicht gegen, sondern nur mit China zusammen können vielleicht die Krisenherde und Kriege in der Welt noch befriedet, die Verelendung weiter Teile beendet, die Nahrungs- und Gesundheitsnot vieler Länder bekämpft, die Flüchtlingsströme gestoppt, ebenso wie die Erde und ihre Natur als Lebensgrundlage der Menschen erhalten werden.

Andreas Seifert: Chinas ökonomische Aufbauleistung verdient Respekt. Und Chinas Interessen müssen international eine Berücksichtigung finden. Der Eindämmungsstrategie durch die USA ist deutlich zu widersprechen. Die positiven Aspekte im chinesischen Aufbaumodell sind vorhanden und gehören auch in der öffentlichen Debatte betont. Und somit ergibt sich für mich als Sinologe auch ein Auftrag, ein differenziertes Chinabild zu befördern, das die Kritik an der VR ernst nimmt und mit ihr umgeht und das umgekehrt auch auf Aspekte hinweisen kann, die auf der Nachrichtenebene verkürzt oder auch falsch dargestellt werden. Auf Aspekte und Ansätze, die zukunftsweisend sein können. Die Aufgaben des 21. Jahrhunderts liegen in der Bewältigung der Klimakatastrophe – grundsätzliche Fragen von Konsum und Wachstum gehören überdacht und sind nur in Kooperation aller Menschen lösbar. China ist eingebettet in die kapitalistische Globalisierung – es ist kein Zuschauer am Rande, der alles richtig macht: Auch China bedient sich nicht selten ausbeuterischer Methoden im Inland, wie in den Niederlassungen seiner Firmen im Ausland und baut seinen Wohlstand auf der Idee des fortschreitenden Wachstums auf. Und auch dies ist im Kopf zu behalten. Eine Kritik an der Globalisierung darf China als Akteur nicht aussparen – wie auch eine Lösung dieser Fragen nicht ohne China möglich ist. Eine positive Positionierung gegenüber China und eine kritische Haltung gegenüber der von der Kommunistischen Partei vertretenen Politik, schließen sich nicht aus – wie auch die Kritik an China nicht im Reflex mit dem Befürworten der kapitalistischen Weltordnung gleichzusetzen ist.

Afghanistan

Zur dramatischen Lage und Deutschlands Verantwortung

von Tobias Pflüger

Im nächsten Ausdruck wird es einen Schwerpunkt zu Afghanistan geben. Die folgenden beiden Texte sind als Momentaufnahmen inmitten eines sich dynamisch entwickelnden Geschehens zu verstehen, der erste der beiden entstand kurz vor und der zweite kurz nach dem Ende des westlichen Militäreinsatzes.

Die Bundesregierung hat bei der Evakuierung schutzsuchender Menschen aus Afghanistan auf ganzer Linie versagt. Die chaotischen Szenen am Kabuler Flughafen hat auch das Außenministerium mit seiner Hinhaltepolitik mitzuverantworten. Das begann mit einem bürokratischen Verfahren, im Zuge dessen Menschen trotz Kriegswirren nach Kabul kommen mussten, um biometrische Daten aufzunehmen und Anträge zu stellen. Mit engen Kriterien und wenig Empathie wurde selbst ehemaligen Ortskräften der Bundeswehr die Möglichkeit, nach Deutschland aufgenommen zu werden, vielfach verbaut. Das Auswärtige Amt hat es, trotz eines entsprechenden Auftrags des Kabinetts, wochenlang versäumt, Evakuierungspläne vorzulegen. Dadurch wurde wertvolle Zeit verloren.

Die Bundeswehr hat bei ihrem Abzug aus Afghanistan zwar Rest-Bier und Gedenksteine „gerettet“, aber kaum Ortskräfte. Das ist und bleibt skandalös. Der Schlamassel, der jetzt besteht, ist also sehenden Auges von der Bundesregierung in Kauf genommen worden.

Wichtig ist es jetzt, unbürokratisch und direkt den Menschen zu helfen, die gefährdet sind. Das sind nicht nur diejenigen, die mit der einen oder anderen westlichen staatlichen Organisation zusammengearbeitet haben. Diese Gefährdung besteht für sehr viele Menschen in Afghanistan, für Menschen auf der Flucht innerhalb von Afghanistan und diejenigen, die das Land bereits verlassen haben und auf dem gefährlichen (Flucht-)Weg nach Europa sind.

Deswegen muss die Bundesregierung jetzt alles dafür zu tun, den Flüchtenden aus Afghanistan zu helfen. Ehemalige Ortskräfte, ihre Familien und andere

Gefährdete können häufig gar nicht über den Flughafen Kabul ausreisen, deshalb braucht es auch Anlaufstellen in den afghanischen Nachbarländern. So sind Menschen aus dem früheren Bundeswehr-Standort Masar-I-Sharif schneller in Tadschikistan oder Usbekistan als in Kabul.

Wer jetzt als einzige Antwort auf das Fiasko in Afghanistan eine Bundeswehr-Kommando-Aktion mit einzelnen Flugzeugen auf den Weg bringt, der hat das Ausmaß der Tragödie nicht verstanden und versucht den Eindruck zu vermitteln, dass militärische Lösungen möglich sind.

Zwanzig Jahre westliche Kriegsbeteiligung und Militärpräsenz in Afghanistan sind umfassend gescheitert. Jetzt gilt es, diesen Fehler aufzuarbeiten und alles dafür zu tun, dass schutzsuchende Menschen aus Afghanistan nicht den Preis dafür bezahlen, dass sie vor Ort mit westlichen Organisationen kooperiert oder dass sie sich für Menschenrechte eingesetzt haben.



Antimilitaristische Straßenkunst in Kabul von den „Art-lords“. Quelle: Flickr/U.S. Institute of Peace.

Inszenierung militärischer Evakuierung

von Christoph Marischka

Die tatsächliche Fähigkeit der NATO und der Bundeswehr besteht darin, eine Informationsblase um ihre Einsätze zu schaffen. So ist es ihnen gelungen, sich fast zwei Jahrzehnte in Afghanistan als Retter zu inszenieren und Handlungsfähigkeit zu suggerieren. Die Opfer von Bombardierungen, Drohnenangriffen, nächtlichen Razzien und auch durch Anschläge der Taliban und des IS waren über diese Zeit allenfalls Randnotizen. Der jüngste Einsatz der Bundeswehr zur „Evakuierung“ folgte exakt dieser Logik: Sich als Retter zu inszenieren und Handlungsfähigkeit zu simulieren. Der Flugbetrieb in Kabul wurde nicht gegen, sondern in Kooperation mit den Taliban aufrecht erhalten. Die Masse des Personals zu seiner Absicherung von NATO-Seite stammte aus den USA und diese Kräfte haben Kabul auch als letzte verlassen. Die deutschen Spezialkräfte hingegen saßen zum Zeitpunkt des Anschlags am 26.8. vor den Toren des Flughafens bereits in den Fliegern. Aber auch die US-Kräfte vor Ort waren eher Geiseln der Taliban als Retter der Zivilbevölkerung. Sie sperrten den Flughafen für zivile Flugzeuge, selbst Transporte von humanitären Organisationen konnten ihn so tagelang nicht mehr nutzen. Neben der Simulation von Handlungsfähigkeit im Großen diente die NATO-Präsenz am Flughafen konkret v.a. der Priorisierung der Ausreisewilligen. Auch wenn es völlig richtig ist, dass Deutschland Verantwortung für das Botschaftspersonal und die bedrohten Ortskräfte übernehmen muss, gehört zur Wahrheit eben auch, dass diese von Spezialkräften in den Flughafen geschleust wurden, während gleichzeitig andere NATO-Kräfte mit Schusswaffen und Tränengas und Taliban mit Peitschen Ausreisewillige vom Betreten des Flughafens abhielten. Tatsächliche Verantwortung hätte die Bundesregierung übernommen, wenn sie das betreffende Personal früher und unbürokratischer ausgeflogen und aufgenommen hätte, anstatt sich noch Anfang August darum zu bemühen, Afghanen aus Deutschland nach Afghanistan abzuschieben. Andere Staaten, die nicht an der NATO-Intervention beteiligt waren, haben ihr Bot-

schaftspersonal lediglich reduziert und Absprachen mit den Taliban über deren Sicherheit getroffen. Es war auch Teil einer verzerrten Wahrnehmung, dass Ein- oder Ausreisen nach Afghanistan nur noch über den Flughafen Kabul und auch dort nur bis zum Abzug der US-amerikanischen Streitkräfte möglich wären. Das World Food Programm etwa plante in den Tagen vor dem Abzug jedenfalls bereits den Aufbau einer Luftbrücke für humanitäre Güter aus Pakistan über die Flughäfen in Kandahar und Mazar-i-Sharif. Es ist möglich, dass sich auch die deutsche Diplomatie an entsprechenden Bemühungen beteiligt hat, die auf Verhandlungen mit den Taliban herauslaufen. Die öffentliche Aufmerksamkeit jedoch lenkte sie auf die militärische Inszenierung und deren nachträgliche Mandatierung. Selbst diese nutzte sie noch für ein völlig unnötiges diplomatisches Geplänkel gegen die Taliban, indem sie als völkerrechtliche Grundlage u.a. die „Zustimmung der Regierung der Islamischen Republik Afghanistan“ nannte, welche sich zuvor bereits aufgelöst hatte. Die Inszenierung erreichte ihren Höhepunkt mit der Ankunft eines Großteils des Kontingents der „Evakuierungsmission“ auf dem Fliegerhorst Wunstorf, wo die ankommenden Militärtransporter von Wasserfontänen der Flughafenfeuerwehr begrüßt wurden, die Verteidigungsministerin dem Brigadegeneral Arlt vermeintlich spontan um den Hals fiel und dieser mit umgehängten G36 vor Kameras und Mikrofon trat. Die Inszenierung verfehlte ihre Wirkung nicht. Schon vor der Landung in Wunstorf hatte tagesschau.de einen Kommentar unter dem Titel „Der Bundeswehr sei Dank“ veröffentlicht: „Das nach – rechtsextremistischen Skandalen – gescholtene Kommando Spezialkräfte hat gezeigt, warum es existiert. Die Spezialeinheit hat Menschen in den sicheren Flughafen geholt. Die Bundeswehr hat für die Bundesregierung die Kohlen aus dem Feuer geholt. [...] Dafür gebührt ihr – der oftmals verweigerte – Respekt. Dank und Anerkennung.“ Die Debatte über Kosten und Sinn von 20 Jahren Krieg in Afghanistan war damit – zumindest kurzfristig – wieder vergessen.

Externer Staatsaufbau

In Afghanistan gescheitert, in Mali auch nicht vielversprechend

von Christoph Marischka

Lehren aus Afghanistan?

Nachdem der panikartige Abzug aus Afghanistan und die unter Taliban-Herrschaft stattfindende Evakuierung westlichen Personals über den Flughafen von Kabul das völlige Scheitern der NATO-Intervention in Afghanistan offengelegt haben, wird allerorten über die „Lehren“ gesprochen. Die Bundesregierung kommt nicht mehr umhin, zumindest für die letzten Monate eine völlige Fehleinschätzung der Lage einzuräumen. Kritiker*innen weisen jedoch darauf hin, dass diese Fehleinschätzung zumindest auch Ergebnis einer zwei Jahrzehnte anhaltenden Schönfärberei der Lage im Einsatzgebiet war. Der rasche Vormarsch der Taliban dokumentiert demgegenüber, dass diese durch die NATO-Präsenz keineswegs militärisch geschwächt waren und die afghanischen „Sicherheitskräfte“, die zur Verteidigung der Republik aufgebaut worden waren, ebenso wie diese Republik selbst nicht viel mehr als ein Potemkinsches Dorf. Als Lehre aus dem Debakel in Afghanistan sollte man also versuchen, zu einem realistischeren Bild der Lage in den Einsatzgebieten und den Möglichkeiten eines militärisch gestützten externen Staatsaufbaus zu kommen. Diese Lehre sollte man v.a. im Hinblick auf den nun größten Auslandseinsatz der Bundeswehr in Mali ziehen, wo das von der EU unterstützte Militär in den vergangenen zwölf Monaten zwei Mal gegen die ebenfalls international unterstützte Regierung geputscht hatte. Selbst aus den Reihen der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik werden Parallelen zwischen beiden Interventionen gezogen. Deren Experte für Sicherheitspolitik, Markus Kaim, nennt als Ursache für das Scheitern in Afghanistan: „Da waren keine Partner vor Ort, auf die der Westen setzen konnte“. Und er fügt hinzu: „Das erkennen wir bei anderen Militärinterventionen auch anderswo, etwa in Mali“.¹ Selbst der Politologe Carlo Masala von der Bundeswehr-Universität in Hamburg, der ansonsten nicht eben für sicherheits-

politische Zurückhaltung bekannt ist, warnt in Bezug auf Mali: „Die Frage ist jetzt: Bekommen wir ein realistisches Bild über das, was wir dort überhaupt leisten können oder nicht? Oder machen wir das Gleiche wie in Afghanistan: Dass wir uns selbst in die Tasche lügen und nur sagen, wie gut wir doch dabei sind, malische Spezialkräfte auszubilden?“²

Warnsignale gibt es aus Mali – ebenso wie jahrzehntelang aus Afghanistan – genug. Das soll hier beispielhaft an einem Bericht³ des Leiters der (formal) zivilen EU-Mission zum Kapazitätsaufbau (EUCAP Sahel MALI), Hervé Flahaut, vom Juli 2021 aufgezeigt werden, der eigentlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist – ihr aber eigentlich zugänglich gemacht werden sollte, um diesmal zu einer realitätsnäheren Einschätzung der Lage zu kommen.

Staatsaufbau in der Planung

Im Mittelpunkt dieses Berichtes steht die sog. Mobile Unit der EUCAP-Mission, die sich seit Dezember 2019 im Aufbau befindet und dem Police Operational Mentoring and Liaison Team (POMLT) der NATO in Afghanistan nachempfunden ist. Der räumliche Schwerpunkt des Berichts liegt auf dem Zentrum Malis, das zu Beginn der Intervention 2013 noch als relativ sicher galt, in dem sich die Sicherheitslage jedoch v.a. in den letzten Jahren rapide verschlechtert hat. (Die nördlich davon in Gao stationierte Bundeswehr hatte kurz vor dem verheerenden Anschlag mit zwölf verletzten Kräften der Bundeswehr im Juli 2021 angekündigt, zukünftig verstärkt in eben jener Region tätig zu werden.)

Die Mobile Unit besteht überwiegend aus 19 Angehörigen der französischen Gendarmerie und einem Angehörigen der spanischen Guardia Civil und enthält darüber hinaus fünf Planstellen für lokale Kräfte, von denen zum Zeitpunkt des Berichts jedoch nur eine besetzt war. Nachdem sie zunächst in einem Hotel in

der Provinzhauptstadt Mopti untergebracht waren, bezogen sie dort im Februar 2021 einen eigenen Standort, der von 18 malischen Polizeikräften gesichert wird. Die Mobile Unit soll die generelle Arbeit der EUCAP unterstützen und dabei helfen, einen Plan zur Wiederherstellung staatlicher Präsenz im Zentrum des Landes (Plan de Sécurisation Intégrée des Régions du Centre, PSIRC) umzusetzen. Primär geht es dabei um die Organisation und Ausbildung von „Sicherheitskräften“, konkret der nationalen malischen Polizei, der Gendarmerie und der Nationalgarde. Zu den Aufgaben gehört aber auch der Aufbau von Vertrauen der Bevölkerung in diese „Sicherheitskräfte“ sowie die Bekämpfung von Straflosigkeit innerhalb dieser Strukturen, die immer wieder schwerer Menschenrechtsverletzungen beschuldigt und tw. auch überführt werden.

Zentral für die Umsetzung dieser Vorhaben ist entsprechend der aktuellen Planung die Errichtung gut 20 sog. „Gesicherter Zonen für Sicherheit und Verwaltung“ (Pôles de Sécurité, de Développement et de Gouvernance, PSDG). Diese sollen im Kern aus Verbänden der Gendarmerie oder der Nationalgarde (im Umfang von 60 bis 120 Kräften) bestehen und zugleich als Nukleus einer lokalen Verwaltung dienen. Der Plan der EUCAP bestand darin, in Gestalt der Mobile Unit regelmäßig diese Stützpunkte aufzusuchen, gemeinsame Übungen und Patrouillen durchzuführen, Vertreter*innen der lokalen Zivilgesellschaft und auch der im Entstehen begriffenen Verwaltung zu treffen und damit in der Fläche Wirksamkeit zu entfalten und sich auch ein Bild der Lage und der Bedürfnisse einiger Akteure vor Ort machen zu können. Es handelt sich also um die vermeintlich „zivile“ Seite eines militärisch gestützten, externen Staatsaufbaus. Die operationelle Planung und politische Führung erfolgt von Seiten der EU durch den Zivilen Planungs- und Durchführungsstab (Civilian Planning and Conduct Capability, CPCC), der ebenso wie sein militärisches Pendant (die Military Planning and Conduct Capability, MPCC) als Teil des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSC) sowie dem Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik (HRVP) untersteht. Das MPCC leitet u.a. die zeitgleich (ebenfalls seit 2013) in Mali stattfindende militärische Ausbildungsmission EUTM Mali, die zunächst auf einen Standort nahe Bamako konzentriert war und nun ebenfalls ein zunehmend dezentrales Konzept verfolgt, welches die Ausbildung der malischen Armee auch an anderen Standorten und seit 2020 auch deren Begleitung „bis zur taktischen Ebene“ vorsieht.⁴

Scheitern in der Realität

Doch die in Brüssel quasi am Reißbrett entworfenen Pläne scheinen auch in Mali an den Realitäten vor Ort zu scheitern. Das ist dem durchaus diplomatisch formulierten Bericht des EUCAP-Leiters klar zu entnehmen. Da ist einerseits die politische Ebene. Seit dem Putsch vom Oktober 2020 verfolge die Regierung in Bamako einen zunehmend militarisierten Ansatz zur Befriedung des Zentrums, so wird in dem Bericht mehrfach moniert. Die „zivilen Sicherheitskräfte“, welche EUCAP und die Mobile Unit aufbauen sollen, wurden demnach allesamt unter militärisches Kommando gestellt, was die Zusammenarbeit sicherlich erschwert. Außerdem wird angedeutet, dass das Putschregime kein Interesse mehr an dem von der Vorgänger-Regierung gemeinsam mit der EU verfolgten Plan (PSIRC) zeige und nicht genügend Kräfte zur Besetzung der dezentralen Stützpunkte PSDG bereitstelle. Von den geplanten gut 20 PSDGs sind laut einer dem Bericht beigelegten Karte acht einsatzfähig, die anderen befinden sich demnach wohl noch in der Planungsphase oder sind bereits wieder aufgegeben. Fünf davon wurden bereits einmal oder mehrfach von der Mobile Unit besucht, über anderen haben lediglich Aufklärungsflüge stattgefunden, um Lage und Zustand der Gebäude vom Hubschrauber aus einzuschätzen. Dieser Hubschrauber wird der Mobile Unit dauerhaft von einem privaten Unternehmen zur Verfügung gestellt. Und das ist andererseits die praktische Ebene, auf der es ebenso entscheidende Hindernisse gibt, die überwiegend mit der Sicherheitslage zu tun haben. So sind die Besuche der Stützpunkte durch die Mobile Unit auf weniger als zwei Stunden begrenzt, da die Reaktionszeit der „bewaffneten terroristischen Gruppen“ auf etwa eine Stunde geschätzt wird und die Sicherheitslage deshalb keine längeren Aufenthalte zulässt. Trotzdem wurden bereits mehrere der geplanten Besuche abgesagt oder abgebrochen, u.a. weil die militärische Trainingsmission EUTM Mali für die entsprechenden Zeiträume keine luftgestützte medizinische Evakuierung bereitstellen konnte, was Voraussetzung dafür ist, dass die Mobile Unit überhaupt ausrückt. Selbst geplante Aufklärungsflüge wurden bereits mehrfach aus Sicherheitsgründen abgesagt. Grundsätzlich scheint die Mobile Unit die Stützpunkte der Gendarmerie bislang ausschließlich oder zumindest ganz überwiegend mit Helikoptern aufzusuchen. Ein Grund dafür wird sein, dass sie dem Bericht zufolge zwar über sieben gepanzerte Fahrzeuge verfügt, von denen bislang jedoch nur zwei mit Störsendern gegen Sprengfallen ausgestattet sind. Deshalb fordert der Leiter der Mission in seinem Bericht die Nachrüstung von drei weiteren Fahrzeugen mit Störsendern, wofür er Kosten von etwa 2 Mio. Euro veranschlagt.



Ausschnitt des Friedensmonuments in der malischen Hauptstadt Bamako. Quelle: Flickr/U.S. Institute of Peace.

Chance eines Umdenkens

Wie über jenen in Afghanistan, so wird auch über den Einsatz der Bundeswehr in Mali kaum gesprochen. Das war selbst Ende Juni 2021 so, als zwölf Soldaten der Bundeswehr dort bei einem Anschlag verletzt wurden, drei davon schwer. Zwar berichteten deutsche Medien einige Tage intensiv über den Rücktransport der Verwundeten nach Deutschland – hierzu warf ihnen das „Verteidigungsministerium“ auch die gut verdaulichen Informationshäppchen hin – zu den Hintergründen des Einsatzes hieß es aber meist nur kurz und knapp (hier etwa bei [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de) vom 26.6.2021): „Der Einsatz soll den Friedensprozess in Mali unterstützen. In dem Land sind islamistische Terrorgruppen aktiv“.⁵ Dass sich die Sicherheitslage allerdings kontinuierlich verschlechtert und selbst die „zivilen“ Einsatzkräfte ohne militärische Absicherung kaum einen Fuß vor die Türe setzen, ist eine Realität, die damit eher verschleiert wird. Wie ein Staatsaufbau gelingen soll, wenn Stützpunkte vom Helikopter aus geplant und Treffen mit der „Zivilgesellschaft“ auf 90 Minuten begrenzt sind und diese anschließend Gefahr laufen, Opfer von Angriffen zu werden, wird wohl das Geheimnis der Planer*innen in Brüssel bleiben. Es besteht jedenfalls die ernsthafte Gefahr, dass die Bilanz des Mali-Einsatzes eines Tages ebenso desaströs ausfallen wird, wie die der NATO in Afghanistan. Die aktuellen Warnungen selbst von Seiten einiger Hardliner der deutschen „Sicherheitspolitik“ vor diesem Hintergrund bieten immerhin die Chance eines Umdenkens. Statt sich weiter den Illu-

sionen einer militärischen Befriedung anderer Ländern hinzugeben, sollte (wieder) das Handwerk einer zivilen Diplomatie und tatsächlichen Sicherheitspolitik erlernt werden. Ob die gegenwärtigen Strukturen der deutschen und EU-Außenpolitik dazu in der Lage sind und ob dies im Interesse der sie tragenden wirtschaftlichen Akteure liegt, steht auf einem anderen Blatt.

Anmerkungen

- 1 Ann Guenter: Wieso hält die afghanische Armee die Taliban nicht auf?, [msn.com](https://www.msn.com) vom 11.8.2021.
- 2 „Das ist verlogen und scheinheilig“ – Experte fordert nach Afghanistan eine Wende in der deutschen Sicherheitspolitik, Sebastian Heinrich im Interview mit Carlo Masala, [watson.de](https://www.watson.de) vom 17.8.2021.
- 3 EUCAP SAHEL Mali Special Report on the Mission engagement in central Mali including its Mobile Unit, EEAS(2021)763. Auf dem Deckblatt wird die Klassifizierung des Dokuments mit folgenden Worten begründet: „This document contains information classified RESTREINT UE/EU RESTRICTED whose unauthorised disclosure could be disadvantageous to the interests of the European Union or of one or more of its Member States. All addressees are therefore requested to handle this document with the particular care required by the Council’s Security Rules.“
- 4 Siehe: Christoph Marischka: EU-Mandat ausgeweitet, Zweck unklar, [IMI-Analyse 2020/16](https://www.imi-analyse.de) (25.3.2020).
- 5 „Erste Verwundete in Köln gelandet“, [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de) vom 26.6.2021.

Impressum

Der Ausdruck wird herausgegeben von und bezogen über
Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Hechinger Str. 203

72072 Tübingen

Telefon: 07071 – 49154

Fax: 07071 – 49159

imi@imi-online.de

www.imi-online.de

 @imi@mastodon.social

Redaktion:

Jacqueline Andres (Tübingen), Thomas Gruber (Fürth), Alexander Kleiß (Tübingen), Martin Kirsch (Hannover), Christoph Marischka (Tübingen), Ben Müller (Tübingen), Christopher Schwitanski (Köln), Andreas Seifert (Bonn), Sven Wachowiak (Straßburg), Jürgen Wagner (Tübingen).

Autoren und Autorinnen:

Christina Boger hat Friedens- und Konfliktforschung in Schweden studiert. Özlem Demirel ist Europaabgeordnete und dort u.a. Vize-Präsidentin im Ausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE). Emma Fahr studiert internationales Politikmanagement in Bremen. Pablo Flock, aktives IMI-Mitglied, schreibt regelmäßig für IMI. Horst Leps ist Dozent in Hamburg und betreibt u.a. den Blog „Friedenslage“. Lühr Henken ist IMI-Beirat und Sprecher im Bundesausschuss Friedensratschlag. Marius Pletsch ist Redaktionsmitglied von W&F und IMI-Beirat. Tobias Pflüger ist IMI-Vorstand und Bundestagsmitglied. Merle Weber schrieb zuvor u.a. zur Militarisierung der Ostsee im Ausdruck 6/2019.

Bildnachweise wie angegeben außer:

Titelbild: USS McCapbell im Nordmeer. Quelle: Wikimedia/
US-Navy-Foto Jeremy Graham. Bildmontage von IMI. S. 14:
IMI, S. 31: Wikipedia/ Ecomare/Salko de Wolf Den Hoorn
Texe, S.51: Monika Natalia Mazur. Sie hat an der Accademia
di Belle Arti in Neapel studiert. Ihre Werke sind hier zu finden:
www.instagram.com/monika_natalia_mazur. S. 53: Bildmon-
tage IMI, pngkit und Wikipedia, Rückseite: IMI.

Hinweise zu einzelnen Texten:

Der Artikel „Flagge zeigen!“ ist eine erweiterte Fassung eines Beitrages, der zuerst unter dem Titel „Kanonenbootdiplomatie“ in der jungen Welt vom 29.7.2021 erschien. „China und der Westen – wer bedroht wen?“ ist als Interviewserie in Telepolis am 12.8. und 13.8.2021 erschienen. Der Artikel von Pablo Flock erschien am 31.8.2021 bei Telepolis.

Bezugsbedingungen:

IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den Ausdruck kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Deutschland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 30 € bzw. Förderabo ab 40 €. Ausland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 40 € bzw. Förderabo ab 50 €.

Eigentumsvorbehalt:

Dieses Heft bleibt bis zur vollständigen Aushändigung Eigentum des Absenders. ‚Zur-Habe-Nahme‘ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden.

Mitgliedschaftsformular

- ☐ Ich möchte Mitglied im IMI-Förderverein Analyse und Frieden werden und die IMI dadurch mit meinem Beitrag unterstützen.

Vor- und Nachname: _____

Str., PLZ, Ort: _____

- ☐ Mein jährlicher Beitrag beträgt: _____ € (Der Mindestbeitrag mit Abo liegt bei 60€ im Jahr.)
- ☐ Ich erteile IMI eine SEPA-Einzugsermächtigung für mein Konto.

IBAN: _____

BIC: _____

- ☐ Ich richte einen Dauerauftrag ein.
- ☐ Hiermit akzeptiere ich die Datenschutzerklärung: imi-online.de/uber-imi/datenschutzerklaerung



Datum und Unterschrift



DIES IST ZUNÄCHST DAS
VORLÄUFIGE PROGRAMM
DES IMI KONGRESSES 2021.
WIR HALTEN EUCH AUF
UNSERER HOMEPAGE
IMI-ONLINE.DE AUF DEM
LAUFENDEN.
DANKE FÜR EUER
VERSTÄNDNIS.

IMI KONGRESS 2021

**MANÖVER ALS BRANDBESCHLEUNIGER:
KRIEGSSPIELE, MANÖVER UND KONFRONTATION**

20. – 21. NOVEMBER 2021

THEMEN:

MANÖVER: GEFÄHRliche MACHTDEMONSTRATIONEN
MANÖVERLOGISTIK
MANÖVER IM CYBERRAUM
SÄBELRASSELN GEGEN RUSSLAND
MANÖVER, UMWELT UND DER SPRIT
MANÖVER & PROTESTE: RÜCKBLICK UND AUSBLICK

IMI@IMI-ONLINE.DE

IMI Informationsstelle
Militarisierung e.V.

IMI-ONLINE.DE